

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Diplomarbeit

Antisemitismus in der NPD – eine empirische Analyse antisemitischer Kommunikationsstrategien

Erstgutachter: Professor Richard Stöss
Zweitgutachter: Professor Johannes Tuchel

Eingereicht von
Carsten Koschmieder

Berlin, den 12. Mai 2009

Inhalt:

1 Einleitung.....	3
2 Der Hintergrund der Untersuchung	7
2.1 Antisemitismus	7
2.2 Rechtsextremismus	10
2.3 Antisemitismus im Rechtsextremismus.....	12
2.4 Geschichtliche und programmatische Entwicklung der NPD	17
2.5 Antisemitismus in der NPD	21
2.6 Einstellungen in der Bevölkerung.....	25
2.7 Antisemitismus in der öffentlichen Kommunikation.....	34
3 Fragestellung, Methodik und Quellen der Untersuchung.....	38
4 Die Ergebnisse der Untersuchung	42
4.1 Strategien den Holocaust betreffend.....	44
4.1.1 Relativierung und Aufrechnung.....	45
4.1.2 Verharmlosung.....	52
4.1.3 Subtiles Anzweifeln.....	55
4.1.4 Delegitimierung der Holocausterinnerung.....	58
4.2 Das Anspielen auf tradierte antisemitische Stereotype.....	64
4.2.1 Jüdischer Einfluss in Deutschland	65
4.2.2 Der geldgierige Jude	68
4.2.3 Religiöser Antisemitismus	70
4.2.4 Juden als Fremde.....	72
4.3 Israelbezogener Antisemitismus	77
4.3.1 Israelischer Einfluss	79
4.3.2 NS-vergleichende Israelkritik	83
4.3.3 Angebliche Tabuisierung von Israelkritik	86
4.4 Antisemitische Kapitalismuskritik.....	88
5 Zusammenfassung und Ausblick.....	97
6 Literaturverzeichnis	102

1 Einleitung

Bei einer Anhörung zum Thema „Antisemitismus in Deutschland“ vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 16. Juni 2008 betonte der als Sachverständiger geladene Publizist und Journalist Henryk Broder den Unterschied zwischen der klassischen, aus dem Rechtsextremismus kommenden, und einer moderneren Erscheinungsform des Antisemitismus, die eher aus der Mitte der Gesellschaft komme. Erstere, so Broder, stamme „aus der Asservatenkammer des letzten und vorletzten Jahrhunderts“ und sei „der Antisemitismus der dummen Kerle“. Die Rechtsradikalen, „die den Arm zum Hitlergruß heben und dabei „Juden raus!“ schreien“, sind seiner Ansicht nach „ein Fall für die Polizei und das örtliche Amtsgericht“ sowie „politisch irrelevant, ein Nachruf auf sich selbst“. Die Aufmerksamkeit heute müsse viel mehr dem modernen Antisemiten gelten, der „keine Glatze, dafür Manieren, oft auch einen akademischen Titel“ habe und „um die Juden, die im Holocaust ums Leben gekommen sind“ trauere, der aber zugleich die Frage stelle, „warum die Überlebenden und ihre Nachkommen aus der Geschichte nichts gelernt haben und heute ein anderes Volk so misshandeln, wie sie selber misshandelt wurden“.¹

So richtig und wichtig dieser Hinweis auf einen „modernen“ Antisemitismus aus der Mitte der Gesellschaft sein mag² – und in der Tat wird Judenfeindschaft fälschlicherweise immer wieder für ein ausschließlich im Rechtsextremismus vorkommendes Phänomen gehalten –, der sich keiner offen judenfeindlichen Aussagen bedient, erscheint es doch vorschnell, den rechtsextremen Antisemitismus als gefahrlos zu erklären. Zwar hat Henryk Broder recht mit seiner These, dass sich niemand mit den pöbelnd auftretenden „Rabauken“ solidarisiert, wenn diese primitiven Judenhass verbreiten; aber das schließt ja nicht aus, dass auch Rechtsextreme versuchen, ihren Antisemitismus mit „Manieren“ und ohne allzu

1 Der Vortrag von Henryk Broder sowie Details zur Sitzung des Ausschusses sind auf der Seite des Deutschen Bundestages zu finden unter http://www.bundestag.de/ausschuesse/a04/anhoeungen/anhoeung14/stellungnahmen_sv/stellungnahme_08.pdf sowie http://www.bundestag.de/ausschuesse/a04/anhoeungen/Anhoeung14/TO_70.pdf (eingesehen am 26.03.09).

2 Siehe zum „linken“ und zum „mittigen“ Antisemitismus, der nicht Thema dieser Arbeit ist, unter anderem Broder 2005, Rensmann 2004, Kloke 2008.

primitiven Hass zu verbreiten. Dass sich auch dann niemand mit ihnen solidarisiert, scheint viel weniger sicher, weshalb diese Möglichkeit nicht aus dem Blickfeld verschwinden, sondern viel mehr ausführlich untersucht werden sollte. Das Ziel dieser Arbeit muss es folglich sein zu klären, wie die Rechtsextremen ihre antisemitischen Überzeugungen in der Öffentlichkeit kommunizieren, ohne sich dabei offen judenfeindlicher Aussagen zu bedienen.

Da jedoch „die Rechtsextremen“ nicht nur für eine empirisch angelegte Diplomarbeit eine wesentlich zu breite Gruppe darstellen, muss der Untersuchungsgegenstand stärker eingegrenzt werden. Da erstens die von Broder beschriebene Form eines moderneren Antisemitismus – aus Gründen, auf die später noch eingegangen wird – vor allem in den rechtsextremen Parteien eine Rolle spielt, wohingegen „freie“ Rechtsextreme sich stärker der „klassischen“ Erscheinungsform bedienen, und da zweitens drei Viertel des rechtsextremen Personenpotentials in Deutschland in entsprechenden Parteien organisiert ist (Stöss 2005a:44), befasst sich diese Arbeit mit dem Antisemitismus im parteigebundenen Rechtsextremismus. Aus den verschiedenen rechtsextremen Parteien in Deutschland wird hier die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) betrachtet, da es sich bei ihr um die derzeit erfolgreichste und radikalste der rechtsextremen Parteien handelt (vgl. dazu Kapitel 2.4). Folglich lautet dann die Frage dieser Arbeit,

wie die NPD ihre antisemitischen Überzeugungen in der Öffentlichkeit kommuniziert, ohne sich dabei offen judenfeindlicher Aussagen zu bedienen.

Zur Beantwortung dieser Frage wird – nach einer kurzen Klärung der Begriffe *Antisemitismus* (Kapitel 2.1) und *Rechtsextremismus* (Kapitel 2.2) – zunächst herausgearbeitet, welche Bedeutung der Antisemitismus im deutschen Rechtsextremismus hat (Kapitel 2.3), bevor dann die Geschichte und Programmatik der NPD vorgestellt (Kapitel 2.4) und der Antisemitismus der Partei deutlich gemacht wird (Kapitel 2.5). Anschließend wird auf das für den Antisemitismus der NPD relevante gesellschaftliche Umfeld eingegangen, also die Verbreitung antisemitischer Stereotype in der Bevölkerung (Kapitel 2.6) und die Tabuisierung offen antisemitischer Kommunikation in Deutschland (Kapitel 2.7). Aus den im zweiten Kapitel getroffenen Vorüberlegungen wird dann das für die Beantwortung der hier behandelten Fragestellung verwendete empirische Untersuchungskonzept – die

qualitative Textanalyse – vorgestellt (Kapitel 3). Im Hauptteil der Arbeit werden dann ausführlich deren Ergebnisse dargelegt und diskutiert (Kapitel 4), bevor in der Schlussbetrachtung ein Fazit gezogen und ein weiterer Ausblick gewagt wird (Kapitel 5).

Das Thema der Arbeit ist aus mehreren Gründen nicht nur für „die Wissenschaft“, sondern auch gesellschaftspolitisch relevant. Zunächst ist Antisemitismus nicht ausschließlich ein Problem jüdischer Menschen, auch wenn diese oft unter konkreten Anfeindungen oder Verfolgungen zu leiden haben. Aber Antisemitismus ist auch immer, vielleicht sogar vor allem ein Problem der Mehrheitsgesellschaft; erstens, weil eine offene, demokratische Gesellschaft die Ausgrenzung eines Teiles ihrer Mitglieder auf Dauer nicht erträgt (Benz 2004:241), zweitens, weil Antisemitismus grundsätzlich ein Zeichen von wachsenden Problemen in der Gesellschaft darstellt (Rürup 1975:75), und drittens schließlich, weil sich Antisemitismus nicht nur „gegen jüdische Bürger, sondern zugleich gegen die Fundamente der Demokratie richtet“ (Zarusky 2001:81) Seine Untersuchung scheint also permanent geboten. Die in dieser Arbeit behandelte Form der Judenfeindschaft jedoch, nämlich jene, die nicht sofort als solche erkennbar ist, verlangt besonders nach solchen Untersuchungen, da ein geeigneter Umgang mit dem Problem und das Entwickeln entsprechender Gegenmaßnahmen erst dann möglich werden, wenn man die Strategie durchschaut hat. (Stöss 2000:121) Auch für die immer wieder auflebende Debatte um ein neues Verbotsverfahren gegen die NPD – in der ihr Antisemitismus eine gewichtige Rolle spielt – ist eine empirische Analyse, wie diese Arbeit sie vornimmt, eine unabdingbare Grundlage, um die Fakten zu klären, auch wenn sich diese Arbeit weder für noch gegen ein solches Verbot ausspricht.

Aus wissenschaftlicher Sicht erscheint das Thema vor allem wegen seiner bisherigen Vernachlässigung relevant. Bei der enormen Fülle von Literatur in der Antisemitismusforschung, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzt, werden meist vor allem die radikaleren, offeneren Formen beleuchtet, wie sie über das Internet, bei Demonstrationen, in Büchern und Liedtexten verbreitet werden. Selten aber geht es dabei um parteigebundene Rechtsextremisten.³ Für diese werden häufig nur wenige einschlägige Beispiele gebracht, und meist sind diese der Deutschen Volksunion (DVU) zuzuordnen und aus ihrer Zeitung, der

³ Siehe dazu unter anderem Lenk 2005, Berger 2005, Wetzel 1995.

„Nationalzeitung“, entnommen.⁴ Auch die Autoren, welche ausdrücklich (auch) von der NPD schreiben, belassen es in der Regel bei einigen pauschalen Formulierungen über die verschiedenen Arten, in denen Antisemitismus in der Partei auftritt, ohne diese Behauptungen jedoch empirisch zu untermauern.⁵ Die einzige dem Autor bekannte Studie, die diesen Missstand angeht, stammt von Juliane Wetzel und Christina Herkommer aus dem Jahre 2002; in ihr werden die Zeitungen von drei NPD-Landesverbänden (Berlin-Brandenburg, Sachsen, Nordrhein-Westfalen) aus den Jahren 1998-2001 auf offenen und verdeckten Antisemitismus hin untersucht. (Wetzel/Herkommer 2002) Neuere Studien oder solche für die Bundespartei liegen aber bislang nicht vor, weshalb die vorliegende Arbeit an dieser Stelle ansetzt.

4 Unter anderem Benz 2008:186 und 2002:214, Pfahl-Traughber 2002:139, Wetzel 1995:118.

5 So zum Beispiel Benz 2005:62.

2 Der Hintergrund der Untersuchung

2.1 Antisemitismus

Allgemein meint Antisemitismus zunächst „im modernen Sprachgebrauch die Gesamtheit judenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen unabhängig von ihren religiösen, rassistischen, sozialen oder sonstigen Motiven.“ (Benz 2002:15) Die Verwendung des Begriffes *Antisemitismus* für das in dieser Arbeit behandelte Phänomen ist aber in der wissenschaftlichen Literatur keineswegs unumstritten – im Gegenteil. Zwei wichtige Diskussionen zum Begriff finden daher hier zunächst Beachtung: erstens die Frage, ob der Terminus als solcher überhaupt genutzt werden sollte, und zweitens, ob er als Bezeichnung für das in dieser Arbeit behandelte Phänomen dienen kann. Erst nachdem geklärt ist, dass und warum der Begriff hier dennoch Verwendung findet, kann die konkrete Definition von „Antisemitismus“ für diese Arbeit erläutert werden.

Die erste Debatte befasst sich mit der Frage, ob die Benutzung des Wortes *Antisemitismus* angemessen ist. Zu seiner Vermeidung wurden unzählige alternative Begriffe vorgeschlagen und diskutiert, unter anderem Antijudaismus, Judenfeindschaft, Judenhass, Judenabneigung, Judephobie oder Judengegnerschaft. (Berger Waldenegg 2000:115) Für diese Ablehnung des Terminus' *Antisemitismus* sind gute Gründe vorgebracht worden, die unter anderem in seiner Entstehungsgeschichte liegen.

Die Schöpfung des Begriffs *Antisemitismus* wird gemeinhin dem deutschen Schriftsteller Wilhelm Marr zugeschrieben⁶, der den Begriff 1879 prägte, um damit seiner judenfeindlichen Position einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben und ihr so Legitimation zu verschaffen. *Antisemitismus* löste den bis dahin gebräuchlichen Begriff des *Judenhasses* ab, „der zu sehr einen christlich-religiösen Inhalt hatte, um einer sich gerade in der Entwicklung befindlichen modernen, nationalistischen, pseudo-wissenschaftlichen und anti-christlichen Ideologie zu genügen“. (Bauer 1992:77)

6 Armin Pfahl-Traughber allerdings bemängelt, dass für Marrs Urheberschaft nicht ausreichend Quellen vorgelegt wurden, obwohl diese überall angenommen werde. (Pfahl-Traughber 2002:9) Ähnlich äußert sich auch Walter Laqueur (2008:34).

Der Ursprung des Wortes als politischer Kampfbegriff *gegen* Juden ist aber nicht das einzige, was seine Verwendung heute, zumal in der Wissenschaft, fragwürdig erscheinen lässt. Ein weiteres Problem besteht darin, dass mit „Semiten“ eigentlich eine ganze Sprachfamilie bezeichnet wird, also Akkadisch, Kanaanäisch, Aramäisch, Südarabisch-Abessinisch und Arabisch – und keineswegs nur Hebräisch oder gar *die Juden*. (Pfahl-Traugher 2002:9) Der Begriff ist also ungenau in Bezug auf die bezeichnete Gruppe von Menschen.

Möglicherweise noch gravierender – und ebenso ungeklärt – ist die zweite Frage, nämlich die, welches Phänomen mit dem Terminus genau beschrieben wird. Meinte der Begriff zunächst ausschließlich eine vorgeblich wissenschaftliche, rassistisch begründete Abwertung, Verfolgung und Vernichtung von Juden (Rensmann 2004:71), die sich bewusst von den vor allem religiös motivierten Abneigungen vorangegangener Jahrhunderte zu distanzieren suchte, so „ist es mittlerweile üblich geworden“, klagt Johannes Heil, „jeden negativen Impuls gegen Juden gleich zu welcher Zeit als Antisemitismus zu bezeichnen“. (Heil 1997:92) Die Frage, ob Antisemitismus als Sammelbezeichnung für alle Epochen genutzt werden sollte oder ausschließlich für das moderne, im 19. Jahrhundert entstandene Phänomen, ist dabei nicht nur eine rein semantische; vielmehr stehen hier Vertreter der Kontinuitätsthese, also der Annahme, es gäbe eine starke Kontinuität zwischen religiöser und rassistischer Judenfeindlichkeit, jenen gegenüber, die im rassistischen Antisemitismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts etwas völlig neues sehen – und diese Neuerung auch sprachlich deutlich gemacht wissen wollen. (Berger Waldenegg 2000:109f.) Johannes Heil bemerkt dazu: „Die Wende hin zu einer nachreligiösen, rassistischen Formulierung der Judenfeindschaft wird als der wesentliche Einschnitt in der Geschichte der Judenfeindschaft in der Neuzeit verstanden und muss auch begrifflich dargestellt werden.“ (Heil 1997:105)

Trotz aller genannten Schwierigkeiten scheint der Begriff aufgrund seiner „historischen Bedeutung und allgemeiner Akzeptanz“ (Rensmann 2004:75) kaum ersetzbar, und der Autor folgt hier Yehuda Bauer, der bemerkt: „Andererseits hat es wenig Sinn, gegen Windmühlen zu kämpfen – jeder Versuch, einen Kampf um semantisch genauer differenzierte Definitionen zu führen, ist aussichtslos. Wir müssen uns also damit begnügen, dass wir um die Verschwommenheit des von uns

gebrauchten Begriffes wissen.“⁷ (Bauer 1992:79) Diese Klarstellungen⁸, so notwendig sie sind, ersetzen aber keineswegs die Definition des Begriffes für diese Arbeit.

Für die nun folgende Definition des Terminus' ist es zunächst wichtig zu konstatieren, dass es „in der sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung weitgehend offen“ (Weyand 2006:233) ist, wie Antisemitismus zu definieren sei. Georg Christoph Berger Waldenegg schreibt leicht ironisch, es gäbe „Tausende' einschlägiger Definitionen“ (Berger Waldenegg 2000:108). Dies ergibt sich nach Dina Porat auch aus den „difficulties of defining the term in general, since it involves a deep-seated emotional dimension as well as a conglomerate of age-old religious, political and economic elements“. (Porat 2007:118) Es scheint daher nicht allzu verwunderlich, dass viele Autoren „auf eine begriffliche Diskussion von Antisemitismus [...] verzichten“ (Weyand 2006:233) und eine Definition schlicht weglassen. Eine sozialwissenschaftliche Arbeit gerade in diesem Bereich ist aber angewiesen auf „scharfe, enge und empirienahe Definitionen, wobei die Definitionskriterien immer kontrovers bleiben werden“. (Bergmann/Erb 1998:103) In dieser Arbeit nun wird Antisemitismus verstanden als

„Sammelbezeichnung für alle Einstellungen und Verhaltensweisen, die den als Juden geltenden Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund dieser Zugehörigkeit negative Eigenschaften unterstellen, um damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung ideologisch zu rechtfertigen.“ (Pfahl-Traugher 2007:5)

Diese Definition scheint für den Zweck dieser Arbeit aus mehreren Gründen geeignet zu sein. Zunächst bezieht sie sich nicht nur auf jüdenfeindliche Handlungen, sondern berücksichtigt auch „latenten Antisemitismus“, also Einstellungen, die sich

7 Für weitere Argumente beider Seiten sowie umfangreicher Literaturangaben empfiehlt sich der sehr gute Artikel von Georg Christoph Berger Waldenegg (2000).

8 Es sei auch noch einmal deutlich gemacht, dass die Verwendung des Begriffes *Antisemitismus* in dieser Arbeit keine der beschriebenen Debatten entscheiden soll. Weder soll hier impliziert werden, es gäbe eine klare Kontinuität zwischen antiker oder frühchristlicher Judenfeindschaft und dem Judenhass der Nationalsozialisten (Langmuir 1990:314), noch soll mit dieser Einschränkung dem modernen Antisemitismus „sein christliches Erbe“ (Bauer 1992:77) abgesprochen werden. Vielmehr kann die Debatte hier nur skizziert, nicht aber fortgeführt werden.

nicht in entsprechenden Aktionen manifestieren. (Benz 2004:193) Außerdem macht diese Definition – zum Beispiel im Unterschied zu der eingangs erwähnten von Wolfgang Benz – deutlich, dass nicht etwa jegliche judenfeindliche Äußerung als Antisemitismus bezeichnet werden kann, sondern ausschließlich „die Feindschaft gegen Juden als Juden“. (Pfahl-Traugher 2007:5) Ein persönlicher Angriff zum Beispiel gegen einen jüdischen Politiker, sei er noch so unsachlich und unbegründet, ist nicht automatisch als antisemitisch zu werten, sondern ausschließlich dann, wenn die Religionszugehörigkeit als Motiv für die Anklage dient. Auf diese Unterscheidung gilt es bei der Einschätzung der analysierten Quellen im vierten Kapitel zu achten. Wichtig ist dabei auch, dass nach der hier verwendeten Definition eine negative Zuschreibung nur dann als antisemitisch gelten kann, wenn sie „eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung“ rechtfertigen soll – jemand, der zwar tradierten Vorurteilen über Juden Glauben schenkt, daraus aber keine – und seien es auch nur gedankliche – Konsequenzen zieht, ist nach dieser Definition kein Antisemit.⁹ Dies wird bei der Diskussion von Umfrageergebnissen und der Problematik von deren Interpretierbarkeit in Kapitel 2.6 wieder aufgegriffen.

2.2 Rechtsextremismus

Nach der Definition des Begriffes *Antisemitismus* wird in diesem Kapitel geklärt, was in der vorliegenden Arbeit unter dem Begriff *Rechtsextremismus* verstanden wird, bevor dann die Verbindung dieser beiden Phänomene, also die Bedeutung des Antisemitismus' im Rechtsextremismus, erläutert wird.

Ähnlich wie beim Antisemitismus ist auch der Begriff Rechtsextremismus „in den Sozialwissenschaften umstritten und unklar. Es existiert keine allgemein anerkannte Definition und schon gar keine Theorie des Rechtsextremismus.“ (Stöss 2005:13) Auch die Verwendung des Begriffes als solche stößt auf Kritik, unter anderem, weil in ihr eine Gleichsetzung von „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“, also von linken und rechten Ideologien, gesehen wird. Außerdem wird kritisiert, dass mit dem Begriff des „Extremismus“ das Phänomen fälschlicherweise ausschließlich auf den Rand der Gesellschaft beschränkt wird. (Stöss 2005:19ff) An dieser Stelle kann

⁹ Siehe zur Diskussion dieser Problematik zum Beispiel Benz 2004.

jedoch – mit Blick auf die Ziele der hier durchgeführten Untersuchung – die ausführliche Debatte dazu nicht dargestellt werden; es sei aber deutlich gemacht, dass es zu den hier übernommenen Definitionen und Begriffen auch entsprechende Kritiken und Gegenpositionen gibt.¹⁰

Der Begriff des „Extremismus“ meint zunächst „eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche antidemokratische Bestrebungen“ (Pfahl-Traughber 2006:12), also für solche politische Richtungen, „die Werte und Verfahrensregeln der freiheitlichen Demokratie ablehnen“. (Jesse 2005:31)

Die Eingrenzung des Extremismus’ auf den Rechtsextremismus erfolgt dann über die ideologische Ausrichtung. Dabei wird als grundlegendes Moment „die Anfechtung des Prinzips fundamentaler Menschengleichheit“ (Jesse 2005:31, siehe auch Pfahl-Traughber 2006:13f.) angeführt. In dieser Arbeit wird die daraus abgeleitete Definition von Oliver Decker und Elmar Brähler herangezogen, auch weil diese „Ergebnis einer Konsensuskonferenz“ (Decker/Brähler 2006:20) namhafter Rechtsextremismusforscher¹¹ ist:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ (Decker/Brähler 2008:11)

Im Mittelpunkt einer rechtsextremen Einstellung stehen demnach Ungleichwertigkeitsvorstellungen, also die Überzeugung, dass einige Menschen wertvoller sind als andere, möglicherweise soweit gehend, dass einige Individuen oder Gruppen von Menschen überhaupt kein Lebensrecht haben. Je nachdem, welche

10 Siehe dazu unter anderem Lenk 2005:18, Decker/Brähler 2005:9, 2006:11ff., Stöss 2005:19, sowie die jeweils dort angegebene weiterführende Literatur.

11 An dieser Konsensuskonferenz waren beteiligt: Elmar Brähler (Leipzig), Michael Erdinger (Jena), Jürgen Falter (Mainz), Andreas Hallermann (Jena), Joachim Kreis (Berlin), Oskar Niedermayer (Berlin), Karl Schmitt (Jena), Siegfried Schumann (Mainz), Richard Stöss (Berlin), Bettina Westle (Erlangen), Jürgen Winkler (Mainz). Siehe dazu Decker/Brähler 2006, Fußnote 1.

Personen als ungleich gesehen werden, äußert sich diese Überzeugung unterschiedlich: sieht man „Ausländer“ als ungleichwertig an, so handelt es sich um übersteigerten Nationalismus oder Rassismus, sind es Juden, die als ungleichwertig gesehen werden, kommt dies in antisemitischen Einstellungen zum Ausdruck. Werden sogenannte Behinderte als ungleichwertig oder gar als nicht lebenswert angesehen, äußert sich das in sozialdarwinistischen Einstellungen. Auch die Ablehnung der Demokratie ist ein Zeichen für die Nichtakzeptanz fundamentaler Gleichheit, auf welcher die Idee der Volksherrschaft beruht. Mit dieser Definition soll in Kapitel 2.4 die NPD als rechtsextreme Partei identifiziert werden können.

Wichtige Merkmale des Rechtsextremismus sind nach Richard Stöss erstens ein übersteigerter Nationalismus und eine daraus resultierende zumindest feindselige Einstellung gegenüber den Nachbarstaaten oder -völkern, zweitens das Nichtanerkennen universeller Freiheits- und Gleichheitsrechte, drittens die Ablehnung einer pluralistischen und auf Mehrheitsentscheidungen basierenden Demokratie, sowie viertens die Vorstellung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft, in der ein Führer die wahre Volksherrschaft ausübt. (Stöss 2005:23f.)

Auf Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus kann an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.¹² Stattdessen wird im folgenden Kapitel beleuchtet, welche Rolle der Antisemitismus im Rechtsextremismus spielt.

2.3 Antisemitismus im Rechtsextremismus

Die Bedeutung des Antisemitismus' im deutschen Rechtsextremismus wird von vielen Autoren betont. (Vgl. i.a. Wetzel 2004:25, Berger 2005:55, Weitzman 2006:52, Benz 2008:181) Dafür gibt es sowohl inhaltliche Gründe, also jene, die in der Ideologie der Rechtsextremen liegen, als auch pragmatische Gründe, die den Antisemitismus für Rechtsextreme unabhängig von der eigenen Überzeugung notwendig machen. Beide werden im Folgenden erläutert, beginnend mit den ideologischen Gründen.

Nach Werner Bergmann, der den Antisemitismus als „konstitutives Merkmal“ (Bergmann 2005:23) des Rechtsextremismus zumindest in Deutschland sieht, gibt es

¹² Siehe dazu zum Beispiel Stöss 2000:102ff.

dafür drei wichtige Gründe. Das rechtsextreme Lager, so Bergmann, fühle sich drei zentralen Bedrohungen ausgesetzt, die alle „vom Juden“ ausgingen und gegen die sich die Rechtsextremen wehren müssten. Die Notwendigkeit dieser Gegenwehr gegen die vermeintlichen Bedrohungen aber haben zur Folge, dass der Kampf gegen „das Judentum“, also eine eindeutig antisemitische Einstellungs- und Handlungsweise, zu den Grundüberzeugungen der Rechtsextremen gehört.

Die drei imaginierten Bedrohungen sind dabei erstens die Bedrohung der nationalen Identität durch die von *Juden* und *Angloamerikanern* nach 1945 zwangsweise eingeführte und nicht zu Deutschland passende liberale, pluralistische Demokratie und die damit verbundene Umerziehung („Reeducation“). Die Besatzer würden, gemeinsam mit der „Holocaustindustrie“¹³, versuchen, die deutsche Identität und Selbstbestimmung zu zerstören, unter anderem mit Hilfe der Europäischen Einigung oder der Globalisierung. Auch der geringe Erfolg der Rechtsextremisten im Kampf gegen diese vermeintliche Bedrohung wird verschwörungstheoretisch den Juden angelastet, die Druck auf Eliten ausübten oder die Medien beherrschten. Als zweite Bedrohung werden nach Bergmann Einwanderer und ethnische Minderheiten gesehen, welche die Homogenität der Volksgemeinschaft zerstörten. Die Juden würden dabei sowohl selber als Fremde¹⁴ gesehen, als auch als Drahtzieher der Zuwanderung betrachtet, mit deren Hilfe sie „die ethnische Substanz“ Deutschlands schwächen wollten. Die dritte Bedrohung, derer sich Rechtsextreme nach Werner Bergmann erwehren zu müssen glauben, ist die kritische Aufarbeitung der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 und hier insbesondere des Holocausts¹⁵. Diese

13 Im Jahre 2000 veröffentlichte der amerikanische Politologe Norman Finkelstein ein Buch, welches in der deutschen Übersetzung den Titel „Die Holocaust-Industrie: Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird“ trägt. Da das Buch aus „verschwörungstheoretischen Tiraden“ gegen jüdische Organisationen besteht, die weltweit die Erinnerung an den Holocaust für ihre Zwecke ausbeuten würden, ist das Buch bei Rechtsextremen entsprechend beliebt, die auch den Begriff übernommen haben. (Rensmann 2004:437)

14 Während im Rechtsextremismus andere Nationen oder Völker zwar als *andere* wahrgenommen und auch abgewertet werden, stellt *der Jude* kein Volk in diesem Sinne dar und steht damit außerhalb dieser Kategorie. Er gilt vielmehr als gemeinsamer Feind aller Völker. (Vgl. Holz 2008:214)

15 Die Verwendung des Begriffes *Holocaust* als Bezeichnung für die an den europäischen Juden verübten Verbrechen ist nicht unproblematisch. Da das Wort ursprünglich ein religiöses Brandopfer bezeichnete, sehen Kritiker hier eine Übernahme nationalsozialistischer Ideologie. Teilweise wird

entwerte die NS-Ideologie, von der sich jene Gruppierungen nicht vollständig verabschiedet hätten, und verhindere ein positiveres Selbstbild der Deutschen; damit wollten die wiederum zumindest teilweise jüdischen Drahtzieher für eine fortwährende Unterdrückung des deutschen Volkes sorgen. Bergmann kommt daher zu dem Schluss, Antisemitismus fungiere im Rechtsextremismus „– anders als Ausländerfeindlichkeit – als *Theorie* zur Erklärung (fast) aller das nationale Kollektiv schädigenden Phänomene in Gegenwart und Vergangenheit.“ (Bergmann 2005:24)

Der Antisemitismus im Rechtsextremismus resultiert jedoch nicht ausschließlich aus den oben genannten ideologischen Gründen, sondern außerdem aus der Notwendigkeit, die Existenz des Rechtsextremismus’ im postfaschistischen Deutschland zu rechtfertigen. (Stöss 2005a:49) Der deutsche Rechtsextremismus schließlich hatte mit dem Zweiten Weltkrieg nicht nur unermessliches Leid über die meisten europäischen Länder gebracht, sondern war auch für die Zerstörung des eigenen Landes sowie für massive Gebietsverluste und die Besetzung Deutschlands verantwortlich. Daher musste sich der Rechtsextremismus in Deutschland entweder völlig neu definieren, oder sein Fortbestehen bedurfte einer Rechtfertigung. Nach 1945 war es in Deutschland jedoch nur eine Minderheit der Rechtsextremisten, die einen „neuen Nationalismus“ entwickeln wollten. Die Mehrheit hingegen wollte „sich bewusst in die historische Tradition des deutschen Rechtsextremismus stellen, den Nationalsozialismus als notwendige Reaktion auf die Gefahr des Stalinismus rechtfertigen, seine Verbrechen bagatellisieren und die Zerstörung des Reichs als grobes Unrecht der Siegermächte anklagen.“ (Stöss 2000:107) Um einen solchen Standpunkt zu rechtfertigen, war und ist aber der Antisemitismus notwendigerweise Bestandteil der eigenen Position. Vor allem müssen die Verbrechen des Nationalsozialismus’ – allen voran der Holocaust – bagatellisiert, gerechtfertigt oder geleugnet werden¹⁶, was wiederum zwingend eine antisemitische Position ist.

daher der hebräische Begriff HaSchoa vorgezogen, der sich mit „große Katastrophe“ übersetzen ließe. In dieser Arbeit wird dennoch der Begriff Holocaust benutzt, nicht nur, weil er sich auch in der wissenschaftlichen Literatur durchgesetzt hat, sondern vor allem, um Begriffsverwirrungen zu vermeiden, da die Bezeichnung in den später analysierten Quellen immer wieder auftaucht. (Vgl. Wyrwa 1999:300ff.)

16 Dies geschieht vor allem durch die sich selbst als *Revisionisten* bezeichnenden Holocaustleugner, die mit pseudowissenschaftlichen Studien und gestützt auf dubiose oder erfundene Quellen die Existenz des Verbrechens in seiner tatsächlichen Form abstreiten oder es rechtfertigen. „Tatsächlich

Außerdem erscheint es nicht möglich, sich in die Tradition des nationalsozialistischen Deutschlands zu stellen, ohne auch den Antisemitismus als eines der zentralen Merkmale dieser Ideologie zu übernehmen. Stattdessen müssen Rechtsextreme versuchen, ihn positiv zu besetzen und zu rechtfertigen, also auch aus praktischen Erwägungen eine antisemitische Position beziehen. (Wetzel 1995:102)

Diese praktischen Erwägungen sind dabei für die offene Artikulation antisemitischer Vorbehalte von zentraler Bedeutung. Die ideologischen Gründe für eine gewichtige Rolle des Antisemitismus' im Rechtsextremismus mögen schwerwiegend sein, dennoch könnten antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit aus taktischen Gründen zurückgehalten werden, wenn es lediglich ideologische Gründe für solche Äußerungen gäbe. Die beschriebenen pragmatischen Gründe für eine zentrale Rolle des Antisemitismus' im Rechtsextremismus machen es aber unerlässlich, dass diese Position nicht nur intern eingenommen, sondern auch offensiv nach außen hin vertreten wird.

Angesichts der beschriebenen zentralen Bedeutung des Antisemitismus' im Rechtsextremismus ist es wenig verwunderlich, dass sich Judenfeindschaft dort auf vielfältige Weise und in allen Ausprägungen manifestiert, sei es sozialer, rassistischer, religiöser, politischer, auf Israel bezogener oder sekundärer Antisemitismus. (Berger 2005:55) Verbreitung findet er über rechtsextreme Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, auf Demonstrationen, bei Reden und in den Liedtexten entsprechender Musikgruppen. Mit der massenhaften Verbreitung von Internetanschlüssen in den letzten Jahren hat sich der Schwerpunkt vor allem offen antisemitischer Hetze zunehmend ins weltweite Netz verlagert, wo die Strafverfolgung für deutsche Behörden meist dadurch unmöglich gemacht wird, dass die Server im Ausland stehen. (Wetzel 2002:307)

Unter den vielfältigen Erscheinungsformen des Antisemitismus' im Rechtsextremismus lassen sich – neben direkten Beleidigungen und Mordaufrufen – nach Wolfgang Benz vor allem fünf Varianten finden: erstens die Rechtfertigung, Relativierung und das Infragestellen des Holocausts oder

handelt es sich bei der Holocaust-Leugnung aber“, so Jürgen Zarusky, „nicht um irgendeine Form von Wissenschaft, auch nicht um die Vertretung aufgrund von Irrtümern entstandener Thesen, sondern um eine spezifische Form politischer Propaganda, deren Ausgangspunkt und Zweck der Antisemitismus ist.“ (Zarusky 2001:73, vgl. auch Bailer 1995:290ff., Benz 1995:138)

zumindest der Opferzahlen, zweitens die Diffamierung einzelner jüdischer Personen, verbunden mit dem expliziten Hinweis auf ihre jüdische Identität, drittens eine radikale Israelfeindschaft, viertens Angriffe auf die Erinnerungskultur der Bundesrepublik und damit verbundene Unterstellungen überzogener jüdischer Forderungen zur Niederhaltung Deutschlands, und fünftens schließlich der Versuch der Schuldabwehr oder Schuldumkehr, zum Beispiel durch die Imagination eines „eliminatorischen Antigermanismus““. (Benz 2005:64, 2008:185) Zahllose Beispiele und Belege für rechtsextremen Antisemitismus finden sich unter anderem in den entsprechenden Publikationen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV 2002, 2005, 2008).

Obwohl allerdings der Antisemitismus überall im rechtsextremen Spektrum zu finden ist, gibt es doch große Unterschiede bei seiner Zentralität und Offenheit. Nicht alle Rechtsextremen stellen Antisemitismus in den Mittelpunkt ihrer Agitation, und nicht immer artikulieren sie ihn klar erkennbar. (Bergmann 2005:24) Dabei gilt im Allgemeinen, dass der parlamentsorientierte Rechtsextremismus bei der Verwendung antisemitischer Aussagen vorsichtiger agiert, um nicht „entlarvt und bestraft zu werden“ (Benz 1996:131, siehe auch Kapitel 2.7), während „freie“, also nicht an Parteien gebundene Rechtsextreme oft keinerlei Hemmungen auch vor der Verwendung radikal antisemitischer Propaganda haben; deren Wirkung bleibt aber beschränkt auf die eigenen Anhänger. (Benz 1996:131, auch Wetzel 1995:115, 2002:307, Bergmann 2005:27)

Da also erstens die Wirkung antisemitischer Propaganda im parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus eine größere Reichweite hat, und da zweitens der Antisemitismus in diesem Bereich weniger offen kommuniziert wird, untersucht diese Arbeit, wie rechtsextreme Parteien ihre antisemitischen Überzeugungen in der Öffentlichkeit kommunizieren, ohne sich dabei offen judenfeindlicher Aussagen zu bedienen. Dementsprechend wird im nächsten Kapitel die aus in der Einleitung genannten Gründen als Beispiel ausgewählte NPD – kurz – vorgestellt und als rechtsextreme, antisemitische Partei verortet.

2.4 Geschichtliche und programmatische Entwicklung der NPD

In diesem Kapitel wird zunächst die historische Entwicklung der NPD sowie ihre Programmatik skizziert¹⁷, einerseits, um deutlich herauszuarbeiten, dass es sich bei der NPD tatsächlich um eine rechtsextreme Partei im Sinne der oben verwendeten Definition handelt, und andererseits, um darzustellen, in welchem Kontext eventuelle antisemitische Aussagen der Partei stehen. Anschließend wird auf die Frage eingegangen, in welcher Form sich Antisemitismus in der NPD äußert, und es wird anhand von Beispielen deutlich gemacht, dass es sich bei der Partei um eine antisemitische handelt.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde am 29. November 1964 in Hannover gegründet, um das nach dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei 1952 zersplitterte rechtsextreme Lager wieder zu vereinen. Den Bundesvorsitz übernahm zunächst ein ehemaliges CDU-Mitglied, der eher nationalkonservativ eingestellte Friedrich Thielen. Die Programmatik drehte sich vor allem um die Leugnung der Kriegsschuld, die deutsche Einheit sowie die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze. Im allgemeinen versuchte die Partei, sich einen bürgerlichen Anstrich zu geben.

Die Stimmungslage für die NPD war bereits kurz nach ihrer Gründung äußerst günstig. Profitieren konnte sie dabei unter anderem von der ersten Rezession in der Bundesrepublik ab 1966 und der damit verbundenen steigenden Arbeitslosigkeit, die für viele Menschen schockierend war und Zukunftsängste auslöste. Auch die Bildung einer großen Koalition und das damit verbundene Fehlen einer größeren Oppositionspartei trug zum Erfolg der NPD bei, zumal die Unionsparteien, um mit der SPD regieren zu können, ihren Rechten Rand vernachlässigten. (Königseder 2002:293) So erzielte die noch junge Partei bereits bei der Bundestagswahl 1965 mit zwei Prozent der Stimmen einen ersten Erfolg und zog dann zwischen 1966 und 1968 in sieben Landesparlamente ein.¹⁸ Die Mitgliederzahl der Partei war nach ihrer

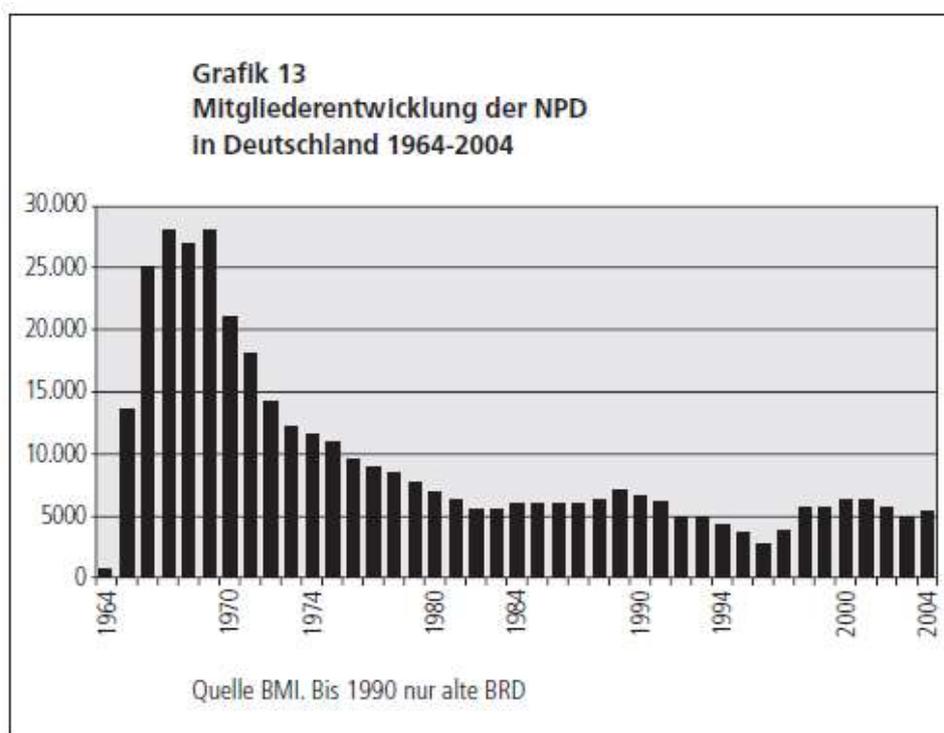
17 Für eine ausführlichere Darstellung der hier nur knapp dargelegten Geschichte der Partei siehe Schmollinger 1984:1923ff.

18 Die Wahlerfolge im Einzelnen waren – chronologisch geordnet – Hessen (7,9 Prozent), Bayern (7,4 Prozent), Rheinland-Pfalz (6,9 Prozent), Schleswig-Holstein (5,8 Prozent), Niedersachsen (7,0 Prozent), Bremen (8,8 Prozent) und Baden-Württemberg (9,8 Prozent). (Jesse 2005:32)

Gründung ebenfalls rasch angestiegen und pendelte von 1966 bis 1969 zwischen fünfundzwanzig- und dreißigtausend. (Stöss 2005:137)

Als jedoch der sicher geglaubte Einzug in den Bundestag bei den Wahlen im September 1969 mit 4,3 Prozent der Zweitstimmen verpasst wurde, setzte ein Zerfallsprozess ein, der die Partei schnell in der Bedeutungslosigkeit verschwinden ließ. Ausschlaggebend für diesen Misserfolg war vor allem das Wegfallen jener Gründe, die den Aufstieg begünstigt hatten: die Wirtschaft erholte sich und wuchs wieder, und mit der Regierungsübernahme durch Willy Brandt nach der Bundestagswahl fiel der CDU/CSU die Rolle der – starken – Oppositionspartei zu, in der sie auch ihr konservatives Profil wieder schärfen konnte. Auch die wenig erfolgreiche Politik der Partei in den Landesparlamenten sowie innerparteiliche Querelen trugen zum Niedergang bei.¹⁹ (Schmollinger 1984:1926f.)

Die Folge waren jahrzehntelange Bedeutungslosigkeit, Misserfolge bei Wahlen und ein radikaler Mitgliederschwund. Bereits 1972 war ihre Zahl auf unter fünfzehntausend gefallen, 1976 auf unter zehntausend, und seit 1982 liegt die Zahl der NPD-Mitglieder mal knapp über, mal knapp unter fünftausend. (Stöss 2005:137)



Quelle: Stöss 2005:137

¹⁹ Eine ausführlichere Analyse über die Wähler der NPD sowie die Gründe für deren Wahlentscheidung findet sich zum Beispiel bei Pfahl-Traughber 2006:93ff.

Zwischen 1972 und 1998 erreichte die NPD – abgesehen von zwei kleineren „Erfolgen“ 1988 – bei keiner Bundestags- oder Landtagswahl mehr als 1,1 Prozent, und oft konnte die Partei nicht einmal mehr antreten. (Stöss 2005:124) Adolf von Thadden, der den anfangs als „das national-konservative, besitzbürgerliche Aushängeschild der NPD“ (Schmollinger 1984:1925f.) benötigten Friedrich Thielen bereits 1967 als Parteivorsitzenden abgelöst hatte, legte dieses Amt 1971 resigniert nieder. Die sich in Flügelkämpfen selbst demontierende Partei bezeichnete er als nicht mehr zu führen.

Zu Thaddens Nachfolger wurde Martin Mußnug gewählt, „der die Partei von 1971 bis 1990 mehr verwaltete als führte“. (Jesse 2005:32) In den siebziger und achtziger Jahren stand die Partei mehrfach vor dem Zusammenbruch, immer wieder spalteten sich einzelne Gruppierungen im Streit um die richtige Strategie – eher neonazistisch oder eher nationalistisch-konservativ – ab. Der desolate Zustand der Partei und die miserablen Wahlergebnisse ließen die Parteimitglieder mehrfach über die Selbstaflösung nachdenken. (Stöss 2005:80)

An der Bedeutungslosigkeit der Partei änderte sich auch mit der Wahl von Günter Deckert zum Parteivorsitzenden im Juni 1991 nichts. Seine einseitige Konzentration auf die Themenfelder Ausländerpolitik und Revisionismus brachten der Partei keinerlei politischen Nutzen; zur Bundestagswahl 1994 verzichtete sie erstmals in ihrer Geschichte auf einen Antritt, auch für die Landtagswahl in ihrer vermeintlichen Hochburg Sachsen im selben Jahr reichte es nicht. Deckert selbst wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, nachdem er einen Vortrag des Holocaustleugners Fred Leuchter übersetzt und zustimmend kommentiert hatte. Auch wegen seines unpopulären Führungsstils und finanzieller Unregelmäßigkeiten wurde er daraufhin vom Bundespräsidium der NPD abgesetzt und unterlag – wegen der Verbüßung seiner Haft in Abwesenheit – 1996 auf dem Parteitag in einer Kampfkandidatur gegen den bayrischen Landesvorsitzenden Udo Voigt. (Stöss 2005:125f., Pfahl-Traugher 2006:35)

Dieser schließlich leitete einen umfassenden Strategiewechsel ein, welcher die Partei aus der politischen Bedeutungslosigkeit herausholte. Dazu öffnete er die Partei für Neonazis, also Gruppen von sogenannten Skinheads, autonomen Nationalisten und freien Kameradschaften, die vor allem in Ostdeutschland eine aktive Massenbasis für die Partei wurden und – über die Jugendorganisation der Partei, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) – Einfluss bis in den Parteivorstand gewannen. (Stöss

2005:132f., Pfahl-Traugber 2006:36) Vorher bestehende Unvereinbarkeitsbeschlüsse wurden aufgehoben, führende Neonazis – unter anderem Steffen Hupka, Jens Pühse, Sascha Rossmüller und Frank Schwerdt – rückten zumindest zeitweise in den Bundesvorstand der Partei. (Königseder 2002:297)

Neben der Kooperation mit diesen „freien“ Gruppierungen versuchte die NPD auch, mit konkurrierenden Parteien und Vereinen zusammenzuarbeiten und so das rechtsextreme Lager – unter ihrer Führung – zu einen. Der sogenannte Deutschlandpakt, also Wahlabsprachen mit der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU), aus dem Jahre 2003 ist hier nur das prominenteste Beispiel.²⁰

Aber auch inhaltlich wandelte sich die Partei, sowohl was die Schwerpunkte der Kampagnen anging, als auch die generelle Ausrichtung betreffend. Themen wie Revisionismus und Antisemitismus wurden nicht mehr, wie noch unter Deckert, offensiv vertreten, sondern rückten in der Propaganda in den Hintergrund – was selbstverständlich nicht heißt, dass die Partei sich von solchen Positionen trennte. Das Hauptaugenmerk aber lag nun auf wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, die vor allem rassistisch beantwortet wurden. (Stöss 2005:132ff.)

Für die Relevanz der vorliegenden Arbeit ist dabei dieser Strategiewechsel von besonderer Bedeutung. Erst die Abkehr von Deckerts offen antisemitischer Ausrichtung unter Voigt erfordert eine empirische Analyse der antisemitischen Kommunikationsstrategien, um zu zeigen, dass solche Positionen tatsächlich zwar weniger offen kommuniziert werden, aber immer noch einen Grundbestandteil der Ideologie bilden. So hat beispielsweise die heute wichtige Kapitalismuskritik den Antisemitismus nicht verdrängt, sondern ihm eine neue Artikulationsmöglichkeit geschaffen, indem, wie das vierte Kapitel zeigt, diese Kritik antisemitisch aufgeladen wird.

Neben diesem Wandel hin zu einer kapitalismuskritischen Rhetorik kam es aber auch zu einer grundsätzlichen Radikalisierung der Partei. Hatte die NPD der sechziger Jahre sich als Opposition innerhalb des Systems empfunden, so definiert sie sich heute ausdrücklich als systemfeindliche und revolutionäre Partei, die eine fundamentale Alternative zum „etablierten“ Parteienspektrum darstellen möchte.

Diese Neuausrichtung der NPD blieb mittelfristig nicht ohne Erfolg. Im Gegenteil, mit den beschriebenen Maßnahmen gelang es der Partei, aus der politischen

²⁰ Siehe für Details der Zusammenarbeit zwischen NPD und DVU zum Beispiel Stöss 2005:138f.

Bedeutungslosigkeit aufzusteigen und bei Wahlen wieder Erfolge zu erzielen. So erreichte sie 1998 bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder ein Ergebnis von mehr als einem Prozent, was dringend benötigtes Geld in Form von Wahlkampfkostenrückerstattung bescherte. Dies konnte in den folgenden Jahren auch in anderen Bundesländern wiederholt werden. Noch erfolgreicher verlief für die NPD das Jahr 2004: zunächst erreichte sie im Juni bei den Kommunalwahlen in Sachsen eine beachtliche Zahl von Mandaten, verfehlte im Herbst mit 4,0 Prozent den Einzug in den Landtag des Saarlandes nur knapp und konnte schließlich zwei Wochen später mit 9,2 Prozent der Stimmen zwölf Mandate für das sächsische Landesparlament gewinnen. Erstmals seit dem Ende der sechziger Jahre übersprang die Partei damit bei einer Landtagswahl die Fünfprozenthürde. Im Jahre 2006 konnte sie diesen Erfolg bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wiederholen; hier zog sie mit 7,3 Prozent ins Parlament ein.

Auch wenn sie bei der vorgezogenen Bundestagswahl im Jahre 2005 „nur“ 1,6 Prozent der Stimmen erreichen konnte, so bleibt doch insgesamt die Erkenntnis, dass die neue strategische Ausrichtung der Partei für sie gewinnbringend war.²¹ Dies spiegelt sich nicht nur in einzelnen guten Wahlergebnissen wieder, sondern auch in der teilweisen Verankerung der NPD gerade in der ostdeutschen Provinz. (Stöss 2005:124, 138f.)

2.5 Antisemitismus in der NPD

Nach dieser Beschreibung von Geschichte und Programmatik der NPD scheint es wenig überraschend, dass die NPD in der wissenschaftlichen Literatur als rechtsextreme Partei dargestellt wird, erfüllt sie doch recht offensichtlich möglicherweise alle, zumindest aber viele der in der Definition in Kapitel 2.2 genannten Kriterien: sie geht von einer Ungleichwertigkeit der verschiedenen Menschen aus, verharmlost und rechtfertigt den Nationalsozialismus, befürwortet die Abschaffung der Demokratie und vertritt rassistische Positionen. Dabei ist es für diese Arbeit nicht relevant, ob sie nun als rechtsextrem, nazistisch oder neonazistisch,

21 Für die internen Probleme, die diese Neuausrichtung mit sich brachte, siehe Stöss 2005:135ff.

rechtsradikal oder nationalistisch (Stöss 2005:23) bezeichnet wird; hier genügt es, dass die Partei zweifelsfrei dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden kann.

Bei der Verortung der Partei als antisemitisch hingegen ist die Faktenlage weniger eindeutig, zumindest weniger offensichtlich. Zwar gibt es auch hier in der Literatur kaum Zweifel daran, dass der Partei Antisemitismus als eine ihrer ideologischen Grundlagen dient²², dieser lässt sich jedoch wesentlich schwerer nachweisen als die meisten anderen der für rechtsextreme Parteien grundlegenden Überzeugungen. Dies liegt vor allem daran, dass die Partei selbst darauf achtet, zumindest offiziell keinen allzu offenen Antisemitismus zu artikulieren; auf die Gründe hierfür wird in Kapitel 2.7 eingegangen. In öffentlichen Parteiäußerungen gibt es also fast ausschließlich codierte, verdeckte antisemitische Äußerungen, die in Kapitel 4 ausführlich behandelt und analysiert werden. Zu einer ersten Verortung der NPD als antisemitische Partei wird hier aber zunächst auf die wenigen dokumentierten offenen, nicht öffentlichen Äußerungen sowie auf die seltenen Fälle von öffentlichen getätigten offen antisemitischen Aussagen eingegangen. Dazu werden vier Beispiele vorgestellt:

1. Nachdem im Januar 2001 die Bundesregierung, der Bundestag sowie der Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag eingereicht hatten, die NPD zu verbieten²³, ernannte die Partei den als notorischen Antisemiten bekannten Rechtsanwalt Horst Mahler – seit August 2000 Parteimitglied – zu ihrem Prozessbevollmächtigten. (Flemming 2007:67ff.) Bei einer Pressekonferenz zum Prozess verteilte Mahler dann im September 2002 in der NPD-Parteizentrale an Journalisten ein Pamphlet, in dem es unter anderem hieß: „Der Hass auf die Juden stellt sich als etwas ‚ganz Normales‘ heraus. Ja, er ist geradezu das untrügliche Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems, also von geistiger Gesundheit – eine Gesundheit, die Juden – zu Recht – fürchten.“ (zitiert nach Erb/Klärner 2005:111) Der in dieser

22 Siehe zum Beispiel Benz 2008:181.

23 Das Verfahren wurde schließlich am 18. März 2003 eingestellt, ohne dass die Frage der Verfassungswidrigkeit der NPD erörtert worden war. Ausschlaggebend hierfür war, dass die verschiedenen Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern zahlreiche V-Leute in den Führungsgremien der Partei angeworben hatten und nicht bereit waren, diese Quellen „abzuschalten“. Teilweise fanden sich Aussagen der V-Leute auch bei den als Beweismittel vorgelegten Dokumenten. So sei, entschied das Gericht, ein faires Verfahren nicht zu gewährleisten.

Siehe Fleming 2007 für eine kritische Darstellung der Hintergründe des Verfahrens.

Aussage deutlich werdende unverbrämte Hass gegen Juden²⁴ sagt auch deshalb etwas über die Auffassung der Partei aus, weil die NPD-Führung sich in keiner Weise von solchen Äußerungen distanziert oder sich deswegen gar von ihrem Prozessbevollmächtigten getrennt hat. Dass Mahler die Partei nach dem Ende des Verfahrens verließ, weil diese seinen „Feldzug gegen die Offenkundigkeit des Holocausts“ nicht unterstützen wollte, ändert daran nichts – die entsprechende Aufforderung erfolgte nicht wegen inhaltlicher Bedenken, sondern nur, „um der Partei nicht zu schaden“, wie es in einer Erklärung des Parteivorstandes heißt. (Erb/Klärner 2005:112)

2. Jürgen Gansel, Abgeordneter der NPD im sächsischen Landtag und Mitglied im Bundesvorstand der Partei, schreibt in der Gründungserklärung der sogenannten „Dresdner Schule“²⁵ aus dem Jahre 2005 unter anderem, in den USA und in Israel säßen „die Todfeinde der Völker“.²⁶ (Gansel 2005) In einer Art „Strategiepapier“ – „Der Nationalismus im ‚Kampf der Kulturen‘“ – schreibt er im März 2006, die „gleichermaßen von alttestamentarischem Völkerhass²⁷ und Auserwähltheitsglauben angetrieben (*sic!*) Juden“ führten einen „Vernichtungsfeldzug gegen die Araber“.²⁸ (Gansel 2006)
3. Als der Parteivorsitzende Udo Voigt von vorgeblich für das iranische Staatsfernsehen arbeitenden Journalisten – es handelte sich in Wirklichkeit um Reporter des ARD-Politmagazins „Report Mainz“ – interviewt wurde, sah er

24 Horst Mahler wurde wegen der genannten Aussage zu neun Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen Volksverhetzung verurteilt (Erb/Klärner 2005:117).

25 Die sogenannte Dresdener Schule erhielt ihren Namen in Anlehnung an die „Frankfurter Schule“ von Horkheimer und Adorno, deren Weiterentwicklung sie sein soll. Sie ist gedacht als „Denkfabrik“ der NPD und soll dementsprechend ein theoretisches Fundament für die Ideologie der Partei liefern.

26 Gansel, Jürgen (2005): Wesen und Wollen der „Dresdener Schule“, im Internet einsehbar unter http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=291, zuletzt abgerufen am 27.03.2009.

27 Alle Zitate in dieser Arbeit wurden – im Hinblick auf die bessere Lesbarkeit – auf die neue deutsche Rechtschreibung hin angepasst, obwohl die NPD diese aus ideologischen Gründen ablehnt und dementsprechend in ihren Publikationen nicht verwendet.

28 Gansel, Jürgen (2006): Der Nationalismus im „Kampf der Kulturen“, im Internet einsehbar unter http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=309, zuletzt abgerufen am 27.03.2009.

offenbar keine Notwendigkeit für die sonst beim Thema „Antisemitismus“ an den Tag gelegte Zurückhaltung. Er äußerte unter anderem zum Holocaust: „Sechs Millionen kann nicht stimmen, es können maximal 340,000 in Auschwitz umgekommen sein. Da sagen zwar die Juden immer, auch wenn nur ein Jude umgekommen ist, weil er Jude ist, ist das ein Verbrechen, aber es ist natürlich ein Unterschied, ob wir für sechs Millionen zahlen oder für 340,000. Da sage ich dann... da sprechen wir dagegen, und dann ist auch irgendwann die Einmaligkeit dieses großen Verbrechens – oder angeblichen großen Verbrechens – also fällt auch die Einmaligkeit weg.“²⁹

4. Bei einer Veranstaltung der Partei zum „politischen Aschermittwoch“ in Saarbrücken am 25. Februar 2009 sprach auch der Vorsitzende der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs. Er sagte dort unter anderem: „Und das zeigt deutlich, welch kapitalistisch-judaistischer Geist vom Zins ausgehend den westlichen Völkern aufgezwungen worden ist und noch aufgezwungen wird, meine Damen und Herren.“ Und weiter: „...weil das gesamte Finanzgebäude dieser Judenrepublik [sic!] in den nächsten zwei Jahren zusammenbrechen wird.“³⁰ Die offen antisemitische Hetze in dieser Rede brachte Pastörs ein Ermittlungsverfahren wegen mutmaßlicher Volksverhetzung ein.

Diese Beispiele sind nicht nur deshalb aussagekräftig, weil sie von führenden Vertretern der Partei stammen, sondern auch aufgrund der – fehlenden – Reaktion in der Partei. Ähnliche Vorkommnisse in anderen Parteien oder Organisationen führen in der Regel zu einem Skandal, bei dem die betreffende Person zunächst beteuert, missverstanden worden zu sein, später von ihrer Position abrückt und sich entschuldigt, und in manchen Fällen auch von ihren Ämtern zurücktritt. (Benz 2004:11, Bergmann 1995:87; für Beispiele siehe Bergmann 1997) Die NPD hingegen distanziert sich in keiner Weise von solchen Aussagen.

29 Udo Voigt in der ARD-Sendung „Report Mainz“, ausgestrahlt am 10. Dezember 2007, im Internet einsehbar auf der Seite des Südwestrundfunks unter <http://www.swr.de/report/-/id=233454/did=2769038/pv=video/gp1=2919782/nid=233454/11an1b3/index.html> (abgerufen am 23.02.09).

30 Videoaufnahmen dieser Rede wurden zum Beispiel vom NDR-Magazin „Extra 3“ in der Sendung vom 26.02.2009 präsentiert; im Internet ist die Sendung abrufbar unter http://www3.ndr.de/sendungen/extra_3/media/pastoers110.html (abgerufen am 25.03.09).

Es ist allerdings klarzustellen, dass diese wenigen Beispiele nicht ausreichen, um zu belegen, dass es sich bei der NPD um eine grundsätzlich antisemitische Partei handelt, oder gar, dass sich der Antisemitismus in der NPD in letzter Zeit radikalisiert, wie Wolfgang Benz bemerkt hat. (Benz 2005:71)

Bei der Untersuchung der Frage, wie sich der Antisemitismus in der Partei äußert, werden im Zuge der Analyse der antisemitischen Kommunikationsstrategien zahlreiche weitere Belege für den Antisemitismus der NPD vorgestellt. Solche Belege aber, sofern sie sich auf kodierte, nicht offen erkennbaren Antisemitismus beziehen, können nicht einfach aufgezählt, sondern müssen ausführlich in ihrem Kontext analysiert werden, um als fundierter Nachweis für den Antisemitismus der Partei gelten zu können. Auch wenn dies nicht das unmittelbare Ziel dieser Arbeit ist, bietet das vierte Kapitel eine Fülle solcher Belege.

Zunächst wird aber, nachdem die NPD im Kontext des antisemitischen Rechtsextremismus vorgestellt wurde, im folgenden Kapitel das gesellschaftliche Umfeld den Antisemitismus betreffend dargestellt. Dies dient unter anderem dazu, deutlich zu machen, welche Anknüpfungspunkte sich der NPD bei ihrer antisemitischen Agitation bieten. Nur so können die Kommunikationsstrategien vollständig analysiert und verstanden werden.

2.6 Einstellungen in der Bevölkerung

Um die antisemitischen Kommunikationsstrategien der NPD umfassend analysieren zu können, ist es notwendig herauszuarbeiten, auf welche in der Bevölkerung – nicht nur bei Rechtsextremen – verbreiteten Klischees über Juden in solchen Strategien Bezug genommen werden kann. Dazu werden in diesem Kapitel einige Ergebnisse der empirischen Sozialforschung vorgestellt. Zunächst aber muss auf die Schwierigkeiten bei der Verwendung solcher Daten eingegangen werden.

In einer Untersuchung, die sich mit Judenfeindschaft beschäftigt, wird in der Regel nicht direkt danach gefragt, ob man etwas gegen Juden habe oder ein Antisemit sei. Abgesehen davon, dass im letzteren Fall viele Befragte nicht einmal das Wort genau verstehen würden, gäben auch nur die wenigsten offen ihre Abneigung gegenüber Juden zu. Dies hängt mit der gesellschaftlichen Tabuisierung antisemitischer Äußerungen zusammen, auf die in Kapitel 2.7 eingegangen wird. Um dennoch zu

verwertbaren Aussagen zu kommen, behelfen sich Umfragen zu antijüdischen Einstellungen damit, dass sie nach der Zustimmung zu bestimmten Stereotypen fragen, zum Beispiel, ob man den Einfluss der Juden für zu groß oder Juden für fremdartig halte, aber auch, ob man sich beispielsweise einen Juden als Nachbarn oder Schwiegersohn vorstellen könne. (Benz 2004:193)

Diese Vorgehensweise allerdings ist auch einiger Kritik ausgesetzt:

1. Es wird kritisiert, dass die Ergebnisse verfälscht seien, da die Befragten ihre Einstellung den Juden gegenüber nicht offen und direkt äußerten. Daran würde auch die indirekte Form der Befragung nichts ändern, da die Befragten aufgrund sogenannter „sozialer Erwünschtheit“³¹ auch hier nicht antworten würden, was sie tatsächlich denken, sondern, was ihrer Meinung nach die Gesellschaft von ihnen erwartet. Daher, so die Kritiker, spiegelten die Ergebnisse gerade von Umfragen mit standardisierten Antwortmöglichkeiten in keiner Weise die Realität wieder; vielmehr seien sie verzerrt und somit unbrauchbar. (Bergmann/Erb 1998:106) Tiefeninterviews jedoch, mit denen sich das Problem beheben ließe, sind bei weitem zu aufwendig und zu teuer. Außerdem, so argumentieren Werner Bergmann und Rainer Erb, werde der Effekt der sozialen Erwünschtheit „häufig überschätzt“, wie entsprechende Kontrolluntersuchungen zeigten. (Bergmann/Erb 1995:48) Daher kann dieses Problem hier vernachlässigt werden, zumal das Ergebnis dieser Arbeit in keiner Weise verfälscht würde, sollten die hier vorgestellten Zahlen zu niedrig liegen.
2. Ein weiterer Kritikpunkt an der empirischen Antisemitismusforschung ist die Varianz und die Interpretierbarkeit der ausgewählten Fragen. Da, wie beschrieben, die Frage, ob man etwas gegen Juden habe, nicht zielführend ist, wird sich mit alternativen Fragen beholfen, doch – welche erscheinen hier sinnvoll und angemessen? Kritiker beklagen, dass empirische Untersuchungen meist nicht offene Feindseligkeit gegenüber Juden untersuchten, sondern Einstellungen ihnen gegenüber, von welchen der Umfragesteller fände, man solle sie nicht hegen. (Bergmann 2002:38) Außerdem schließt sich die Frage an, was es denn eigentlich aussagt, dass der Befragte keinen Juden als

31 Siehe für eine allgemeinere, ausführlichere Beschreibung und Analyse dieses Phänomens unter anderem Berinsky 1999 sowie Tourangeau 2000 (hier vor allem Kapitel 9).

Schwiegersohn oder Schwiegertochter haben möchte. Gerade, wenn ein Teilnehmer einigen Stereotypen zustimmt, anderen hingegen nicht, bleibt es unklar, ob eine „Bereitschaft zur aktiven oder passiven Diskriminierung“ vorliegt, oder ob es sich vielmehr um „gefühlsmäßig kaum verankerte ‚Meinungen‘ handelt“. (Bergmann/Erb 1991:43)

3. Weiterhin ist es generell schwierig zu entscheiden, ob die Zustimmung zu den in der Umfrage vorgegebenen Statements bedeutet, dass der Befragte ein Antisemit ist; die Grenzziehung zwischen denen, die als Antisemiten gezählt werden, und denen, für die dies nicht gilt, muss willkürlich bleiben und hängt entscheidend vom verwendeten Antisemitismusbegriff ab. Dies darf bei der Betrachtung solcher Umfrageergebnisse nicht unbeachtet bleiben. (Bergmann/Erb 1995:48f., 1998:104)
4. Die Kritik an der Interpretierbarkeit der Umfragedaten gewinnt auch noch an Bedeutung dadurch, dass sowohl überzeugte Antisemiten, als auch überzeugte Gegner des Antisemitismus und jene, die das Problem erforschen, dazu neigen, den gemessenen Antisemitismus unbewusst als höher wahrzunehmen, als die Daten dies gestatten. Während Antisemiten ihre eigenen Überzeugungen auf andere projizieren und sich die geringeren Werte mit Umerziehung und Tabuisierung erklären, haben die Gegner des Antisemitismus ein Interesse an fortgesetzter Wachsamkeit gegenüber dem Phänomen und befürchten einen „Schlussstrich“, weshalb auch sie ein – eher unbewusstes – Interesse an, zugleich aber auch eine große Furcht vor eigentlich höheren Ergebnissen haben. (Bergmann 2002:32ff.)

Nicht alle diese Kritikpunkte sind problemlos zu entkräften; die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung zum Thema Antisemitismus lassen sich aber dennoch sinnvoll nutzen, wenn man sich der Schwierigkeiten bewusst ist und sie bei der Verwendung berücksichtigt. Im Folgenden werden nun einige Umfragen vorgestellt.

Die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Juden wurde in Deutschland, zumindest in den westlichen Besatzungszonen, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und damit auch dem Ende des Holocausts intensiv erforscht, zunächst „im Auftrag und unter Federführung der amerikanischen Besatzungsmacht“. (Bergmann 1996:172, auch Benz 2004:195) Bis dahin hatte es entsprechende Untersuchungen ausschließlich in den Vereinigten Staaten gegeben. Die empirische Antisemitismusforschung in Deutschland ist denn auch – hinter den USA – im

internationalen Vergleich führend, was die Zahl der Erhebungen angeht.³² Allerdings verlief die Erforschung der antisemitischen Einstellungen in Deutschland keineswegs kontinuierlich; während es bis 1961 regelmäßige Studien gab, fällt in die folgende Zeit bis 1986 lediglich eine einzige Erhebung. Seit dem Ende der achtziger Jahre sind wiederum kontinuierlich Daten erhoben worden. (Bergmann 1996:174) Dies hängt vor allem damit zusammen, dass demoskopische Umfragen zu einem Thema immer dann verstärkt durchgeführt werden, wenn dieses zu einem Problem wird oder in den gesellschaftlichen Diskurs rückt. Beim Thema Antisemitismus ist das in Deutschland vor allem auf Grund von Strafprozessen zur NS-Vergangenheit, Jahrestagen oder antisemitischen Skandalen geschehen. (Bergmann/Erb 1995:47)

Aufgrund der oben beschriebenen zahlreichen Probleme dienen die hier nun vorgestellten empirischen Studien nicht dazu, einen bestimmten Prozentsatz der Bevölkerung als Antisemiten kategorisieren zu können. Vielmehr geht es – auch im Kontext dieser Arbeit – darum zu zeigen, dass die Verwendung bestimmter antisemitischer Stereotype Zustimmung bei einem signifikanten Teil der Menschen in Deutschland findet und keineswegs nur auf den Rechtsextremismus oder die Anhänger der NPD beschränkt ist. Da im vierten Kapitel dieser Arbeit zur Analyse der Kommunikationsstrategien Quellen aus den Jahren 2005 bis 2008 untersucht werden, ist dies auch der Zeitraum für die nun präsentierten Umfragen. Es werden hier ausdrücklich keine Entwicklungen oder Trends über die verschiedenen Jahre untersucht; es geht lediglich darum zu belegen, dass die Zustimmung zu verschiedenen antisemitischen Stereotypen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg verbreitet war, die NPD also mit ihren Kommunikationsstrategien an solche Einstellungen anknüpfen konnte.

Zwei der hier dargestellten empirischen Studien wurden von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegeben und von Oliver Decker und Elmar Brähler durchgeführt. (Decker/Brähler 2006, 2008) In beiden Studien ging es um rechtsextreme Einstellungen im Allgemeinen, nicht explizit um Antisemitismus. Allerdings stellt, wie in Kapitel 2.1 erläutert, der Antisemitismus einen festen Bestandteil rechtsextremer Einstellungen dar, weswegen drei Fragen zu diesem Komplex jeweils Teil der Studie waren. Die Teilnehmer wurden dabei um Zustimmung oder

32 Eine tabellarische Übersicht, wann in welchem Staat eine empirische Untersuchung zum Thema durchgeführt wurde, findet sich bei Bergmann 1996:174.

Ablehnung verschiedener Aussagen gebeten, wobei sie zwischen „lehne völlig ab“, „lehne überwiegend ab“, „stimme teils zu, teils nicht zu“, „stimme überwiegend zu“ sowie „stimme voll und ganz zu“ wählen konnten. Die für diese Arbeit interessanten Aussagen waren:

1. Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.
2. Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
3. Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Bei der Studie im Jahre 2006 stimmten der ersten Aussage 17,8 Prozent der Befragten ganz oder teilweise zu, der zweiten 13,8 Prozent und der dritten 13,6 Prozent.³³ (Decker/Brähler 2006:33ff.)

Konstrukte und Itemformulierungen	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	Stimme teils zu, teils nicht zu	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	35,1	23,5	23,6	13,3	4,6
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	40,9	24,7	20,7	10,5	3,3
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	40,3	23,7	22,4	10,6	2,9

Quelle: Decker/Brähler 2006:33ff.

Bei der gleichen Befragung im Jahre 2008 waren es 17,8 Prozent, die der ersten Aussage ganz oder teilweise zustimmten, 14,9 Prozent bei der zweiten und 14,5 Prozent schließlich bei der dritten. (Decker/Brähler 2008:16ff.)

33 Eine regionale Differenzierung der Antworten oder eine nach Alter, Einkommen oder Bildung wird hier außer Acht gelassen, auch eine Einordnung durch den Vergleich mit anderen europäischen Staaten kann leider nicht erfolgen.

Konstrukte und Itemformulierungen	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	Stimme teils zu, teils nicht zu	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	36,3	21,8	24,1	12,9	5,0
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	42,0	21,0	22,0	10,7	4,3
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	42,3	20,2	23,1	11,2	3,3

Quelle: Decker/Brähler 2008:16ff.

Die antisemitischen Klischees, die hinter diesen Aussagen stehen und denen somit implizit zugestimmt wird, sind drei der „klassischen“ Bilder vom Juden. Sie werden als Fremde gesehen, als hinterhältig und egoistisch, und sie scheinen im Hintergrund übergroßen Einfluss auszuüben auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. (Bergmann 2008:17f.)

Die weiteren hier vorgestellten Studien stammen von dem Forschungsprojekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) der Universität Bielefeld um Wilhelm Heitmeyer (2005, 2008). Auch hier waren die Fragen den Antisemitismus betreffend nur ein Teil einer größer angelegten Studie zur Einstellung der Menschen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen, zum Beispiel Muslimen, Obdachlosen, sogenannten Behinderten und anderen. Wiederum konnten die Befragten einem Satz „überhaupt nicht“, „eher nicht“, „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen. Bei der Umfrage 2007 wurden den Befragten lediglich zwei Aussagen im Bezug auf die Einstellung gegenüber Juden vorgelegt:

1. Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.
2. Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.

Der ersten Aussage konnten 15,6 Prozent der Befragten eher oder voll und ganz zustimmen, bei der zweiten Aussage waren es 17,3 Prozent. (Heitmeyer 2008:27)

Konstrukte und Itemformulierungen	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss.	43,5	40,9	9,8	5,8
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	50,4	32,3	11,1	6,2

Quelle: Heitmeyer 2008:27

Aufgrund der Fülle der Aussagen interessanter ist die zweite Umfrage des GMF-Forschungsprojektes, welche in dessen Bericht aus dem Jahre 2005 veröffentlicht wurde. (Heitmeyer 2005) Auch bei dieser Studie konnten die Befragten wählen, einer Formulierung „überhaupt nicht“, „eher nicht“, „eher“ oder „voll und ganz“ zuzustimmen. Allerdings befassten sich hier insgesamt zehn Aussagen mit der Einstellung der Befragten gegenüber Juden, wodurch eine wesentlich größere Anzahl der in Deutschland verbreiteten Einstellungen aufgezeigt werden kann. Die einzelnen Aussagen können wiederum jeweils einen Anknüpfungspunkt für antisemitische Kommunikationsstrategien bilden – weshalb es für deren Verständnis und Analyse unerlässlich ist, diese Einstellungen hier zu betrachten. Wiederum nicht im Vordergrund steht hier die Frage, ob man anhand der Umfragedaten nun einen bestimmten Prozentsatz der Befragten oder gar aller Deutschen als Antisemiten bezeichnen kann.

Die Aussagen und die Verteilung der Antworten werden in der folgenden Tabelle vorgestellt.

Konstrukte und Itemformulierungen	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu
<i>Klassischer Antisemitismus</i>				
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss.	43,6	34,9	10,9	10,6
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	50,4	32,2	11,1	6,3
<i>Sekundärer Antisemitismus</i>				
Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden.	11,9	19,8	23,8	44,5
Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.	14,6	23,2	20,9	41,3
<i>Israelbezogener Antisemitismus</i>				
Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer.	23,1	45,2	19,1	12,6
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.	18,9	36,8	28,9	15,5
<i>Antisemitische Separation</i>				
Die deutschen Juden fühlen sich stärker mit Israel als mit Deutschland verbunden.	7,9	36,6	33,7	21,9
Die Juden hierzulande interessieren sich mehr für israelische als für deutsche Angelegenheiten.	10,7	41,5	29,2	18,6
<i>NS-vergleichende Israelkritik</i>				
Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.	7,6	24,0	33,2	35,1
Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.	18,8	30,0	23,9	27,3

Quelle: Heitmeyer 2005:151

Neben den beiden bereits vorgestellten Aussagen sind es vor allem vier Motive, die hier von Bedeutung sind und die entsprechende Anknüpfungspunkte bieten. Erstens verlangen mehr als sechzig Prozent der Befragten eine Art von „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit, wollen von „deutschen“ Verbrechen an Juden nichts mehr hören und ärgern sich über (vermeintliche) entsprechende Vorhaltungen. Zweitens geben über dreißig Prozent der Befragten an, dass ihnen durch die israelische Politik Juden im Allgemeinen immer unsympathischer werden, also die Gesamtheit der Juden für angenommene Verfehlungen Israels verantwortlich gemacht wird. Drittens ist rund die

Hälfte der Befragten der Meinung, dass die Loyalität der jüdischen Deutschen eher Israel gilt als der Bundesrepublik; Juden werden also als Fremde wahrgenommen. Viertens schließlich stimmt über die Hälfte der Befragten einer expliziten Gleichsetzung israelischer Politik gegenüber den Palästinensern mit dem Holocaust zu.

An dieser Stelle kann auf die erläuterten Bildern nicht weiter eingegangen werden. Auch Gründe und Folgen dieser Einstellungen müssen hier unbeachtet bleiben, obwohl dies wichtige Forschungsfelder sind und bleiben müssen. Ebenso wird hier nicht bewertet, ob der Grad der Zustimmung nun hoch oder vergleichsweise niedrig ist – in dieser Arbeit wird die Annahme vertreten, dass jegliche Zustimmung zu antisemitischen (oder anderen menschenfeindlichen) Äußerungen abzulehnen ist. Für die eigentliche Untersuchung dieser Arbeit hingegen zentral ist die relativ weite Verbreitung der Stereotype „vom Juden“, weil die Zustimmung zu den antisemitischen Äußerungen deutlich höher ausfällt als die Zustimmung, welche die NPD bei Wahlen oder Umfragen erfährt. Dies zeigt, dass eine Strategie, die an diesen Einstellungen anknüpfen kann, für die Partei viel Potential birgt; auch deshalb ist die Analyse solcher Strategien, wie sie in dieser Arbeit durchgeführt wird, geboten. Außerdem ist die Kenntnis über die verschiedenen in der Bevölkerung teilweise weit verbreiteten Stereotype deswegen wichtig, weil diese mit Anspielungen und Codes angesprochen und aktiviert werden können. Darauf wird im vierten Kapitel eingegangen, in dem auch auf einzelne der hier vorgestellten Ergebnisse Bezug genommen wird.

In anbetracht der Tatsache, dass ein Teil der Bevölkerung antisemitischen Aussagen zustimmt, stellt sich nun die Frage, warum die NPD, wie in Kapitel 2.3 erläutert, dies nicht stärker propagandistisch ausnutzt, zumal die nicht-rechtsextremen Parteien offiziell jeglichen Antisemitismus explizit ablehnen und der NPD somit dieses „Feld“ überlassen wäre. Eine Antwort darauf wird im folgenden Kapitel gegeben.

2.7 Antisemitismus in der öffentlichen Kommunikation

Die im Zweiten Weltkrieg siegreichen Alliierten sahen in Antisemitismus und Rassenhass die „schrecklichsten Ausgeburten der NS-Ideologie“ (Bergmann 2001:347), und deren Bekämpfung wurde zu einem der vorrangigsten Ziele ihrer Besatzungspolitik in Deutschland.³⁴ Daher distanzieren sich denn auch die unter alliierter Aufsicht neu – oder wieder – entstehenden demokratischen Institutionen, so zum Beispiel Parteien und Länderparlamente, nicht nur deutlich und öffentlich von jeglicher Form des Antisemitismus, sie bemühen sich auch, seine öffentliche Artikulation zu ächten. Die Tabuisierung offen antisemitischer Äußerungen wurde auch dadurch begünstigt, dass die unvorstellbaren Details des Massenmords (nicht nur) an den europäischen Juden bekannt und von der Bevölkerung als wahr akzeptiert wurden. Ein Verbrechen solchen Ausmaßes aber schien öffentliche judenfeindliche Aussagen von selbst zu verbieten. (Bergmann/Heitmeyer 2005:226, Bergmann 2001:348)

Die Einstellungen in der Bevölkerung hingegen änderten sich nicht so schnell. Sie wurden weiter von autoritären und völkischen Traditionen geprägt; dreißig oder vierzig Prozent der Deutschen kann man in den frühen Nachkriegsjahren nach Werner Bergmann als antisemitisch eingestellt betrachten – zumindest stimmten sie in entsprechenden Umfragen klar antisemitischen Aussagen zu. (Bergmann 1995:64) Obwohl auch diese Menschen das Kommunikationsverbot akzeptierten, änderten sich ihre tiefsitzenden Einstellungen nicht. Auch der seit 1945 zu verzeichnende langsame, zähe und diskontinuierliche Rückgang antisemitischer Einstellungen in Deutschland ist hauptsächlich nicht durch Einstellungsänderungen, sondern durch einen Generationswechsel zu erklären. (Bergmann/Erb 1995:62) Die beschriebene Kluft zwischen öffentlicher Tabuisierung antisemitischer Äußerungen und dem Fortbestehen antisemitischer Denkweisen in der Bevölkerung bezeichnen Werner Bergmann und Rainer Erb als „Kommunikationslatenz“ (Bergmann/Erb 1986:226).

Dieses zunächst von den Besatzungsmächten durchgesetzte Kommunikationstabu, welches die Äußerung antisemitischer Überzeugungen sanktionierte, bestand auch

³⁴ Die vier Grundzüge der alliierten Besatzungspolitik lassen sich zusammenfassen als Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung.

nach der Gründung der Bundesrepublik³⁵ fort. Internationale „Anerkennung und Gleichberechtigung“, schreibt Wolfgang Benz, „war nur zu erlangen, wenn die Deutschen tätige Reue über den Völkermord an den Juden zeigten, sich als geläuterte Demokraten erwiesen.“ Dazu gehörten neben Entschädigungszahlungen auch „Zeichen der Einsicht und Wandlung, der Abkehr der Deutschen vom Antisemitismus“. (Benz 1996:122f.) Öffentliche Ächtung antisemitischer Äußerungen wurde so zur Staatsraison, um der Welt die demokratische Entwicklung in Deutschland zu beweisen. Die Akzeptanz des Tabus wurde zusätzlich dadurch begünstigt, dass viele Deutsche zur damaligen Zeit kein Interesse daran hatten, allzu offen über die Verbrechen an den Juden und ihre eigene Rolle bei diesen Verbrechen, sei sie aktiv durch Teilnahme an Massenmorden oder passiv durch Wissen (oder Ahnen) und Wegsehen gewesen, zu sprechen. Die Tabuisierung von antisemitischen Aussagen erleichterte es dabei, auch über den Holocaust nicht sprechen zu müssen. (Bergmann/Heitmeyer 2005:226)

Dieser Konsens der Ablehnung öffentlicher antisemitischer Äußerungen hat sich mit den Jahren weiter gefestigt und auf eine breitere Basis stellen können. (Bergmann 1995:87) Es besteht allerdings die Gefahr, dass er in Zukunft erodiert, da die beiden wichtigsten Gründe für die Tabuisierung weggefallen sind oder immer mehr wegfallen: das Eigeninteresse an der Nichtkommunikation stirbt mit der betroffenen Generation aus, und Deutschland sieht sich längst wieder als einen gleichberechtigten Staat unter vielen an. Auf dem Weg aber zur ersehnten „Normalität“ scheint das Kommunikationstabu eher hinderlich. (Bergmann/Heitmeyer 2005:226)

In der aktuellen politischen Kultur der Bundesrepublik jedoch spielt die Tabuisierung judenfeindlicher Äußerungen nach wie vor eine große Rolle. In der Regel nutzt niemand offenen Antisemitismus im Wahlkampf oder in der sonstigen politischen Auseinandersetzung, von rechtsextremen Parteien einmal abgesehen – und selbst diese haben damit keinen Erfolg. (Erb 1995:222) Die politischen Eliten in Deutschland sind parteiübergreifend bemüht, antisemitische Ressentiments notfalls auch gegen die momentane Stimmung in Teilen der Bevölkerung aus der öffentlichen Kommunikation herauszuhalten, was nach Werner Bergmann und Wilhelm Heitmeyer die Verbreitung solcher Stereotype langfristig abschwächt. Verstöße gegen

35 Auf das Thema Antisemitismus in der DDR kann hier leider nicht weiter eingegangen werden; siehe dazu zum Beispiel Mertens 1993.

das Kommunikationstabu resultieren in der Mobilisierung eines breiten, öffentlich artikulierten Protestes, der wiederum meist zu einer Distanzierung, Entschuldigung oder, in schwereren Fällen, zum Rücktritt des Betroffenen führt.³⁶ (Bergmann/Heitmeyer 2005:225f., auch Benz 2004:11) Auch strafrechtlich können judenfeindliche Äußerungen teilweise verfolgt werden, vor allem als „Volksverhetzung“ nach Paragraph 130 des Strafgesetzbuches. (Bergmann 1995:87)

Selbst für rechtsextreme Parteien ist daher der Spielraum für offen antisemitische Kampagnen gering, und wie beschrieben mussten sich auch führende NPD-Politiker bereits wegen judenfeindlicher Äußerungen vor Gericht verantworten. Schwerer noch wiegt die Gefahr eines Parteienverbots, denn trotz des gescheiterten Verfahrens aus dem Jahre 2003 wird in der Politik aktuell über einen neuerlichen Antrag vor dem Bundesverfassungsgericht diskutiert – und der Antisemitismus der Partei dient dabei als ein gewichtiges Argument für ein Verbot.³⁷ Hinzu kommt, dass, wie beschrieben, die Wähler auch bei rechtsextremen Parteien offen antisemitische Propaganda nicht goutieren und diese infolgedessen keine Stimm- oder Sympathiegewinne bringt.

Dieses jedoch bedeutet nun nicht, dass Antisemitismus in der Propaganda rechtsextremer Parteien keine Rolle mehr zu spielen hat, sondern lediglich, dass dazu nicht auf *offenen* Antisemitismus zurückgegriffen werden kann. Ebenso bedeutet das Kommunikationstabu ja nicht, dass antisemitische Stereotype aus den Köpfen der Menschen verschwunden sind, wie in Kapitel 2.6 dargestellt, sondern lediglich, dass sie in der öffentlichen Kommunikation nicht toleriert und entsprechend sanktioniert werden. Werner Bergmann und Wilhelm Heitmeyer weisen ausdrücklich darauf hin, dass „offenbar die für die *Öffentlichkeit* geltende Norm, antisemitische Äußerungen zurückzuweisen, in der *privaten* Kommunikation entweder nicht gilt oder nicht befolgt wird.“ (Bergmann/Heitmeyer 2005:225, auch Bergmann/Erb 1991:275)

Hieraus wird für die NPD ein Dilemma ersichtlich: als antisemitische Partei will sie ihre Judenfeindschaft nicht nur aus Überzeugung artikulieren, sie benötigt sie auch aus strategischen Gesichtspunkten zur Rechtfertigung und Akzeptanz ihrer Positionen. Dabei bestehen in einer signifikanten Gruppe von Menschen für solche

36 Eine ausführliche Darstellung von „Antisemitismus in öffentlichen Konflikten“ in der Bundesrepublik bietet Werner Bergmann in seiner gleichnamigen Habilitationsschrift (Bergmann 1997). Neuere Debatten analysiert Lars Rensmann in seiner Dissertation kritisch (Rensmann 2004).

37 Vgl. i. a. Stark, Holger: Träume vom Endsieg, in: *DER SPIEGEL*, 16/2008, S. 36-38.

Propaganda genügend Anknüpfungspunkte in Form von antisemitischen Klischees. Gleichzeitig aber verhindert ein in Deutschland bestehendes und allgemein akzeptiertes Kommunikationstabu, dass die Partei ihren Antisemitismus offen äußert. Aus diesem Dilemma ergibt sich nun die – zumindest für diese Arbeit entscheidende – Frage, wie die NPD ihre antisemitischen Überzeugungen in der Öffentlichkeit kommuniziert, ohne sich dabei offen judenfeindlicher Aussagen zu bedienen.

Das nächste Kapitel erläutert genauer, wie diese Frage hier untersucht wird.

3 Fragestellung, Methodik und Quellen der Untersuchung

Im zweiten Kapitel dieser Arbeit wurden zunächst *Antisemitismus* und *Rechtsextremismus* erläutert und definiert. Anschließend wurde herausgearbeitet, warum ersterer eine so zentrale Rolle in allen Formen des Rechtsextremismus spielt. Durch eine kurze Beschreibung von Geschichte und Programm konnte die NPD eindeutig als rechtsextreme Partei identifiziert werden; auch dafür, dass die Partei antisemitische Überzeugungen vertritt, konnten – wenn auch wenige – Belege gefunden werden. Die hiernach vorgestellten empirischen Umfragedaten zeigen deutlich, dass es in Teilen der Bevölkerung Anknüpfungspunkte für antisemitische Agitation gibt. Allerdings hindert das erläuterte Kommunikationstabu die antisemitische Partei daran, antisemitische Klischees für offen antisemitische Propaganda zu nutzen.

Ausgehend von diesen Überlegungen wird im Hauptteil dieser Arbeit die Frage beantwortet, wie die NPD ihre antisemitischen Überzeugungen in der Öffentlichkeit kommuniziert, ohne sich dabei offen judenfeindlicher Aussagen zu bedienen. Im Vordergrund stehen dabei der empirische Nachweis und die Analyse der entsprechenden Kommunikationsstrategien. Als Arbeitshypothese wird davon ausgegangen, dass die Partei trotz der genannten Unwägbarkeiten antisemitische Propaganda in verschiedenen, allerdings codierten Formen vielfältig offen äußert.

Zur Überprüfung dieser Hypothese werden im folgenden Kapitel Veröffentlichungen der Partei auf antisemitische Inhalte oder die bewusste Verwendung antisemitischer Stereotype hin untersucht. Für eine solche Untersuchung eignen sich ausschließlich diejenigen Aussagen, die auf eine breitere Öffentlichkeit abzielen und daher das Kommunikationstabu beachten müssen. Herangezogen wurden dementsprechend die veröffentlichten Pressemitteilungen der Partei³⁸ sowie

38 Diese sind auf der Homepage der Partei, <http://www.npd.de>, zu finden, unter der Rubrik „Inhalte“. Dabei wird nicht immer ganz klar, ob es sich tatsächlich um Pressemitteilungen oder eher um eine Art Nachrichtenrubrik handelt – in jedem Fall aber findet sich im Impressum die NPD als Herausgeber.

Dem Medium Internet geschuldet ergeben sich bei der Verwendung der Pressemitteilungen Schwierigkeiten dergestalt, dass das online-Archiv der NPD-Seite während der Arbeit an dieser Untersuchung mehrfach umstrukturiert wurde, die Seite einige Zeit gar nicht erreichbar war und zur Zeit (Stand: 10. Mai 2009) das genutzte Archiv von der Seite wieder gänzlich verschwunden ist. Dies ist für die Erlangung nachprüfbarer Ergebnisse problematisch. Es befinden sich aber alle verwandten

Artikel in deren offizieller Zeitung, der „Deutsche Stimme“ (DS).³⁹ Der Untersuchungszeitraum wurde dabei groß genug gewählt, um ausreichend Quellenmaterial zur Verfügung zu haben, gleichzeitig aber musste beachtet werden, dass das Thema der Arbeit nicht die Veränderung etwaiger Strategien über einen längeren Zeitraum ist. Daher dienen als Materialgrundlage für die durchgeführte Untersuchung alle Pressemitteilungen der NPD der Jahre 2005 bis einschließlich 2008 sowie alle 48 regulären Ausgaben der monatlich erscheinenden Parteizeitung der selben Jahre.

Da zur Untersuchung von codiertem Antisemitismus eine quantitative Analyse wenig zielführend erscheint – schließlich muss beispielsweise das Wort „Jude“ im Text nicht einmal vorkommen –, wurde zur Untersuchung eine „qualitative Textanalyse“ verwandt, „die nach den Inhalten und deren sprachlichen Realisierungsformen fragt, nach Rhetorik, Stil, Zitaten, nach dem Grad der Deutlichkeit, mit dem Vorurteile artikuliert werden, der Intention von Äußerungen usw.“. (Bergmann/Erb 1998:115)

In Anlehnung an die oben genannte Definition von Antisemitismus werden hier all jene Äußerungen als antisemitisch verstanden, die entweder den Juden als Juden bestimmte negative Eigenschaften zuschreiben, oder die auf bestehende Zuschreibungen anspielen und diese verstärken oder festigen wollen. Dazu zählen zum Beispiel Berichte von besonders „raffgierigen“ Juden, in denen explizit auf ihre Religionszugehörigkeit verwiesen und diese gleichsam als Erklärung für ihre vermeintliche Eigenschaft angeboten wird. Weiterhin werden solche Äußerungen als

Quellen vollständig im Archiv des Autors, um gegebenenfalls eine Nachprüfbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten.

Die Quellen – der Übersichtlichkeit halber in den Fußnoten am Ende des jeweiligen Absatzes mit Autor, Titel, Datum und vollständiger Internetadresse angegeben – wurden, wenn nicht anders gekennzeichnet, im März 2009 letztmalig online eingesehen.

39 Die „Deutsche Stimme Verlags GmbH“ ist in Riesa ansässig, im Impressum wird als Herausgeber der „NPD-Partei Vorstand“ angegeben. Auch diese Quellen werden der besseren Lesbarkeit wegen am Ende des entsprechenden Absatzes in einer Fußnote angegeben mit Autor, Titel, Monat und Jahr der Ausgabe sowie der Seite, auf welcher der Artikel zu finden ist.

Nicht berücksichtigt wurden bei der Deutschen Stimme Leserbriefe, Annoncen und Inserate, Interviews mit nicht zur Partei gehörenden Personen und ähnliches, damit die Aussagen mit Bestimmtheit der NPD zugeordnet werden können.

antisemitisch verstanden, die auf bestehende Klischees über Juden anspielen, selbst wenn sie dies nicht offen tun und die entsprechende Schlussfolgerung dem Leser überlassen. Dies geschieht zum Beispiel, wenn ein Bericht über die aktuelle US-amerikanische Politik aufzählt, welche einflussreichen Persönlichkeiten vermeintlich jüdischen Glaubens sind; auch wenn im Artikel daraus keine Schlussfolgerungen gezogen werden, so ist doch dem Leser nahegelegt, einen großen Einfluss „der Juden“ auf die Weltpolitik anzunehmen. Außerdem finden solche Aussagen Beachtung, die Antisemitismus implizit rechtfertigen oder durch einen Angriff auf das Kommunikationstabu seine öffentliche Äußerung ermöglichen sollen. Schließlich sind auch Äußerungen als antisemitisch zu bewerten, in denen der millionenfache Mord an den europäischen Juden infrage gestellt oder verharmlost wird, etwa durch das Imaginieren alliierter Konzentrationslager, in denen Millionen Deutsche ums Leben gekommen sein sollen. Grundsätzlich wird bei jedem Beispiel genau dargelegt, warum der entsprechende Text als antisemitisch angesehen werden muss.

Um diese Interpretationen nicht willkürlich erscheinen zu lassen, wird bei jedem Beispiel, wo dies notwendig ist, außerdem der Kontext der Äußerung und der beschriebenen Situation erläutert und berücksichtigt. Nur so wird es möglich, zu überprüfbareren Aussagen über die analysierten Texte zu kommen. Zwar sind in einigen Fällen die Artikel anonym veröffentlicht worden, es wird aber grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Partei lediglich ihr genehme Beiträge publiziert, sodass auch von solchen Artikeln – wie von den namentlich gekennzeichneten – stets auf die Linie der Partei geschlossen werden kann. (Wetzel/Herkommer 2002:2) Weiterhin wird davon ausgegangen, dass es sich bei den als antisemitisch erkennbaren Äußerungen aufgrund der antisemitischen Grundhaltung der Partei nicht um bloße Zufälle, sondern um bewusst verfolgte Strategien handelt, bei denen die jeweiligen Autoren der Texte erwarten, dass das Publikum die Anspielungen versteht. (Wetzel 2004:26)

Die bei der Untersuchung erkannten Strategien bilden auch den Ausgangspunkt für die Präsentation der Ergebnisse im folgenden Kapitel. Dabei werden diese erläutert und anhand zahlreicher empirischer Beispiele belegt und verdeutlicht. Sofern möglich, wird auch ihre Intention diskutiert. Da aufgrund der Masse des untersuchten Materials – über eintausend Pressemitteilungen und knapp eintausendvierhundert

Zeitungsseiten – die gefundenen Beispiele sehr zahlreich⁴⁰ sind, können im Rahmen dieser Arbeit nicht alle Verwendung finden. Es wird aber bewusst darauf verzichtet, die nicht näher erläuterten Funde pauschal den einzelnen Strategien zuzuordnen, da eine solche Zuordnung nicht transparent geschehen könnte.

Im folgenden Kapitel werden nun die Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt.

40 Ungefähr fünfzig Pressemitteilungen und zweihundert Artikel enthalten für diese Arbeit relevante Inhalte.

4 Die Ergebnisse der Untersuchung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung vorgestellt. Dabei geht es nicht um die Präsentation einzelner antisemitischer Artikel, sondern um das Herausstellen der verschiedenen von der Partei eingesetzten Strategien, die einen Bezug zum Antisemitismus aufweisen. Die Beispiele dienen dabei dazu, die gefundenen Strategien empirisch überprüfbar zu belegen. Außerdem sollen anhand der Beispiele die einzelnen Strategien erläutert und verdeutlicht werden.

Unterschieden werden muss für diese Arbeit zwischen Strategien, die selbst antisemitische *Aussagen* enthalten, und solchen, die antisemitische *Ziele* verfolgen, ohne dabei aber antisemitische Aussagen zu nutzen. Beide Arten sollen hier thematisiert werden. Das bedeutet, dass nicht jede Strategie – und schon gar nicht jedes einzelne Beispiel – selbst antisemitische Aussagen verwenden muss. Hier geht es allein darum, ob die Strategie insgesamt in einem antisemitischen Zusammenhang steht, unabhängig davon, ob dies für die einzelnen Beispiele gilt. Die Strategien jedoch zielen ohne Ausnahme entweder auf die Enttabuisierung antisemitischer Äußerungen, oder sie versuchen, antisemitische Vorurteile zu artikulieren und diese damit beim Leser aufzugreifen und zu verstärken. Alle Strategien haben demnach entweder antisemitische Ziele, wollen also Judenhass legitimieren und verbreiten, oder sind selbst antisemitischen Inhalts, verwenden also antisemitische Aussagen. Bei jeder Strategie wird daher genau herausgearbeitet, warum sie in dieser Arbeit als antisemitisch eingestuft wird, auch wenn dies vielleicht nicht auf den ersten Blick zu erkennen sein mag. Auch bei jedem Beispiel der einzelnen Strategien wird erklärt, warum es im hier behandelten Zusammenhang antisemitisch ist oder einem antisemitischen Zweck dient.

Zum besseren Verständnis sei dies hier kurz exemplarisch erläutert: Die Behauptung, nach dem Zweiten Weltkrieg seien Millionen Deutsche während der Flucht oder Vertreibung ermordet worden, ist zunächst nicht antisemitisch, sondern lediglich historisch falsch. (Benz 2006:143) Die Gründe für eine solche Übertreibung können zum Beispiel in einer persönlichen Betroffenheit oder schlichter Unkenntnis zu finden sein. Auch ein beständiges Wiederholen solcher überhöhter Opferzahlen und das Hinzuziehen gefälschter Quellen erscheinen zwar unredlich, eine solche Kampagne ist aber ebenfalls nicht unbedingt antisemitisch. Wenn aber durch den Kontext der Aussagen, das Umfeld der Partei und weitere Äußerungen begründet

vermutet werden kann, dass die überhöhte Darstellung der Opferzahlen systematisch und absichtsvoll geschieht mit dem Ziel, den Holocaust durch eine Gleichsetzung mit den überhöht dargestellten Verbrechen zu relativieren, und wenn diese Relativierung dazu dient, durch den Holocaust delegitimierte antisemitische Äußerungen zu enttabuisieren – dann ist eine solche Strategie als antisemitisch zu beurteilen.

Weiterhin sei an dieser Stelle angemerkt, dass die einzelnen Beispiele sich deutlich in ihrer Offenheit unterscheiden. Obwohl offen antisemitische Äußerungen nur sehr vereinzelt vorkommen, sind Beispiele, in denen offen eine antisemitische Strategie unterstützt wird, zahlreich. Ist eine solche Strategie nicht eindeutig als antisemitisch zu erkennen, da sie nicht auf offen antisemitische Aussagen zurückgreift, und kann ein entsprechender Vorwurf von außen daher leicht abgestritten werden, dann verstoßen die einzelnen zu der Strategie gehörenden Äußerungen nicht gegen das Kommunikationstabu, weshalb darauf häufig keinerlei Rücksicht genommen und das Gemeinte offen kommuniziert wird. Auch deswegen ist es wichtig, die verschiedenen antisemitischen Strategien zu beleuchten, um so auch einzelne Äußerungen durchschauen zu können.

Die gefundenen Strategien werden nach vier Typen, die sich bei der Analyse der Quellen herauskristallisiert haben, geordnet vorgestellt. Sie lassen sich grob einteilen in Strategien, die auf den Holocaust reagieren (Kapitel 4.1), Strategien, die versuchen, an tradierte antisemitische Stereotype anzuknüpfen (Kapitel 4.2), Strategien, die israelbezogenen Antisemitismus verwenden (Kapitel 4.3) sowie Strategien für eine antisemitische Kapitalismuskritik (Kapitel 4.4).⁴¹

41 Natürlich kann eine solche Einteilung nicht immer eindeutig sein. Die Behauptung, Juden hätten die religiöse Pflicht, Reichtümer zu erwerben und damit andere Völker zu unterdrücken beispielsweise, würde in mehrere der genannten Kategorien passen. Daher sind einige Artikel bei unterschiedlichen Strategien als Beleg aufgeführt. Um den Sinn der Strategien analysieren zu können, ist eine solche Einteilung aber unerlässlich.

4.1 Strategien den Holocaust betreffend

Der Holocaust, also die Ermordung von rund sechs Millionen als Juden bezeichneter Menschen durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer, hat in Deutschland nicht nur offenen Antisemitismus nachhaltig diskreditiert und geächtet, auch der Rechtsextremismus befindet sich seither unter enormem Rechtfertigungsdruck.

Da sich Rechtsextreme in Deutschland, wie in Kapitel 2.3 beschrieben, meist bewusst in die Tradition der Nationalsozialisten stellen, viele ihrer Forderungen aufgreifen und auch von vielen Menschen mit ihnen identifiziert werden, ist eine Beschönigung der Geschichte des „Dritten Reiches“ für deutsche Rechtsextreme notwendig, ja essentiell. Weil der Holocaust in der öffentlichen Wahrnehmung das Bild des „Dritten Reiches“ am stärksten negativ prägt und damit bei einer solchen Beschönigung das größte Hindernis darstellt, ist es für Rechtsextreme wichtig, sich mit ihm auseinander zu setzen. (Bergmann 2005:24)

Die Erinnerung an den Holocaust ist aber nicht nur für rechtsextreme Positionen im allgemeinen eines der größten Hemmnisse, auch und gerade antisemitische Positionen sind durch ihn diskreditiert. Da antisemitische Positionen einen Kernbestand rechtsextremer Ideologie ausmachen (vgl. Kapitel 2.3) und, wie beschrieben, auf sie nicht verzichtet werden kann, wird es auch deswegen für Rechtsextreme wiederum notwendig, auf die Erinnerung an den Holocaust zu reagieren. (Zarusky 2001:81)

Dies jedoch ist nicht ohne weiteres möglich. Die nach Klaus Holz offensichtlichsten Lösungen – „entweder man begrüßt den Mord an den Juden oder man leugnet Auschwitz“ (Holz 2005:46) – sind aus den in Kapitel 2.6 genannten Gründen für die NPD nicht umsetzbar. Ihr bleibt, um die Bedeutung der Verbrechen herunterzuspielen und so das Bild des „Dritten Reiches“ in ihrem Sinne zu ändern, nur das Relativieren und das Aufrechnen des Judenmords mit anderen vorgeblichen Verbrechen (Kapitel 4.1.1), das Verharmlosen (Kapitel 4.1.2) und das subtile Anzweifeln der Historizität des Holocausts (Kapitel 4.1.3). Außerdem versucht die NPD, die Erinnerung an das Verbrechen zu delegitimieren (Kapitel 4.1.4), um dann einen „Schlussstrich“ unter Erinnerung und Gedenken an den Holocaustfordern zu können, um diesen neben der versuchten weniger negativen Deutung aus dem Fokus der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken.

Die verschiedenen Strategien, mit denen die NPD versucht, dieses umzusetzen, werden im Folgenden nun ausführlich beleuchtet.

4.1.1 Relativierung und Aufrechnung

Die am häufigsten gefundene Methode, die Bedeutung der Judenvernichtung herunterzuspielen, besteht darin, sie mit anderen – realen und vermeintlichen – Verbrechen gleichzusetzen, um so ihre Einmaligkeit infrage zu stellen und ihre Bedeutung zu relativieren. Dazu gehört auch das Aufrechnen des Verbrechens gegen vermeintliche andere, ähnlich schlimme Verbrechen, die Deutschen angetan wurden. Warum, so soll sich der Leser der Zeitungsartikel oder Pressemitteilungen fragen, wird an den Holocaust noch erinnert, wo doch andere Staaten ähnliche Verbrechen begangen haben und vor allem, wo doch an Deutschen ähnliche oder gar gleiche Verbrechen begangen wurden, an die nicht erinnert wird oder erinnert werden darf?

Die verschiedenen Beispiele, wie die Partei versucht, den Holocaust als ein „Ereignis“ neben vielen ähnlichen erscheinen zu lassen, sollen nun vorgestellt werden.

Der „Bombenholocaust“

Eine häufig verwendete Strategie zur Relativierung des Holocausts ist die Verwendung des Wortes „Bomben-Holocaust“ (auch „Bombenholocaust“) zur Beschreibung der alliierten Luftangriffe auf deutsche Städte im Zweiten Weltkrieg. Bundesweite Bekanntheit erlangte der Begriff, als der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel ihn im sächsischen Landtag anlässlich einer Debatte zum sechzigsten Jahrestag der Bombardierung Dresdens am 21. Januar 2005 verwendete. Mit dem Begriff „Bombenholocaust“ soll der „Untergang Dresdens in die Dimension des Genozids“ (Benz 2008:191) gesteigert und damit gleichzeitig der Völkermord an den Juden relativiert werden. Es wird suggeriert, dass die Judenvernichtung sich nicht von

dem unterscheidet, was die deutsche⁴² Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg erleiden musste⁴³ – weshalb die Erinnerung an die Judenvernichtung zugunsten des Gedenkens an deutsche Opfer in den Hintergrund treten müsse. Dies wiederum ermögliche, so argumentiert Walter Laqueur, langfristig eine offenere Kommunikation antisemitischer Vorbehalte, da der Grund für deren Diskreditierung mehr und mehr in Vergessenheit gerate. (Laqueur 2008:24) Einige Belege für diese Strategie seien im Folgenden vorgestellt.

Im Februar 2005 berichtet Holger Szymanski in der DS von der erwähnten Landtagsdebatte. Zustimmend kommentiert er in dem Artikel „'Auschwitz als Staatsräson'“ die Rede Gansels und beschreibt ausführlich die Proteste der von ihm als „Blockparteien“ bezeichneten demokratischen Parteien. Die (für diese Arbeit) entscheidende Passage aus der Rede zitiert der Autor direkt: „Gansel konfrontierte die noch Anwesenden mit einer ganzen Reihe von Zitaten, die nachweisen, dass ‚der Bomben-Holocaust von Dresden (...) ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933‘ steht. Vielmehr habe es bereits am Ende des 19. Jahrhunderts in England die Forderung nach der Vernichtung des aufstrebenden Deutschen Reiches gegeben.“ In dieser Passage wiederholt der Autor nicht nur den Begriff vom „Bomben-Holocaust“, er versucht außerdem, die Bombardierung Dresdens aus dem Kontext des von Deutschland begonnenen Krieges herauszulösen und ihr so den Anschein des gezielten Völkermordes an Deutschen zu geben.⁴⁴

Um die Debatte im sächsischen Landtag geht es auch in der nächsten Ausgabe der Zeitung vom März 2005, in der Jürgen Gansel unter dem Titel „Deutsche wieder den aufrechten Gang lehren“ seine Rede verteidigt. Er schreibt dazu: „Das Wort ‚Bomben-Holocaust‘ war grundrichtig gewählt, weil der Begriff ‚Holocaust‘ von seiner ursprünglichen Wortbedeutung die Flammenhölle von Dresden treffend wie

42 In dieser Arbeit soll mit der Verwendung von „Juden“ und „Deutschen“ kein Gegensatz zwischen den zwei Gruppen gemeint sein. Vielmehr bezieht sich letzterer Begriff auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft.

43 In dieser Arbeit soll die Frage, ob die Bombardierungen deutscher Städte militärisch sinnvoll waren oder Kriegsverbrechen darstellten, nicht diskutiert werden. Sie mit dem Holocaust gleichzusetzen, ist aber sachlich so unrichtig, dass eine solche Gleichsetzung als Propaganda gesehen werden muss.

44 Holger Szymanski: „'Auschwitz als Staatsraison'“, DS 2/2005, S. 7 (Auslassungen im Original).

kein zweiter bezeichnet.“ Nach dieser erneuten Gleichsetzung versucht Gansel, die Opferzahlen des Angriffs dramatisch überhöht darzustellen, um so seine These argumentativ zu untermauern. Geht man nicht von den vermutlich achtzehn- bis fünfundzwanzigtausend Toten⁴⁵, sondern von „bis zu 400.000“ aus, wird die Gleichsetzung des Luftangriffes mit dem Massenmord an den europäischen Juden scheinbar wesentlich plausibler. Die überhöhte Darstellung der deutschen Opfer dient daher (auch) dem Ziel, ein dem Holocaust zumindest ähnliches Verbrechen an Deutschen zu erfinden und diesen so zu relativieren. Daher ist auch diese Überhöhung der Opferzahlen – obwohl an sich nicht antisemitisch oder mit antisemitischen Klischees arbeitend – Teil der Strategie, den Holocaust zu marginalisieren und so Antisemitismus wieder salonfähig zu machen. Zu den Quellen, die Gansel für seine Darstellung der Opferzahlen verwendet, schreibt Wolfgang Benz treffend: „Dass der Hinweis auf eine schwedische Zeitungsnachricht vom 27. Februar 1945 – ‚Nach Angaben, die einige Tage nach der Zerstörung gemacht wurden, liegt die Zahl der Toten näher bei 200.000 als bei 100.000‘ – ebenso wenig Beweiskraft hat wie die ersten Medienberichte über die Opferzahl der Flutkatastrophe in Asien im Dezember 2004, ist evident, aber es macht die Absicht deutlich. Der Hinweis ‚laut Unterlagen des damaligen State Department starben in Dresden am 13./14. Februar 1945 250.000 Menschen‘ ist, weil diese ‚Unterlagen‘ nicht nachprüfbar sind, weil nicht einmal ihre Existenz bewiesen ist, ebenso unerheblich wie die Behauptung ‚Auch der ehemalige stellvertretende sowjetische Außenminister Wladimir Semjonow sprach von 250.000 Toten‘.“ (Benz 2008:191f.)⁴⁶

Die Unkorrektheit der aufgezählten Quellen hielt Jürgen Gansel nicht davon ab, sie weiter zu verwenden. In dem Artikel „Gefälligkeitshistoriker rechnen Dresdner Opferzahlen herunter“ in der DS vom November 2008 finden sich völlig wortgleich mehrere Absätze aus dem eben genannten Artikel wieder, in denen Gansel die

45 Zu diesen Opferzahlen kommt der Abschlussbericht einer unabhängigen Historikerkommission im Herbst 2008 unter der Leitung von Rolf-Dieter Müller. Die Ergebnisse wurden auf dem 47. Deutschen Historikertag Anfang Oktober 2008 in Dresden vorgestellt. (Nachzulesen unter <http://www.historikertag.de/Dresden2008/index.php/wissenschaftliches-programm/sektionen-am-1okt/categoryevents/3-Rolf-Dieter%20M%C3%BCller>, eingesehen am 08.04.2009.)

46 Jürgen Gansel: „Deutsche wieder den aufrechten Gang lehren“, DS 3/2005, S.17. Auch Benz' Zitate sind diesem Artikel entnommen.

Opferzahlen höher darzustellen versucht. Hintergrund des Artikels ist der erwähnte Abschlussbericht der Historikerkommission, der von höchstens 25.000 Toten bei den Luftangriffen ausgeht. Wiederum verbindet Gansel in seinem Artikel die Erhöhung der Opferzahlen mit der Gleichsetzung von Judenmord und Luftangriffen, indem er schreibt, dass „die NPD-Landtagsfraktion faktengestützt von einem ‚Bomben-Holocaust‘ gesprochen hatte“.⁴⁷

Aber auch bei Artikeln, deren Inhalt zunächst nichts mit den Luftangriffen auf deutsche Städte zu tun hat, wird der Begriff verwendet, um „die eigene Lesart im Publikum zu verankern“ (Benz 2008:191). So findet sich in einem Artikel von Hannes Floss über den bei der Durchführung von Parteiveranstaltungen helfenden „Bundesordnungsdienst der NPD“ – erschienen in der DS vom Juli 2006 unter dem Titel „Im Dienst für die Gemeinschaft“ – bei der Aufzählung der zahlreichen Tätigkeiten des Ordnungsdienstes als ein Beispiel, er sei aktiv „beim Trauermarsch für die Opfer des alliierten Bombenholocausts am deutschen Volk“.⁴⁸

Ein weiteres Beispiel dafür findet sich in der Pressemitteilung „Republikaner und NPD im Wartburgkreis“ vom 15. Februar 2008 von Patrick Wieschke, dem Pressesprecher der Thüringer NPD. Er berichtet über ein Treffen von Vertretern beider Parteien, dessen Thema der „alliierte Bombenholocaust“ gewesen sei. Auf dieses Thema wird aber im Artikel nicht weiter eingegangen; stattdessen werden Gemeinsamkeiten beider Parteien beschworen und eine zukünftige bessere Zusammenarbeit in Aussicht gestellt.⁴⁹

Ein letztes Beispiel für die Verwendung des Wortes „Bombenholocaust“ schließlich findet sich in der Pressemitteilung „Amerikanische Konsequenz“ vom 16. August 2005. Der nicht genannte Autor erinnert an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sechzig Jahre zuvor und beschreibt sie als ungerechtfertigt. Er schlussfolgert: „Damit hat im Sommer 1945 der gegen die Zivilbevölkerung gerichtete Vernichtungskrieg (*sic!*) seinen grausamen Höhepunkt erreicht. Mit dem Bombenholocaust deutscher Großstädte hatte er begonnen.“ Auch hier dient die

47 Jürgen Gansel: „Gefälligkeitshistoriker rechnen Dresdner Opferzahlen herunter“, DS 11/2008, S. 27.

48 Hannes Floss: „Im Dienst für die Gemeinschaft“, DS 7/2006, S. 12.

49 Patrick Wieschke: „Republikaner und NPD im Wartburgkreis“, 15.02.2008, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=1127.

Verwendung des Wortes der Relativierung des Massenmordes an den europäischen Juden.⁵⁰

Weitere Analogien

Neben der Verwendung des Wortes „Bombenholocaust“ sind in den Quellen weitere Belege zu finden, in denen der Holocaust relativiert, er also mit anderen tatsächlichen oder vermeintlichen Verbrechen gleichgesetzt wird, um so seine Besonderheit und seine Rolle in der politischen Kultur der Bundesrepublik infrage zu stellen.

So schreibt Andreas Molau, damals Mitglied im Bundesvorstand der NPD, in seinem Artikel „Kritische Weltsicht für neue Ideen?“ in der DS vom Juli 2006 über Peter Deckert, einen Jugendleiter bei den Pfadfindern, der wegen seiner Aktivitäten für die NPD von seiner Funktion ausgeschlossen worden sei. Die für den Ausschluss am Ende entscheidende Tatsache war nach Molau, dass Deckert „sich mit dem Vertreibungsholocaust (*sic!*) gegen die Deutschen nach 1945 beschäftigt“ hatte. Die mit der Formulierung vom „Vertreibungsholocaust“ implizierte Gleichsetzung von der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Gebieten östlich der Elbe mit der Ermordung der europäischen Juden soll dabei wiederum nicht nur die Einzigartigkeit des Holocausts infrage stellen, sondern ebenso suggerieren, dass auch die Deutschen unter einem solchen Verbrechen zu leiden hatten.⁵¹

In dem Artikel „Unabhängigkeit über alles“, erschienen in der DS im Mai 2007, berichtet Gerfried Eggebrecht über einen Vortrag des „Historikers“⁵² (und verurteilten Holocaustleugners) David Irving und gibt dessen Rede in Auszügen in seinem Artikel wieder. Diese Rede befasst sich mit verschiedenen aktuellen Themen der Weltpolitik und behandelt auch den „kriminellen Angriff auf den Irak“. Eine von Eggebrecht zitierte Passage lautet dabei: „Sollten wir Blair und Bush jemals für ihre kriminellen

50 „Amerikanische Konsequenz“, 16.08.2005, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=102.

51 Andreas Molau: „Kritische Weltsicht für neue Ideen?“, DS 7/2006, S. 12.

52 Unter renommierten Historikern wird Irving aufgrund seiner Holocaustleugnung als Wissenschaftler längst nicht mehr ernst genommen. Siehe dazu Zarusky 2001:74f.

Untaten hängen sehen, die den Holocaust im Irak verursachten?“ Unabhängig von der Frage, ob der Krieg gegen den Irak als völkerrechtlich legal oder moralisch legitim angesehen wird, ist seine Gleichsetzung mit der Judenvernichtung offensichtlich falsch. Mit ihr soll der Eindruck erweckt werden, auch Amerikaner und Briten hätten einen „Holocaust“ zu verantworten – um so die Bedeutung der von Deutschen verübten Verbrechen zu relativieren.⁵³

Doch die NPD unterstellt den Vereinigten Staaten nicht nur einen Holocaust: in einer Pressemitteilung vom 16. Februar 2006 – „Die blutige Spur der US-Kriegsverbrecher durch Zeit und Raum“ – werden zahllose übertriebene oder erfundene Anschuldigungen vorgebracht, welcher Kriegsverbrechen sich die USA in den letzten beiden Jahrhunderten schuldig gemacht haben sollen. Beim Punkt „Massenmord an Kriegsgefangenen“ kommt der anonym verfasste Artikel auch auf die sogenannten „Rheinwiesenlager“ zu sprechen, in denen nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Soldaten interniert waren. Dazu heißt es: „Der Name klingt harmlos, aber tatsächlich waren die Lager wahre Todesfabriken in denen mindestens eine Million deutsche Kriegsgefangene durch die oben beschriebenen unmenschlichen Methoden des Massenmordes durch mangelnde Hygiene und Unterbringung, sowie Unterernährung ermordet wurden.“ Woran den Leser die Bezeichnung „Todesfabrik“, in der auch noch „mindestens eine Million“ Deutsche ermordet wurden, erinnern soll, wird anschließend deutlich: „...die Zeit ist reif, die Geschichte der Rheinwiesen-KZ's zu bewältigen und Gerechtigkeit herzustellen“. Wenn also die Alliierten, so die vom Artikel nahegelegte Interpretation, ebenfalls „KZ's“ betrieben und dort „mindestens eine Million“ Menschen ermordet haben, erscheint der Massenmord an den europäischen Juden nur als ein Verbrechen unter vielen gleichen.⁵⁴

Ein weiteres Beispiel für eine solche Strategie findet sich im DS-Artikel „Illegale Blockaden in Halbe“ vom Januar 2006. In dem anonym veröffentlichten Artikel kritisiert der Autor die Verhinderung einer Gedenkveranstaltung in Halbe. Als Grund der Veranstaltung wird angegeben: „2.000 Nationalisten waren am 12. November aus Deutschland und anderen europäischen Ländern nach Halbe gekommen, um dem Todesmarsch der 9. Armee während des Zweiten Weltkrieges zu gedenken.“ Im

53 Gerfried Eggebrecht: „Unabhängigkeit über alles“, DS 5/2007, S. 23.

54 „Die blutige Spur der US-Kriegsverbrecher durch Zeit und Raum“, 16.02.2006, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=293 (Kommafehler im Original).

Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus wird der Begriff „Todesmarsch“ gemeinhin verwendet als Bezeichnung für die „Evakuierung“ der Konzentrationslager durch SS und Wachmannschaften vor den heranrückenden alliierten Armeen. Dabei kamen Hunderttausende vor Erschöpfung ums Leben oder wurden ermordet. (Pohl 2003:149f.) Der Autor des DS-Artikels aber bezieht den Begriff auf die Wehrmachtssoldaten, die im April 1945 in der Kesselschlacht bei Halbe starben. Wiederum dient hier die Wortwahl dazu, die an den KZ-Häftlingen von Deutschen verübten Verbrechen zu relativieren, indem der Eindruck erweckt werden soll, auch Deutsche seien Opfer eines Todesmarsches und dieser darum nichts spezifisch deutsches gewesen.⁵⁵

Der Versuch, die Verbrechen gegenüber den Juden mit vermeintlichen Verbrechen gegenüber Deutschen gleichzusetzen, zeigt sich auch in Hauke Nanningas Artikel „Wenn Rudi doch nur Abdul hieße...“ aus der DS vom Februar 2007. Die Autorin berichtet von einer Klage der „Preußischen Treuhand“ beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, womit diese „Eigentumsansprüche“ der aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten Vertriebenen durchsetzen wollte. Zur Erläuterung heißt es: „Die Vertreter der Selbsthilfeorganisation deutscher Vertriebener wollen sich nicht mit einem Status Quo abfinden, der durch einen Genozid, als Völkermord, ‚zumindest aber in Form eines Verbrechens gegen die Menschheit‘ vorbereitet worden ist.“ Die Strategie, die vertriebenen Deutschen als Opfer eines Völkermordes darzustellen, wird durch die Verwendung der entsprechenden Begriffe („Genozid“, „Völkermord“) mehr als deutlich. Der Historiker Wolfgang Benz bemerkt dazu: „Festzuhalten bleibt, dass die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges, trotz aller Exzesse aus nationalem Furor oder Revanchebedürfnis, nicht genozidaler Absicht entsprang. Das gilt für alle Vergleiche, die die beklagenswerten Ereignisse zum Völkermord stilisieren wollen.“ (Benz 2006:133) Das Ziel dieser geschichtlich falschen Behauptung⁵⁶ ist es wiederum, die Bedeutung des Genozids an den Juden mit dem Verweis auf den „Genozid“ an den Deutschen herunterzuspielen

55 „Illegale Blockaden in Halbe“, DS 1/2006, S. 6.

56 Benz schreibt dazu: „Abgesehen von der ganz unterschiedlichen Größenordnung sind die Ereignisse sowohl in der Ursache wie in der Wirkung nicht vergleichbar mit den Folgen der nationalsozialistischen Rassen- und Bevölkerungspolitik.“ (Benz 2006:137)

und so die Zeit des Nationalsozialismus in einem besseren Licht erscheinen zu lassen.⁵⁷

Ein letztes Beispiel schließlich findet sich in der Pressemitteilung „Willkommen, Herr Präsident!“ vom 13. Juni 2006. Darin kritisiert der Parteivorsitzende Udo Voigt den Umgang mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad in der deutschen Öffentlichkeit, die sich teilweise gegen dessen Besuch anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland ausgesprochen habe. Dass dies mit Ahmadinedschads „Äußerungen über den ‚Holocaust‘“ begründet werde, passt Voigt dabei gar nicht: „Wie heuchlerisch diese Herrschaften doch sind. Warum thematisieren sie nicht die allgegenwärtigen Morde und Vertreibungen der Israelis an den Palastinänern (*sic!*), wenn ein israelischer Staatschef die BRD besucht? Wo bleibt die Erinnerung des Völkermordes an den Indianer (*sic!*), der Verschleppung und Vernichtung ganzer Volksstämme von schwarzen Sklaven, wenn der amerikanische Präsident Bush demnächst Stralsund besucht?“ Mit diesen rhetorischen Fragen impliziert der Autor wiederum, die Verbrechen an den Juden seien nur eines unter vielen ähnlichen Verbrechen, die unter anderem sogar von Israel begangen würden. Auch in diesem Artikel dient der Verweis auf anderes historisches Unrecht der Relativierung des Holocausts und seiner historischen Bedeutung.⁵⁸

4.1.2 Verharmlosung

Eine weitere Strategie der NPD zum Umgang mit dem Holocaust besteht darin, ihn und seine Ausmaße zu verharmlosen. Während die Relativierung eher darauf abzielte, andere Opferzahlen hochzurechnen und den Holocaust mit anderen (vermeintlichen) Verbrechen gleichzusetzen, geht es bei der Verharmlosung darum, die Ausmaße des Judenmordes selber herunterzuspielen. Dazu nutzt die Partei vor allem euphemistische Umschreibungen des Massenmordes.

Aufgrund der untersuchten Fragestellung wird nicht jede Art der historisch falschen positiven Darstellung des „Dritten Reiches“ hier behandelt. Die Behauptung

⁵⁷ Hauke Nanninga: „Wenn Rudi doch nur Abdul hieße...“, DS 2/2007, S. 1.

⁵⁸ Udo Voigt: „Willkommen, Herr Präsident!“, 13.06.2006, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=&cmsint_id=1&detail=414.

zum Beispiel, ein friedvolles Deutschland sei 1939 von Polen überfallen worden, dient selbstverständlich ebenfalls dazu, den Nationalsozialismus zu „entkriminalisieren“; dennoch ist sie nicht Thema dieser Arbeit. Die Behauptung hingegen, den Juden sei es damals gar nicht so schlecht ergangen, ist hier nicht deshalb interessant, weil sie allgemein die deutsche Vergangenheit in ein besseres Licht rückt, sondern weil sie explizit den Holocaust verharmlosend darstellt, der, wie in Kapitel 2.7 dargelegt, in der öffentlichen Wahrnehmung jeglichem offenen Antisemitismus die Legitimation entzieht. Daher ist eine solche Verharmlosung – im Gegensatz zum Beispiel zur „Kriegsschuldflüge“, also der Behauptung, Deutschland habe den Zweiten Weltkrieg nicht gewollt oder begonnen – immer auch „eine spezifische Form politischer Propaganda, deren Ausgangspunkt und Zweck der Antisemitismus ist.“ (Zarusky 2001:73)

Das Ziel der im Folgenden vorgestellten Strategie ist dabei das selbe wie bei der vorangegangenen: Ein wichtiger Teil der Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands soll „entkriminalisiert“, die Verwendung seiner Ideologie legitimiert und Antisemitismus wieder salonfähig gemacht werden. Dies wird nun an gefundenen Belegen erläutert.

In einer Presseerklärung mit dem Titel „Wieder einmal ist die NPD schuld – Konstantin Wecker darf nicht singen“ vom 9. März 2006 berichtet Andreas Molau über Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus und Nationalsozialismus an deutschen Schulen. Unter anderem schreibt er dazu: „Auch ein jüdischer Zeitzeuge etwa aus der Zeit, über die man in der Schule in allen Variationen etwas hören ‚darf‘, ist ein häufig gesehener Gast. So ein Zeitzeuge berichtet dann, wie man in seiner Stadt zum großen Halali geblasen habe gegen Minderheiten. ‚Juden raus aus dieser Stadt‘, sei das Motto gewesen.“ Die Wendung „zum großen Halali“ blasen ist dabei ein zynischer Euphemismus für die systematische Entrechtung und anschließende Deportation und Ermordung jüdischer Bürger. Auch unterschlägt das „Motto“ „Juden raus aus dieser Stadt“, dass es nicht um eine Art Vertreibung, sondern um die organisierte Ermordung der Juden ging. So werden Verfolgung und Vernichtung verharmlost mit dem Ziel, das Ganze weniger schlimm erscheinen zu lassen.⁵⁹

⁵⁹ Andreas Molau: „Wieder einmal ist die NPD schuld – Konstantin Wecker darf nicht singen“, 09.03.2006, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=315.

Eine ähnlich euphemistische Formulierung findet sich in der Pressemitteilung „Schulabschluss mit Deutschlandlied“ vom 19. Juli 2006. Stefan Hartung, der „Stützpunktleiter der JN-Aue-Schwarzenberg“, berichtet darin über eine Schule, an der zur Verabschiedung der Schulabgänger die Nationalhymne gesungen würde. Dies sei besonders bemerkenswert, da die Hymne in Deutschland ein schlechtes Image habe, was der Autor wie folgt begründet: „Schließlich wird uns immer wieder aufs Neue aufgezählt, dass deutsche Tugenden und nicht zuletzt das ach so faschistische und rückwärtsgewandte Deutschlandlied den Krieg mit all seinen Facetten, auch der antisemitischen Komponente, haben entstehen lassen.“ Abgesehen von der inhaltlichen Unstimmigkeit – niemand macht das Deutschlandlied für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich – ist die Bezeichnung des Holocausts als der „antisemitischen Komponente“ des Krieges in doppelter Hinsicht verharmlosend: erstens durch die euphemistische Bezeichnung, da sich *geplanter Massenmord* weniger harmlos anhören würde als *antisemitische Komponente*; hinter diesem Begriff lassen sich Grausamkeit und Dimension des Verbrechens leicht verstecken. Und zweitens ist die Behauptung verharmlosend, der Holocaust sei Teil des Krieges gewesen und die ermordeten Juden damit Kriegsoffer wie andere Kriegsoffer auch. Implizit wird damit das Argument bedient, dass der Massenmord an den Juden nicht um der Vernichtung Willen geschah, sondern aus einer militärischen Notwendigkeit heraus. Damit aber wird die historische Bedeutung des Holocausts bewusst verharmlost, um ihn in den Hintergrund drängen zu können.⁶⁰

Zu erkennen ist eine solche Strategie auch im DS-Artikel „100.000 Klagen gegen Deutschland?“ vom November 2008. Michael Mayer schürt darin die Angst vor einer Flut von Klagen auf finanzielle Entschädigung, welche auf Deutschland zukommen könnte, nachdem das oberste italienische Gericht einer entsprechenden Klage italienischer Zwangsarbeiter stattgegeben hatte. Der Autor zählt auf, wer seiner Meinung schon alles wie viel Geld von Deutschland bekommen habe, und wer möglicherweise noch Forderungen geltend machen könnte. Über eine bereits entschädigte Gruppe schreibt er: „Im Jahre 2002 hat der Bundestag sogar zusätzlich ein Gesetz für Rentenzahlungen an ehemalige jüdische Ghettoarbeiter erlassen. Darin wird Juden, die freiwillig und bezahlt in einem osteuropäischen Ghetto gearbeitet

60 Stefan Hartung: „Schulabschluss mit Deutschlandlied“, 19.07.2006, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=436.

haben, eine bundesdeutsche Rente zugebilligt.“ Die Behauptung, jüdische Zwangsarbeiter hätten während des Krieges „freiwillig und bezahlt“ in den osteuropäischen Ghettos gearbeitet, ist eine infame Verdrehung der Tatsachen: Die polnischen Juden wurden in die Ghettos zwangsumgesiedelt und starben dort aufgrund der schlechten Versorgung zu Tausenden, Zwangsarbeit und andere Repressionen bestimmten den Alltag, und von freiwilliger Arbeit kann schon deswegen keine Rede sein, weil spätestens ab 1942 die Alternative zum Arbeitseinsatz die Deportation in ein Vernichtungslager war. (Pohl 2003:65ff., 94) Die Schilderung allerdings vom jüdischen Arbeiter, der freiwillig und bezahlt seine Arbeit versah, verharmlost oder negiert diese furchtbaren Zustände bewusst.⁶¹

Als letztes Beispiel schließlich findet sich in der Rubrik „Weltgeschehen“ in der DS vom Februar 2007 ein Artikel mit dem Titel „Frei“. Dieser berichtet von der Entlassung David Irvings, eines britischen Holocaustleugners, aus der Haft in Österreich. Dort habe dieser, so der ungenannte Autor, dreizehn Monate im Gefängnis verbringen müssen, „weil er von der etablierten Forschung abweichende Meinungen, insbesondere zur Judenfrage im Dritten Reich, geäußert hatte.“ Für die Verharmlosungsstrategie ist dabei nicht wichtig, dass Irving statt „abweichende Meinungen“ zu äußern vielmehr den Holocaust leugnete, sondern, dass er sich „zur Judenfrage“ geäußert hatte. Diese Formulierung impliziert nicht nur, dass es im „Dritten Reich“ tatsächlich eine zu lösende „Judenfrage“ gab (vgl. Rürup 1975), sie ist außerdem eine überaus euphemistische Beschreibung für einen millionenfachen Massenmord.⁶²

4.1.3 Subtiles Anzweifeln

Da die Leugnung des Holocausts in Deutschland strafbar ist, kann die NPD seine Existenz nicht einfach abstreiten. Sie kann aber versuchen, mit geschickten Formulierungen, der positiven Darstellung von Holocaustleugnern und ihren Positionen, rhetorischen Fragen und Zitaten Zweifel daran zu sähen, dass sich die Verbrechen tatsächlich und in dieser Dimension ereignet haben. Wie auch beim

61 Michael Mayer: „100.000 Klagen gegen Deutschland?“, DS 11/2008, S. 20.

62 „Frei“, DS 2/2007, S. 21.

Relativieren und Aufrechnen ist es dabei das Ziel, die Geschichte des Nationalsozialismus' in ein besseres Licht zu rücken; dazu aber muss der Massenmord an den europäischen Juden weiter in den Hintergrund treten. Im Unterschied zu den bisher erläuterten Strategien geht es bei dieser aber nicht darum, die Ausmaße des Verbrechens herunterzuspielen oder es mit vermeintlich ähnlichen Verbrechen gleichzusetzen. Vielmehr soll angezweifelt werden, dass sich der Holocaust überhaupt ereignet hat. Belege für diese Strategie werden im Folgenden erläutert.

Unter der Rubrik „Kleine Handreichungen für politische Diskussionen“ befasst sich Thomas Salomon in der DS vom Juni 2005 in dem Artikel „Verordnete Menschheitsverbrechen“ mit dem Holocaust, dessen Einmaligkeit er mit verschiedenen historischen Vergleichen in Zweifel zu ziehen sucht. Dabei schreibt er vielsagend von „der ‚Einzigartigkeit‘ der den Deutschen angelasteten Verbrechen“. Dass die Verbrechen, um die es hier geht, „den Deutschen“ zwar angelastet werden, sie diese aber nicht begangen hätten, schreibt der Autor nicht. Ebenso wenig schreibt er jedoch, dass sie diese Verbrechen tatsächlich begangen hätten, und die Formulierung des Artikels lässt kaum Zweifel daran aufkommen, welche der beiden Möglichkeiten der Autor dem Leser nahe legen möchte. So wird, ohne es offen (und damit strafrechtlich relevant) auszusprechen, die Historizität des Massenmordes angezweifelt.⁶³

In der schon zitierten Pressemitteilung von Udo Voigt zum Besuch des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft schreibt Voigt über die Gründe der öffentlichen Diskussion: „Mit seinen Äußerungen über den ‚Holocaust‘ oder über das Existenzrecht des Staates Israel hätte er Tabubruch begangen“. Dabei wird das Wort „Holocaust“ bewusst in Anführungszeichen gesetzt, so als beschriebe der Terminus keine historische Tatsache, sondern sei eine bloße Behauptung, von der sich der Autor distanzieren möchte. Auch hinter diesem Stilmittel steht die Absicht, Zweifel an der Historizität des Holocausts deutlich zu machen.⁶⁴

63 Thomas Salomon: „Verordnete Menschheitsverbrechen“, DS 6/2005, S. 12.

64 Udo Voigt: „Willkommen, Herr Präsident!“, 13.06.2006, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=414.

Ein Artikel in der DS vom März 2007 über den Prozess gegen den Holocaustleugner Ernst Zündel nutzt dieses Stilmittel ebenfalls. In dem Prozessbericht unter dem Titel „Ist das ‚Offenkundige‘ weder offen noch kundig?“ schreibt der ungenannte Autor, Zündel argumentiere vor Gericht, „auch die Frage des ‚Holocausts‘“ müsse „einer sachlichen Überprüfung unterzogen werden können, wenn sich neue Gesichtspunkte ergäben“. Auch hier wird aus dem Kontext des Artikels deutlich, dass die Verwendung von Anführungszeichen eine Distanzierung des Autors vom Begriff Holocaust in seiner heutigen Bedeutung darstellt. Auch die unterstellte Notwendigkeit, den Holocaust „einer sachlichen Überprüfung“ zu unterziehen, sowie die insgesamt positive Darstellung des angeklagten *Revisionisten* machen diese Einstellung deutlich.⁶⁵

Zweifel an der Historizität des Holocausts versucht auch Andreas Molau Artikel „Der Bomber“ aus der DS vom September 2006 zu wecken. In diesem Artikel kritisiert der Autor den israelischen Ministerpräsidenten und dessen Politik während des Libanonkrieges massiv und schreibt dazu unter anderem: „Israel ist unter seinem Ministerpräsidenten Olmert das einzige Land, das im Schutze historischer Halbwahrheiten Menschenrechtsverletzungen begehen kann.“ Was mit dem Begriff „Halbwahrheiten“ gemeint ist, wird zwar nicht explizit erläutert, der Bezug auf den Holocaust, mit dem Israel laut rechtsextremer Presse beständig Sonderrechte einfordere, ist aber leicht herzustellen. Die „Halbwahrheiten“ implizieren somit, dass die bekannten Fakten über die Verbrechen an den Juden nicht oder zumindest nur teilweise der Wahrheit entsprechen.⁶⁶

Zu dieser Interpretation lädt ihre Leser auch die Pressemitteilung „Horst Mahler und die Auschwitzkeule“ vom 30. Januar 2006 ein. In ihr wird kritisiert, dass der bereits in Kapitel 2.5 erwähnte Horst Mahler nicht zu einer in Teheran stattfindenden Konferenz von Holocaustleugnern reisen dürfe. Dabei wird das Treffen beschrieben als die „in Teheran geplante Holocaust-Konferenz, auf der untersucht werden soll, ob es den Holocaust tatsächlich gegeben hat“. Diese offene Formulierung hinterlässt bewusst den Eindruck, dass es bislang ungeklärt sei, „ob es den Holocaust tatsächlich

65 „Ist das ‚Offenkundige‘ weder offen noch kundig?“, DS 3/2006, S. 7.

66 Andreas Molau: „Der Bomber“, DS 9/2006, S. 2.

gegeben hat“.⁶⁷ Die dahinterstehende Intention ist deutlich: Der Leser soll den Eindruck gewinnen, die Historizität des Holocausts sei noch nicht abschließend geklärt.⁶⁸

Das letzte hier präsentierte Beispiel für die Strategie, den Holocaust als historisches Ereignis infrage zu stellen, findet sich im Artikel „Meinungsfreiheit“ in der DS vom Dezember 2006. Der ungenannte Autor berichtet darin über Kritik an einem französischen Gesetz, welches die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern unter Strafe stellt. Am Ende des Artikels heißt es: „Kritik an der BRD-Gesetzgebung, die das Anzweifeln vermeintlich historischer Sachverhalte mit Gefängnis bestraft, wurde derweil nicht laut.“ Das Wort „vermeintlich“ impliziert hier, dass der „Sachverhalt“, um den es geht – also der Holocaust –, nur vermeintlich, also nicht tatsächlich, historisch belegt ist.⁶⁹

4.1.4 Delegitimierung der Holocausterinnerung

Nach dem Holocaust sind, wie gezeigt, in Deutschland rechtsextreme und besonders antisemitische Positionen diskreditiert. Der Erfolg der NPD hängt daher nicht unwesentlich davon ab, wie präsent die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten, in deren Tradition die Partei steht, in der deutschen Öffentlichkeit ist; das konsequente Gedenken schadet ihrem Ansehen und ihrem Einfluss. Daher ist es für die NPD wichtig, dass sie – wenn sie schon die Existenz des Verbrechens nicht verleugnen darf – dieses Gedenken zu delegitimieren versucht. Dazu behauptet sie vor allem, es gehe weder den Überlebenden und Hinterbliebenen, noch den Historikern und Politikern um das Gedenken der Sache wegen, um Erinnerung und Mahnung. Vielmehr, so unterstellt die Partei, gehe es dabei um die finanzielle und die politisch-moralische Ausbeutung der Verbrechen: überhöhte Entschädigungssummen würden

67 Eine bewährte Strategie der Rechtsextremen ist es, wie in diesem Fall die entscheidende Frage nicht selbst zu stellen, sondern mit ihr ein Zitat wiederzugeben, hier zum Beispiel den Sinn der Konferenz. So wird eine strafrechtliche Verfolgung entsprechender Aussagen erschwert.

68 „Horst Mahler und die Auschwitzkeule“, 30.01.2006, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=271.

69 „Meinungsfreiheit“, DS 12/2006, S. 23.

gefordert, Israel verlange von der Bundesrepublik politische Zugeständnisse mit dem Hinweis auf den Holocaust, Forschern ginge es lediglich um die Bewilligung von Zuschüssen aus Steuergeldern und ähnliche Vorwürfe mehr. Eine solche Ausbeutung der Erinnerung kann dann leicht als illegitim dargestellt werden. Mit dem Argument, es gehe beim Gedenken nur um persönliche Bereicherung, wird das Ende dieses Gedenkens gefordert, um so das Verbrechen aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen. Damit sollen rechtsextreme und antisemitische Positionen wieder salonfähig gemacht und gleichzeitig auch das tradierte Klischee vom geldgierigen und rachsüchtigen Juden bedient werden. (Bergmann 2008:18) Im Folgenden werden die hierzu verwandten Strategien dargestellt.⁷⁰

Finanzielle Ausbeutung des Holocaustgedenkens

Die häufigste Strategie zur Diskreditierung der Erinnerungskultur besteht darin, sowohl Hinterbliebenen von Holocaustopfern wie auch den jüdischen und nichtjüdischen Verfechtern von Erinnerung, Aufklärung und Denkmälern allein materielle Interessen vorzuwerfen. Damit soll der Eindruck entstehen, es gehe beim Gedenken nicht um die Sache selbst, sondern die Erinnerung werde nur wachgehalten, um das deutsche Volk finanziell ausbeuten zu können. Die Schlussfolgerung, dass eine solche Praxis illegitim sei und beendet werden müsse, liegt dann für den Leser nahe. (Bergmann 2008:17, Benz 1996:120) Beispiele der Strategie werden im Folgenden erläutert.

Besonders deutlich unterstellt Klaus Weinschenk in seinem Artikel „Wir aber lieben unsere Kotzebues“ aus der DS vom Dezember 2005 die finanzielle Ausbeutung Deutschlands durch das Gedenken an den Holocaust. Er versucht darin zunächst, die verschiedenen Gedenkveranstaltungen in Deutschland zum 9. November lächerlich zu machen und fragt dann rhetorisch: „Wird es nach einem halben Jahrhundert damit

70 Verwiesen sei an dieser Stelle nochmals darauf, dass es sich bei den einzelnen Beispielen nicht um antisemitische Äußerungen handeln muss. Selbst die Nennung zu hoher oder schlicht falscher Entschädigungssummen beispielsweise ist nicht per se judenfeindlich. Die aufgezeigten Beispiele verdeutlichen aber eine Strategie, hinter der antisemitische Ressentiments stehen und die auf eine Legitimierung und Verstärkung antisemitischer Positionen abzielt.

nicht endlich Zeit, mit der schwerverdienenden ‚Holocaust-Industrie‘ (Kollege Norman Finkelstein) zu brechen?“ Anschließend fordert der Autor die umgehende Beendigung der „schamlosen moralischen, politischen vor allem aber finanziellen Erpressung unseres deutschen Volkes“. Der Verweis auf die „Holocaust-Industrie“, der Norman Finkelstein in seinem bereits erwähnten Buch (vgl. Fußnote 14) die Ausnutzung des Holocausts für ihre eigenen Interessen unterstellt, ist dabei ebenso eindeutig wie die Forderung, dass die „finanzielle Erpressung“ Deutschlands aufhören müsse. Der Autor behauptet in diesem Beispiel offen, dass das Gedenken an den Holocaust für finanzielle Interessen ausgebeutet wird, um dieses Gedenken so zu diskreditieren.⁷¹

Unter der Überschrift „Neue Forderungen aus Israel“ beschreibt Safet Babic in der DS vom September 2007 zunächst, dass Deutschland laut Angela Merkel „bis heute 64 Milliarden Euro an Holocaust-Opfer gezahlt hat. Kostenlose Waffenlieferungen und Entwicklungshilfe für Israel, wirtschaftliche Vergünstigungen und kulturelle Subventionen für den ‚deutsch-jüdischen‘ Dialog dürften in der Bilanz der deutschen Schuld und des Shoa-Business nicht enthalten sein.“ Anschließend berichtet der Autor ausführlich über neue Klagen in Israel gegen die Bundesrepublik und die möglicherweise dadurch entstehenden Kosten. Auch in diesem Beispiel ist es das Ziel des Autors, die finanzielle Ausbeutung des Holocaust-Gedenkens zu unterstellen. Der Begriff „Shoa-Business“ macht dabei deutlich, dass es nach Ansicht des Autors dabei um Geschäfte geht, nicht aber um berechtigtes Erinnern. Die vermeintlich „an Holocaust-Opfer“ gezahlten Entschädigungen in Höhe von „64 Milliarden Euro“ stellen dabei eine Verdrehung der Tatsachen dar, da es sich hierbei in Wirklichkeit um die Summe aller bislang geleisteten Zahlungen an sämtliche Opfer des Nationalsozialismus, also zum Beispiel auch nichtjüdische Zwangsarbeiter, handelt.⁷²

71 Klaus Weinschenk: „Wir aber lieben unsere Kotzebues“, DS 12/2005, S. 2.

72 Siehe dazu eine Übersicht der geleisteten Zahlungen des Bundesfinanzministeriums, im Internet einsehbar auf dessen Webseite unter http://www.bundesfinanzministerium.de/nm_4394/DE/BMF__StartseiteService/Downloads/Abt__V/Leistungen_20der_20_C3_B6ffentlichen_20Hand_20auf_20dem_20Gebiet_20der_20Wiedergutmachung_20bis_202006,templateId=raw,property=publicationFile.pdf, eingesehen am 14.04.2009.

Diese bewusste Übertreibung dabei anschaulich, worum es dem Autor in seinem Artikel geht.⁷³

Auch der anonym in der Rubrik „Kurz & Knapp“ erschienene DS-Artikel „Arme Juden“ vom September 2007 verdeutlicht diese Strategie. Der Autor behauptet darin, dass „trotz Milliardenzahlungen an Israel zur ‚Wiedergutmachung‘“ diejenigen, „die als Überlebende des Holocaust gelten“, wenig von diesem Geld abbekämen und teilweise unter der Armutsgrenze lebten. Der Artikel schließt mit der Frage: „Fragt sich nur, wofür die jahrzehntelang an Israel geflossenen Zahlungen eigentlich verwendet wurden?“ Der Artikel legt nahe, dass die „Milliardenzahlungen“ nicht den Opfern zugute kamen, sondern anderweitig verwendet wurden, weshalb es, so soll der Leser schlussfolgern, bei diesen Zahlungen nicht um eine gerechtfertigte Wiedergutmachung, sondern um eine ungerechtfertigte Bereicherung geht, die dementsprechend abzulehnen sei.⁷⁴

Die angebliche Ausbeutung wird aber nicht nur durch die Schilderung von vermeintlich ungerechtfertigten Entschädigungszahlungen suggeriert; auch Menschen aus Wissenschaft und Gesellschaft, die sich mit dem Gedenken beschäftigen, werden solche Absichten nachgesagt. Unter der Überschrift „Wann sprudelt das Füllhorn?“ beispielsweise berichtet Lars Thomsen in der DS vom August 2006 über das in Wien entstehende „Wiesenthal-Institut für Holocaust-Studien“. Der Autor schreibt dabei von Verbindungen des Projekts zur „Israelitischen Kultusgemeinde Wien“ und behauptet: „Woran es derweil noch fehlt, ist das Geld. Zwar wissen die Institutionsgründer in spe, wie viel sie haben wollen: nämlich zehn Millionen Euro für den Umbau des Gebäudes und dann rund 2,5 Millionen Euro jährlich für die laufenden Kosten. Sie wissen auch, von wem sie die Finanzierung ihres Wirkens erwarten: nämlich vom österreichischen Steuerzahler. Nur wann das Füllhorn zu sprudeln beginnt, das wissen sie noch nicht.“ Wiederum werden die Kosten negativ hervorgehoben, und mit Formulierungen wie „Füllhorn“ macht der Autor deutlich, dass die Institutsgründer im Grunde nur den Steuerzahler ausbeuteten.⁷⁵

Dass das Gedenken an den Holocaust materiellen Interessen diene, suggeriert auch der anonyme DS-Artikel „20 Millionen nur für's Geldverwalten“ vom August 2007.

73 Safet Babic: „Neue Forderungen aus Israel“, DS 9/2007, S. 1-2.

74 „Arme Juden“, DS 9/2007, S. 10.

75 Lars Thomsen: „Wann sprudelt das Füllhorn?“, DS 8/2006.

Der Autor berichtet darin über „die Entschädigungskampagne, mit der Ende der neunziger Jahre Schweizer Großbanken rund 1,25 Milliarden Dollar abgepresst wurden“, welches diese stillschweigend von ermordeten oder geflohenen Juden einbehalten hatten. Das Geld, so der Autor weiter, sei aber immer noch nicht vollständig bei den Hinterbliebenen der damaligen jüdischen Besitzer angekommen, über 250 Millionen Dollar seien noch zu vergeben. Profitieren würden davon Funktionäre: „Für die Verwaltung dieses Vermögens werden jährlich rund 20 Millionen Schweizer Franken verschleudert – vor allem Personalkosten“. Weitere „Nutznießer aus dem Schweizer Bankvermögen“ seien die „sattsam bekannten ‚Opferanwälte‘ wie Ed Fagan aus den USA“. Der Artikel kommt zu dem Schluss, das Ganze sei „kein schlechtes Geschäft für Fagan und Co.“. Wiederum steht hier eindeutig die materielle Bereicherung am Holocaust im Vordergrund. Neben der Behauptung, das Geld sei den Schweizer Banken „abgepresst“ worden, ist auch die irreführende Überschrift bewusst gewählt, da es sich bei den „20 Millionen“, wie später aus dem Artikel hervorgeht, um Schweizer Franken handelt. Die Gesamtaussage des Textes liegt in jedem Fall darin, dass sich an Aufarbeitungen und damit verbundenen Entschädigungen offensichtlich nur einige wenige bereichern wollen und diese nicht, wie offiziell behauptet, moralisch gerechtfertigte Anliegen seien. Damit soll die Erinnerung an den Holocaust insgesamt diskreditiert werden.⁷⁶

Ausbeutung des Holocausts für politische Zwecke

Eine ähnliche Strategie zur Diskreditierung der Erinnerung an den Holocaust besteht in der Behauptung, diese würde von den Juden für politische Zwecke, insbesondere zur „Niederhaltung“ Deutschlands, instrumentalisiert. Wiederum soll so suggeriert werden, dass ein umfassendes Erinnern ungerechtfertigt sei und nur von „interessierten Kreisen“ für deren eigenen Vorteil aufrechterhalten werde.

In der Pressemitteilung „Debatte über sächsisches Gedenkstättengesetz“ vom 25. Januar 2008 findet sich eine solche Behauptung. Der „Pressesprecher der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag“, Arne Schimmer, zitiert in diesem Artikel eine Rede Jürgen Gansels aus dem sächsischen Landtag, in der es um einen Streit über die

⁷⁶ „20 Millionen nur für's Geldverwalten“, DS 8/2007, S. 9.

Arbeit der sächsischen Gedenkstätten gegangen sei. Schimmer schreibt dazu: „Als Gansel ausführte, dass die Juden und Zigeuner die Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit auf die 12 Jahre des Dritten Reiches reduzieren wollten, damit sie die Deutschen noch 63 Jahre nach Kriegsende moralisch demütigen, politisch erpressen und finanziell ausnehmen können, erhielt er einen zweiten Ordnungsruf wegen der Verwendung des Begriffs ‚Zigeuner‘.“ Neben der abfälligen Ausdrucksweise – „die Juden und Zigeuner“ – liegt die Relevanz dieses Artikels in der offen geäußerten Behauptung, dass die Erinnerungsarbeit *den* Juden nur dazu diene, die Deutschen „politisch erpressen“ zu können. Deutlicher kann der Vorwurf kaum formuliert werden, und auch die Behauptung einer vermeintlichen finanziellen Ausbeutung des Gedenkens wird wiederholt.⁷⁷

Kaum weniger offen wird die Behauptung auch in einer Pressemitteilung mit dem Titel „Klare Absage an Sühnetourismus der Schuldmetaphysiker“ vom 12. Januar 2006 formuliert. Darin legt Jürgen Gansel dar, dass die sächsische NPD-Fraktion sich an einer „Auschwitz-Reise des Landtages“ nicht beteiligen werde, und begründet dies, indem er den konservativen Publizisten Johannes Groß zitiert: „Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen.“ Weiter führt Gansel aus: „Durch den Einsatz der Auschwitz-Keule sollen die Deutschen – noch 61 Jahre nach der Einnahme des Lagers Auschwitz durch die Rote Armee – in eine Schuldknechtschaft gezwungen werden, die es in- und ausländischen Kreisen ermöglicht, die Deutschen moralisch zu demütigen, wirtschaftlich auszunehmen und politisch zu bevormunden.“ Auch in diesem Beispiel findet sich die offen geäußerte Behauptung, Ziel des Gedenkens an den Holocaust sei die Möglichkeit, Deutschland mit diesem „Herrschaftsinstrument“ politisch zu bevormunden. Auch von einer vermeintlichen wirtschaftlichen Ausbeutung wird erneut gesprochen. Die logische Konsequenz dieser Behauptung liegt, auch für den Leser offensichtlich, in der Beendigung dieses ungerechtfertigten und für andere Zwecke missbrauchten Gedenkens.⁷⁸

77 Arne Schimmer: „Debatte über sächsisches Gedenkstättengesetz“, 25.01.2008, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=1096.

78 Jürgen Gansel: „Klare Absage an Sühnetourismus der Schuldmetaphysiker“, 12.01.2006, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=257.

Hervorgehoben wird die Instrumentalisierung auch im DS-Artikel „Holocaust-Waffe wird stumpfer“ vom Juni 2006. Jürgen Gansel berichtet in dem Artikel – neben langen Exkursen zu angeblichen religiösen Vorschriften der Juden – über das schon 2001 erschienene und bereits erwähnte Buch „Die Holocaust-Industrie“ von Norman Finkelstein. Gansel fasst Finkelsteins Kritik an der vorgeblichen Ausnutzung des Holocausts „als politisches Druckmittel, um die Aggressionspolitik Israels gegen jede Kritik zu immunisieren“ ausführlich zusammen und fährt dann fort: „Die Berufsjuden vom Zentralrat und ihre Büchsenspanner in den Redaktionsstuben bellten getroffen auf, war der Holocaust doch auch ihre Allzweckwaffe zur Durchsetzung von Sonderinteressen und der moralischen Erpressung der Deutschen.“ Auch dieses Beispiel verdeutlicht die dahinterstehende Strategie der NPD ohne größere Interpretationsleistungen von Seiten des Lesers. Das Gedenken an den Holocaust, so behauptet es Gansel, werde heute von „Berufsjuden“ für ihre eigenen politischen Zwecke ausgenutzt. Die Konsequenz müsse es sein, „die Holocaust-Waffe stumpf zu machen“, die Erinnerung also aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verbannen. Erst, wenn dies erreicht sein sollte, könnten die antisemitischen und am Nationalsozialismus angelehnten Positionen der Rechtsextremen in breiteren Bevölkerungsteilen auf Akzeptanz stoßen.⁷⁹

4.2 Das Anspielen auf tradierte antisemitische Stereotype

Bestimmte antisemitische Stereotype sind, wie in Kapitel 2.6 gezeigt, in der Bevölkerung verbreitet und daher leicht abrufbar. Die NPD versucht mit dem Anknüpfen an einige dieser Stereotype, ein negatives Bild *vom Juden* in der Bevölkerung zu verankern und zu festigen. Gleichzeitig soll deutlich gemacht werden, dass sie antisemitische Positionen vertritt. Stereotype, auf die besonders häufig zurückgegriffen wird, sind die des übermäßigen jüdischen Einflusses (Kapitel 4.2.1), die vermeintliche jüdische Geldgier (Kapitel 4.2.2), religiös begründete Vorbehalte (Kapitel 4.2.3) und das Bild des Juden als Fremder (Kapitel 4.2.4). Die verschiedenen Strategien, mit denen darauf eingegangen wird, werden im Folgenden detailliert vorgestellt.

⁷⁹ Jürgen Gansel: „Holocaust-Waffe wird stumpfer“, DS 6/2006, S. 14.

4.2.1 Jüdischer Einfluss in Deutschland

Nach den in Kapitel 2.6 präsentierten Umfrageergebnissen sind 15 bis 20 Prozent der Deutschen der Meinung, der Einfluss der Juden im Land sei zu groß. An dieses Ressentiment versucht die NPD anzuknüpfen, indem sie in ihren Artikeln immer wieder einen solchen Einfluss suggeriert. Dabei ist meist das eigentliche Thema eines solchen Artikels ein anderes. Der vermeintliche jüdische Einfluss wird daher eher am Rande erwähnt.

Hier spielt allerdings nicht nur das Anknüpfen an vorhandene Klischees eine Rolle. So wird ein übermäßiger jüdischer Einfluss auf führende Politiker in Deutschland auch erfunden, um damit die Schuld an der Erfolglosigkeit der Partei, wie in Kapitel 2.3 dargestellt, auf *jüdische Hintermänner* abzuschieben. Mangelnde Zustimmung und ausbleibender Erfolg bei Wahlen liegen dann nicht mehr darin begründet, dass etwa die Mehrheit der Bevölkerung kein Interesse an den Forderungen der NPD hat. Außerdem dient Antisemitismus auf diese Art der Diskreditierung des von den Rechtsextremen abgelehnten politischen Systems, da unterstellt wird, die Bundesrepublik sei keine souveräne Demokratie und die deutschen Politikern nicht den Interessen des deutschen Volkes verpflichtet.⁸⁰

Als die öffentlich präsenteste jüdische Organisation in Deutschland steht der Zentralrat der Juden im Mittelpunkt der NPD-Strategie, den jüdischen Einfluss als zu groß darzustellen. Mal offener, mal verdeckter werden politische Entscheidungen auf *seine* Machtposition und *sein* hintergründiges Wirken zurückgeführt. Entsprechende Beispiele verdeutlichen dies im Folgenden.

Im DS-Artikel „Collegium Humanum verboten“ vom Juni 2008 kritisiert Bernd Stegner das vom Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble erlassene Verbot gegen den antisemitischen Verein „Collegium Humanum“ – ein, wie der Autor das Bundesinnenministerium zitiert, „Sammelbecken organisierter Holocaustleugner“. Bereits im Untertitel des Artikels fragt Stegner: „Intervention des Zentralrats der Juden?“, um dann im Artikel fortzufahren: „Nach Informationen aus Sicherheitskreisen soll Knobloch zuletzt persönlich bei der Bundesregierung auf ein Verbot des Collegium Humanum gedrängt haben.“ Es sollte eigentlich nicht

⁸⁰ Dies wird anschaulich verdeutlicht in der Rede über die „Judenrepublik“ von Udo Pastörs (vgl. Kapitel 2.5).

verwundern, dass eine jüdische Interessenvertreterin – ebenso wie andere demokratische Kräfte – für das Verbot eines solchen Vereines eintritt; die Formulierung im Artikel aber impliziert, dieses Engagement sei erstens ein heimliches (und darum nur „aus Sicherheitskreisen“ erfahrbares) und zweitens entscheidend gewesen für das Verbot. Dies suggeriert vor allem das Wort „Intervention“.⁸¹

In einer Rezension unter dem Titel „Anti-westlich, rassistisch, radikal?“ bespricht Safet Babic in der DS vom April 2006 den ob seiner rassistischen und antisemitischen Motive umstrittenen türkischen Film „Tal der Wölfe“ äußerst positiv. Zur Debatte über ein mögliches Verbot des Films in Deutschland schreibt er: „Bayerns Ministerpräsident und gescheiterter Kanzlerkandidat Edmund Stoiber sowie der Zentralrat der Juden äußerten den ‚Wunsch‘ nach Absetzung des türkischen Straßenfegers.“ Durch das Setzen von Anführungszeichen bei dem Wort „Wunsch“ macht der Autor eine ironische Distanzierung zur Wortbedeutung deutlich. Implizieren möchte er damit, dass es sich in Wahrheit nicht um einen „Wunsch“, sondern vielmehr um eine Art Anweisung handle.⁸²

Den vermeintlichen Einfluss des Zentralrates auf die deutsche Politik thematisiert auch Andreas Molau in der Pressemitteilung „Der ‚Steher‘ von Stuttgart“ vom 19. April 2007. Einige Tage zuvor war der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Hans Filbinger, verstorben. Dieser hatte während der NS-Zeit als Marinerichter zahlreiche Todesurteile zu verantworten und ging noch nach Kriegsende gegen Nazigegner vor. Molau kritisiert nun in seinem Artikel Günther Oettinger für dessen mangelnde Standhaftigkeit. Der amtierende Ministerpräsident von Baden-Württemberg hatte den verstorbenen Hans Filbinger in seiner Trauerrede zunächst als Gegner des Nationalsozialismus bezeichnet, distanzierte sich später aber nach massiver Kritik von dieser Äußerung. Molau macht dabei den Zentralrat der Juden als einen der schärfsten Kritiker Oettingers aus und kommt nach der Schilderung von dessen Entschuldigung zu dem Schluss: „Für jeden volkstreuem Aktivisten ist der ‚Fall Filbinger/Oettinger‘ ein weiterer Beweis dafür, dass der Einfluss des Zentralrates der Juden unheilvoll gewaltig ist“. Sehr offen macht Molau

81 Bernd Stegner: „Collegium Humanum verboten“, DS 6/2008, S. 5.

82 Safet Babic: „Anti-westlich, rassistisch, radikal?“, DS 4/2006, S. 28.

damit den Zentralrat für Oettingers Meinungswandel verantwortlich und unterstellt ihm damit direkt einen „unheilvoll gewaltigen Einfluss“ auf die deutsche Politik.⁸³

Auch der NPD-Pressesprecher der sächsischen Landtagsfraktion, Arne Schimmer, greift diese Strategie in seiner bereits erwähnten Presseerklärung „Debatte über sächsisches Gedenkstättengesetz“ vom 25. Januar 2008 auf. Der Autor berichtet von einer Landtagsdebatte, in der Jürgen Gansel sich zu einem Streit in der „Stiftung Sächsische Gedenkstätten“ geäußert hatte. Schimmer zitiert Teile von Gansels Rede, auch jenen, in dem dieser sich zur Partei „Die Linke“ äußert. Nach Gansel gehöre die Partei „zum bundesrepublikanischen Schuld- und Sühnekartell unter der gestrengen Führung des Zentralrates der Juden“. An die Abgeordneten der Linkspartei gewandt fährt Gansel fort: „Indem Sie sich seiner Schattenherrschaft und Opfer-Monopolisierung unterwerfen, sind Sie zumindest partiell in der Bundesrepublik angekommen.“ Offen spricht Gansel davon, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland eine „Schattenherrschaft“ und die „Führung“ der Parteien ausübe – ein sehr deutliches Beispiel für die beschriebene Strategie.⁸⁴

Ein letztes Beispiel für die Unterstellung, der Zentralrat habe einen großen Einfluss auf die deutsche Politik, findet sich im DS-Artikel „Jagd auf einen Regierungsdirektor“ vom November 2007. Arne Schimmer berichtet darin über den Regierungsdirektor Josef Schüßlburner, gegen den wegen seines Engagements in rechtsextremen Organisationen⁸⁵ ein „Vernichtungskampf“ geführt werde. Der im Bundesverkehrsministerium tätige Beamte sei schließlich beurlaubt worden. Schimmer befindet: „Der eigentliche Skandal besteht natürlich darin, dass Bundesverkehrsminister Tiefensee einen durch und durch freiheitlichen Denker auf Zuruf einiger Linksextremisten und des Zentralrats der Juden vom Dienst suspendiert.“ Der Autor suggeriert hier, der Zentralrat der Juden in Deutschland

83 Andreas Molau: „Der ‚Steher‘ von Stuttgart“, 19.04.2007, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=786.

84 Arne Schimmer: „Debatte über sächsisches Gedenkstättengesetz“, 25.01.2008, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=1096.

85 Siehe für Details über die Aktivitäten des Beamten den Artikel von Frank Jansen: Hoher Beamter der Regierung rechtsextrem, in: Der Tagesspiegel vom 18.09.2007, S. 1.

könne allein durch „Zuruf“ ihm unliebsame Beamte aus dem Dienst entfernen lassen, und ein Bundesminister würde dem Zentralrat gehorchen.⁸⁶

4.2.2 Der geldgierige Jude

Ein weiteres verbreitetes Vorurteil gegenüber Juden ist die Vorstellung, sie seien besonders reich, gierig, gute und skrupellose Geschäftemacher, kontrollierten die meisten oder gar sämtliche Banken und hätten überhaupt einen sehr großen Einfluss in der Finanzwelt. (Bergmann 2008:14, Graml 1995:21) Während der vermeintliche jüdische Einfluss auf die internationale Finanzwelt als Ausdruck einer antisemitischen Kapitalismuskritik in Kapitel 4.4 gesondert thematisiert wird, geht es hier um die Strategie, allgemein an das Klischee vom geldgierigen Juden anzuknüpfen, um einerseits potentiell vorhandene antisemitische Vorbehalte zu aktivieren und zu verstärken, und andererseits den Antisemitismus der Partei zu artikulieren. Dazu wird auf verschiedene Art und Weise der Eindruck erweckt, Juden seien nur an Geld und Geldverdienen interessiert. Beispiele dafür sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Unter dem Titel „Geldregen für jüdische Gemeinden“ schreibt der Frankfurter NPD-Abgeordnete Jörg Krebs in der DS vom August 2008 über die Erhöhung der Zuschüsse der Stadt an die jüdische Gemeinde. Diese Erhöhung „von derzeit rund 2,4 Millionen Euro um weitere 1,2 Millionen auf dann 3,6 Millionen Euro“ sei mit einem „fadenscheinigen Argument“ begründet worden. Weiter rechnet Krebs vor, dass „die hessische Landesregierung die jährlichen Zuschüsse an die jüdische (*sic!*) Gemeinden bereits im letzten Oktober mehr als verdoppelte“. Auch vergisst er nicht zu erwähnen, dass es sich dabei um deutsche Steuergelder handele. Diese Aussagen zielen deutlich darauf ab, Juden als geldgierig darzustellen, die sich an staatlichen Geldern bereichern. Die beim Leser möglicherweise vorhandene Assoziation von „Jude“ und „Geld“ wird so verstärkt. Außerdem betont Krebs, dass die NPD die einzige Partei ist, die „diese Vorzugsbehandlung einiger Privilegierter“ ablehne, womit er auch deutlich zu machen sucht, dass ausschließlich die NPD diese Stereotype aufzugreifen bereit ist, während alle anderen Parteien dies ablehnen.⁸⁷

86 Arne Schimmer: „Jagd auf einen Regierungsdirektor“, DS 11/2007, S. 5.

87 Jörg Krebs: „Geldregen für jüdische Gemeinden“, DS 8/2008, S. 16.

Das Vorurteil des geldgierigen Juden wird auch in dem DS-Artikel „Ein Prinz am Pranger“ vom März 2005 aufgegriffen. Thomas Salomon berichtet darin unter anderem über die Rede von Bundespräsident Horst Köhler vor dem israelischen Parlament. Dazu schreibt er: „Beim Demutsbesuch des Bundespräsidenten [...] in Israel entfernten sich aus dem Parlament auch einige Abgeordnete, weil sie die deutsche Sprache nicht ertragen. Von vergleichbaren Akzeptanzproblemen mit deutschem Geld hat man noch nie etwas gehört.“ Wiederum ist diese Anspielung nicht einfach provozierend oder beleidigend, sondern steht in einem antisemitischen Kontext, da sie auf tradierte antisemitische Vorurteile zurückgreift und diese ausnutzen oder verstärken will.⁸⁸

Auch in dem bereits erwähnten DS-Artikel „Holocaust-Waffe wird stumpfer“ vom Juni 2006, in dem Jürgen Gansel Finkelsteins Buch „Die Holocaust-Industrie“ vorstellt, wird das Judentum mit Geldgier in Verbindung gebracht. Dort heißt es, um zu *beweisen*, dass die Juden keineswegs ein Volk wie jedes andere seien, unter anderem: „Zum Geld haben die Juden sowieso ein Sonderverhältnis. Viele bildungskastrierte Bundesrepublikaner wissen dabei nicht, dass die Vormachtstellung des Judentums im internationalen Finanzwesen – wirtschaftshistorisch erworben durch Geldleihe – schon in der Thora grundgelegt ist“. Nach einem zusammenhangslosen Zitat aus dem fünften Buch Mose schließt er: „In welcher sonstigen Religion der Welt wird die Unterjochung anderer Völker durch die Macht des Geldes geheiligt? – In keiner!“ Auch bei diesem Beispiel muss der Leser nicht viel interpretieren: Gansel betont das „Sonderverhältnis“ der Juden zum Geld und behauptet, Geldgier und Geschäftemacherei seien ein Grundbestandteil jüdischer Religion.⁸⁹

88 Thomas Salomon: „Ein Prinz am Pranger“, DS 3/2005, S. 24.

89 Jürgen Gansel: „Holocaust-Waffe wird stumpfer“, DS 6/2006, S. 14.

4.2.3 Religiöser Antisemitismus

Religiöser Antisemitismus, der Inhalte und Rituale des jüdischen Glaubens als ideologischen Bezugspunkt nimmt, hat in der säkularisierten westlichen Welt an Bedeutung verloren. Die Ablehnung anderer, also nichtchristlicher Religionen aus religiöser Überzeugung ist in Deutschland kaum noch verbreitet. (Vgl. z.B. Pfahl-Traugher 2002:11) So kann diese Art des Antisemitismus – zum Beispiel in Form des klassischen Motivs von der Ermordung Jesu durch *die Juden* – keine bedeutende Rolle in der Propaganda der NPD spielen, zumal ein wichtiger Teil der Mitglieder statt der christlichen eine Art Germanische Religion befürwortet. („Odin statt Jesus!“)

Dennoch finden sich in den Quellen auch Bezüge auf vermeintliche religiöse Praktiken und Vorschriften des Judentums, die dazu dienen sollen, die Juden in ihrer Gesamtheit abwertend und fremdartig darzustellen. Auch wenn solche Vorstellungen heute weniger verbreitet sind, kann die Strategie dabei doch teilweise auf tradierten Vorurteilen aufbauen.⁹⁰ (Heil 2008:23)

Ein gutes Beispiel hierfür findet sich in der bereits erwähnten Kritik des Films „Borat“ unter dem Titel „Die weiße Rasse degeneriert.“ vom Dezember 2006. Andreas Molau berichtet darin auch über eine Szene des Films, in der Borat seine Schwester als Prostituierte bezeichnet. Molau kommentiert: „Was auch den bundesdeutschen Kinobesucher zu Lachsalven animierte, nimmt sich unter dem Licht talmudischer Weisheiten als nur bedingt komisch aus. Bekanntlich sind nach dem jüdischen Regelwerk alle nichtjüdischen Frauen Huren und als solche zu behandeln.“ Die Unterstellung des religiösen Gebots, alle nichtjüdischen Frauen als Huren zu behandeln, zielt hier eindeutig auf eine Verächtlichmachung der jüdischen Religion ab.⁹¹

Über vermeintlich aus den jüdischen Gesetzestexten stammende Gebote berichtet auch Jürgen Gansel im bereits erwähnten DS-Artikel „Holocaust-Waffe wird stumpfer“ vom Juni 2006. In dem Artikel, in dem vordergründig über Norman Finkelsteins Buch „Die Holocaust-Industrie“ berichtet wird, schreibt der Autor auch

90 So stimmten nach einer – ob ihrer Objektivität nicht unumstrittenen – Studie der Anti-Defamation League (ADL) achtzehn Prozent der Befragten in Deutschland dem Satz zu: „The Jews are responsible for the death of Christ.“ (ADL 2005:9)

91 Andreas Molau: „Die weiße Rasse degeneriert.“, DS 12/2006, S. 28.

ausführlich über das „Aggressions- und Völkerhasspotential“ der „alttestamentarischen Quellen des Judentums“. Drei Beispiele führt er hierzu an:

1. „Die Juden halten sich keineswegs für ein Volk unter gleichberechtigten Völkern, sondern für das auserwählte, das Werkzeug Gottes, in einer Welt minderwertiger Gojim (Nichtjuden)“.
2. „Zum Geld haben die Juden sowieso ein Sonderverhältnis. Viele bildungskastrierte Bundesrepublikaner wissen dabei nicht, dass die Vormachtstellung des Judentums im internationalen Finanzwesen – wirtschaftshistorisch erworben durch Geldleihe – schon in der Thora grundgelegt ist. [...] In welcher sonstigen Religion der Welt wird die Unterjochung anderer Völker durch die Macht des Geldes geheiligt? – In keiner!“⁹²
3. „Auch der Völkerhass der Juden verleiht ihnen einen unheimlichen Ausnahmestrang unter den Völkern: ‚Du wirst alle Völker vertilgen, die der Herr, dein Gott, dir preisgibt.‘ (5. Mose 7,16)“

Zu allen drei Beispielen werden lange, zusammenhangslose Zitate aus dem fünften Buch Mose vorgebracht, die den jeweiligen Vorwurf stützen sollen. Auf die Wiedergabe dieser „Belege“ kann hier schon deswegen verzichtet werden, weil der diffamierende Charakter der Aussagen unabhängig von deren Richtigkeit gegeben ist. Selbst wenn es in der Thora Stellen gäbe, die sich entsprechend interpretieren ließen, ist die Unterstellung, zu den Eigenschaften *der Juden* gehöre aufgrund religiöser Vorschriften ein „Sonderverhältnis“ zu Geld, „Völkerhass“ sowie die Überzeugung, Nichtjuden seien „minderwertig“ – da sie hier in der Absicht, *die Juden* als Gruppe abzuwerten, geäußert wird – antisemitisch.⁹³

In dem bereits erwähnten DS-Artikel „Neue Forderungen aus Israel“ vom September 2007, in dem es um in Israel gegen die Bundesrepublik anhängige Klagen auf Entschädigung geht, fragt Safet Babic schon in der Unterüberschrift: „Wie lange hält das deutsche Kainsmal?“ Zur Frage, ob solche Ansprüche nicht nach so langer Zeit verjährt seien, schreibt Babic: „Allem Anschein nach orientiert sich Herr Masor [der Anklagevertreter] nicht an weltlichen Gesetzen, sondern beherzigt das Alte

92 Dieses Beispiel dient, wie in Kapitel 4.2.2 dargestellt, auch der Anknüpfung an die tradierte Vorstellung vom geldgierigen Juden.

93 Jürgen Gansel: „Holocaust-Waffe wird stumpfer“, DS 6/2006, S. 14.

Testament als jüdische Rechtsgrundlage. Als nach traditioneller jüdischer Anschauung zu Anbeginn der Menschheit der Ackerbauer Kain seinen viehzüchtenden Bruder Abel aus Neid erschlug, verfluchte Jahwe Kain und seine Nachkommen sieben Generationen lang (Moses, 4; 24). Bei Lamech, Kains männlichem Nachfahren in 7. Generation, verstärkte sich der Fluch gar. Wenn nun Sippenhaftung zur Zeit von Adam und Evas (*sic!*) gängig war, warum dann nicht auch heute, scheint sich der Advokat Masor zu denken.“ Die Behauptung, ein jüdischer Anwalt würde gegen Deutschland aus in der Thora festgeschriebener Rachsucht klagen, unterstellt wiederum negative religiöse Vorschriften der Juden und knüpft dabei an ein tradiertes antisemitisches Vorurteil an.⁹⁴ (Bergmann 2008:18)

Ein letztes Beispiel für in der jüdischen Religion begründetes – vermeintliches – Fehlverhalten der Juden liefert der DS-Artikel „Wirklich das alte Gottesvolk?“ vom Januar 2008. Darin berichtet Elmar Brugg, dass die Wissenschaft den „jüdischen Auserwähltheitsanspruch“ widerlegt habe. Die lange historische Abhandlung über die Entwicklung des Monotheismus beschäftigt sich auch immer wieder mit dem jüdischen „Auserwähltheitswahn“. Nach Brugg waren die Juden „das erste Volk, das diese uralte [monotheistische] Gottesvorstellung für sich ganz allein in Anspruch nahm und die Behauptung aufstellte, dass es einzig und allein von Gott auserwählt und ihm wohlgefällig, andere Völker hingegen bekämpfenswerte Heiden seien.“ Die Unterstellung, dass sich Juden aufgrund religiöser Überzeugungen für anderen Völkern überlegen halten, ist dabei nicht nur ein religionsgeschichtlicher Vorwurf, denn, so Brugg, der Auserwähltheitsanspruch „bildet auch heute noch den geistigen Unterbau des Zionismus.“ Demnach sind also religiöse Vorschriften und Traditionen für ein heutiges, abzulehnendes Verhalten *der* Juden verantwortlich.⁹⁵

4.2.4 Juden als Fremde

Eine grundlegende Voraussetzung für die bewusste oder unbewusste Abneigung gegenüber Juden liegt darin, dass sie als Fremde angesehen werden. Wer jüdische Deutsche als genau das ansieht, was sie sind – Deutsche wie alle anderen Deutschen

94 Safet Babic: „Neue Forderungen aus Israel“, DS 9/2007, S. 1-2.

95 Elmar Brugg: „Wirklich das alte Gottesvolk?“, DS 1/2008, S. 17.

auch, und Angehörige einer Religionsgemeinschaft unter vielen –, der ist weniger empfänglich dafür, gerade die Juden als Gruppe negativ zu sehen, zu stigmatisieren und auszugrenzen. Daher „müssen die Juden im Status von ‚Fremden‘ gehalten, als solche definiert werden“ (Benz 2004:241), um Antisemitismus zu vermehren und zu rechtfertigen. Dabei sind wiederum die benutzten Formulierungen und Aussagen an sich nicht zwangsläufig antisemitisch; das Ziel der Strategie ist es aber, den Boden für eine antisemitische Abwertung von Juden dadurch zu bereiten, dass man sie aus der eigenen Gruppe ausschließt und als Fremde definiert.

Wie in Kapitel 2.6 dargestellt, stimmten rund vierzehn Prozent der Befragten in zwei Umfragen dem Satz zu: „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ Der Vorstellung, die „deutschen Juden fühlen sich stärker mit Israel als mit Deutschland verbunden“, stimmten sogar über die Hälfte der Befragten zu. Eine entsprechende Ausgrenzungsstrategie der NPD kann also versuchen, auf vorhandenen Vorurteilen aufzubauen und sie zu verstärken. Die verschiedenen dazu verwandten Methoden werden im Folgenden vorgestellt.

Juden sind keine Deutschen

Die am häufigsten zu findende Umsetzung dieser Strategie ist die meist beiläufig gestreute Unterstellung, jüdische Deutsche seien keine richtigen Deutschen und gehörten irgendwie nach Israel, mit dem sie sich auch stärker verbunden fühlten.

Ein erstes Beispiel dafür findet sich in der DS-Ausgabe vom März 2007. Andreas Molau berichtet über ein Interview, das Michel Friedman, ein jüdischer Journalist, mit der NPD-Führung führte. Nicht der Inhalt des Artikels oder des Interviews ist hier von entscheidender Bedeutung, sondern die beiläufige Beschreibung des Journalisten: „Kein Wunder, denn Friedman steht dem deutschen ‚Tätervolk‘, dem er staatsbürgerschaftsrechtlich angehören will, unversöhnlich gegenüber“. Mit dieser Formulierung wird deutlich gemacht, dass Friedman als Jude kein Deutscher ist und auch kein Deutscher sein kann. Dies geschieht dreifach: erstens durch den Begriff „staatsbürgerschaftsrechtlich“ – selbst wenn also Friedman Deutscher wäre, so doch nur im juristischen Sinne, also formal. Zweitens impliziert das „angehören will“, dass er ihm, obwohl er es möchte, nicht angehöre. Und drittens schließlich steht er dem

deutschen Volk „unversöhnlich gegenüber“, was wiederum deutlich machen soll, dass er, Friedman, ein Jude, nicht zum deutschen Volk gehören kann. So wird der Eindruck zu erwecken versucht, dass Juden keine Deutschen, sondern Fremde sind.⁹⁶

Die Gegenüberstellung von Juden und Deutschen wird auch in einer Pressemitteilung vom 22. August 2007 deutlich, in der es um die ausländerfeindlichen Ausschreitungen gegen eine Gruppe Inder in der sächsischen Kleinstadt Mügeln drei Tage zuvor geht. Mit dem Verweis auf einen angeblich „schwerverletzten Deutschen“ und der Bezeichnung des Ereignisses als „Kirmesschlägerei“ sollen die Vorfälle relativiert werden. Abschließend wird der damalige NPD-Generalsekretär Peter Marx zitiert, der behauptet: „Sollte es zutreffen, dass in Mügeln ein Deutscher schwerverletzt wurde, so verwundert es nicht, dass dies weder den Zentralrat der Juden noch die Sprecher der multikulturellen Parteien interessiert.“ Mit der Unterstellung, der Zentralrat der Juden in Deutschland interessiere sich nicht für einen verletzten Deutschen, impliziert der Artikel wiederum, dass Juden – für die sich der Zentralrat interessiert – keine Deutschen seien. Vielmehr beschreibt er Juden und Deutsche als zwei sich gegenüberstehende Gruppen.⁹⁷

Ein weiteres Beispiel dafür findet sich in Thomas Altstedts DS-Artikel „Deutsche: Menschen zweiter Klasse“ vom Oktober 2006. Der Autor berichtet von einer Veranstaltung zum Thema „Erinnerungskultur“ in Weimar. Dort hätte der Redner, so berichtet es der Autor, nicht nur über die Opfer des Konzentrationslagers Buchenwald, sondern auch über die deutschen Opfer nach dem Zweiten Weltkrieg gesprochen. Dies habe, so Altstedt weiter, einen „Eklat“ ausgelöst. Der Autor schlussfolgert: „Das bedeutet, dass es nach der Logik der Störer in Weimar und den politischen Zurufern aus den etablierten Parteien einen moralischen Unterschied macht, ob man einen Deutschen ermordet oder einen Juden.“ Diese Gegenüberstellung impliziert wiederum, dass ein Mensch in den Augen der NPD nur eines von beiden sein kann: Deutscher oder Jude.⁹⁸

Aber nicht nur bei deutschen Juden wird mit dieser Strategie eine Fremdheit suggeriert. In der DS vom September 2006 schreibt Andreas Molau die bereits

96 Andreas Molau: „Die Bewegung im Nacken“, DS 3/2007, S. 19.

97 „In Mügeln muss nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ermittelt werden“, 22.08.2007, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=924.

98 Thomas Altstedt: „Deutsche: Menschen zweiter Klasse“, DS 10/2006, S. 7.

erwähnte Rezension über „Borat“, einen Film des jüdischen Schauspielers und Komikers Sacha Baron Cohen. Unter dem Titel „Die weiße Rasse degeneriert.“ kritisiert Molau den Film und seinen Hauptdarsteller. Das allein, das soll an dieser Stelle noch einmal betont werden, stellt aber keineswegs Antisemitismus dar – niemand muss einen jüdischen Schauspieler oder dessen Filme mögen. Entscheidend ist die in einem Nebensatz vorgenommene Beschreibung des Darstellers: „...Borat, dargestellt vom in den Medien als Engländer betitelten Juden Sacha Cohen, soll in dem Film...“. Der in London geborene Engländer Baron Cohen wird hier explizit nicht als Engländer, sondern als Jude bezeichnet, und die Formulierung „als Engländer betitelt“ lässt die Meinung des Autors deutlich werden: Sacha Baron Cohen ist eigentlich kein Engländer. Er kann kein Engländer sein, weil er Jude ist – Juden gehören also nicht zu den Ländern, in denen sie leben, sondern sind dort Fremde.⁹⁹

Juden gehören nach Israel

Eine weitere Ausprägung der Strategie, Juden als Fremde darzustellen, ist der Versuch, jüdische Deutsche mit Israel in Verbindung zu bringen. Auch wenn es unbestritten ist, dass viele (aber nicht alle) Juden Solidarität mit Israel empfinden¹⁰⁰, so bedeutet dies im Umkehrschluss natürlich nicht, dass ihnen Deutschland weniger wichtig wäre – niemand käme auf die Idee, solches einem deutschen Buddhisten vorzuwerfen, der sich mit Tibet solidarisiert. Doch auch hier ist die Möglichkeit, an bestehende Vorurteile anzuknüpfen, gegeben. Wie in Kapitel 2.6 beschrieben, stimmten über 55 Prozent der Aussage zu: „Die deutschen Juden fühlen sich stärker mit Israel als mit Deutschland verbunden.“ Die folgenden Beispiele verdeutlichen, wie die NPD hier ansetzt, um genau diesen Eindruck zu erwecken oder zu verstärken, und Juden damit wiederum fremd erscheinen zu lassen.

In dem DS-Artikel „Eine Münchner Ehrenbürgerin“ vom März 2008 von Hannes Natter kritisiert der Autor Charlotte Knobloch, vor allem für ihr Wirken als Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. Erneut ist ein Nebensatz

⁹⁹ Andreas Molau: „Die weiße Rasse degeneriert.“, DS 12/2006, S. 28.

¹⁰⁰ Siehe zum schwierigen Verhältnis von deutschen Juden zu Israel unter anderem Kauders 2008.

entscheidend: „...eine Tochter und Enkel von Frau Knobloch leben nicht in Deutschland, sondern im umstrittenen Judenstaat.“. Diese Information, die für den Text an sich ohne Relevanz ist, dient, unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt, ausschließlich dazu, eine besondere Beziehung zwischen einer prominenten Jüdin und dem „umstrittenen Judenstaat“ herzustellen.¹⁰¹

Dieses Beispiel findet sich auch in einem kurzen DS-Artikel vom November 2007, dessen Autor nicht namentlich genannt wird. Der Beitrag „Rabbiner gegen NPD-Verbot“ beschäftigt sich mit der Diskussion um ein neues NPD-Verbotsverfahren. Charlotte Knobloch wird als Befürworterin eines solchen Verbots dargestellt, und wiederum wird betont, dass ihre „Kinder in Israel leben“.¹⁰²

Eine weitere Ausprägung der Strategie, Juden mit Israel in Verbindung zu bringen und sie so als Fremde zu definieren, findet sich in einer vom „NPD-Bundespressesprecher“ Klaus Beier herausgegebenen Pressemitteilung vom 9. Juli 2007. Der Artikel berichtet über von Charlotte Knobloch an der NPD geäußerte Kritik, weist diese zurück und zitiert anschließend den Generalsekretär Peter Marx mit den Worten: „Frau Knobloch wäre sicherlich gut beraten, wenn sie sich um die Aggressionspolitik Israels kümmern würde.“ Diese Aussage dient nicht nur dazu, die Kritik der Zentralratsvorsitzenden zu delegitimieren, sondern hinterlässt beim Leser auch den Eindruck, die in Deutschland geborene deutsche Staatsbürgerin Knobloch habe mehr mit Israel als mit Deutschland zu tun und sei auch irgendwie für die israelische Politik verantwortlich.¹⁰³

Auch der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel nutzt diese Strategie in seinem DS-Artikel „Das plötzliche Unbehagen an der Bunten Republik Deutschland“ vom September 2008. Er beschreibt darin die seiner Meinung nach durch das Zusammenleben der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften in Deutschland entstehenden Probleme und behauptet, dass es vor allem „die Juden“ in Deutschland seien, die für diese Entwicklung – durch die Förderung von Migration – verantwortlich seien. Er schreibt weiter: „Es ist schon eine Chuzpe sondergleichen, dass die Juden von uns Deutschen ausländerpolitisches Entgegenkommen bis zur

101 Hannes Natter: „Eine Münchner Ehrenbürgerin“, DS 3/2008, S. 2.

102 „Rabbiner gegen NPD-Verbot“, DS 11/2007, S. 12.

103 Klaus Beier: „Frau Knobloch leidet offenbar an Realitätsverlust“, 09.07.07, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=893.

Selbstaufgabe fordern und sie selbst im Apartheidsstaat Israel die alteingesessenen Palästinenser unterdrücken.“ In dieser Aussage wird nicht nur erneut die Implikation eines Gegensatzes zwischen „Juden“ und „uns Deutschen“ besonders deutlich, auch die Assoziation mit Israel ist erneut zu finden. Dabei wird behauptet, deutsche Juden dürften sich nicht zur Ausländerpolitik äußern, weil „sie“ sich in Israel falsch verhielten. Erneut wird so suggeriert, deutsche Juden gehörten eher zu Israel als zur Bundesrepublik und seien für die israelische Politik verantwortlich.¹⁰⁴

4.3 Israelbezogener Antisemitismus

Die neben der Reaktion auf den Holocaust am häufigsten vertretene der hier behandelten Strategien ist die Kommunikation von israelbezogenem Antisemitismus. Um diese darstellen zu können, wird zunächst die Frage geklärt, wann genau Aussagen über Israel als antisemitisch bezeichnet werden können, bevor darauf eingegangen wird, wie und warum solche Aussagen getätigt werden. Im Anschluss daran werden die verschiedenen Ausprägungen dieser Strategie vorgestellt.

Zunächst ist mit Walter Laqueur festzuhalten: „Dass Kritik an Israel nicht per se Antisemitismus darstellt, ist derart selbstverständlich, dass man es eigentlich kaum noch einmal wiederholen müsste.“ (Laqueur 2008:16) Die Kritik muss dabei weder berechtigt noch sachlich vorgetragen oder inhaltlich korrekt sein, um nicht unter Antisemitismusverdacht zu geraten: Nicht jeder haltlose Vorwurf gegenüber israelischer Politik ist judenfeindlich. Um eine wissenschaftlich verwendbare Abgrenzung zwischen *normaler* und *antisemitischer* Israelkritik zu ermöglichen, setzt diese Arbeit zunächst bei vier von Aribert Heyder, Julia Iser und Peter Schmidt vorgeschlagenen Kriterien zur Unterscheidung an. (Heyder/Iser/Schmidt 2005:146f.) Diesen Autoren zufolge *kann* Israelkritik als antisemitisch bewertet werden, sobald sie eines der nachfolgenden Kriterien erfüllt. Angeführt werden:

1. die Nichtanerkennung des Existenzrechtes oder des Rechtes auf Selbstverteidigung für Israel, sofern nicht wie zum Beispiel von Anarchisten aus ideologischen Gründen die Existenz jeglicher Staaten abgelehnt wird,

104 Jürgen Gansel: „Das plötzliche Unbehagen an der Bunten Republik Deutschland, DS 9/2008, S. 22.

2. eine Gleichsetzung der israelischen Politik, insbesondere gegenüber den Palästinensern, mit der Judenverfolgung im „Dritten Reich“, da solche Vergleiche, wie in Kapitel 4.1 dargelegt, der Verharmlosung oder gar Rechtfertigung der NS-Verbrechen dienen,
3. das Anlegen doppelter Standards für die Beurteilung der israelischen Politik, also die Verurteilung bestimmter Handlungen Israels, die man bei anderen Ländern unterstützt oder zumindest stillschweigend akzeptiert,
4. die Übertragung tradierter antisemitischer Stereotype auf den Staat Israel als „kollektiven Juden“, dem vermeintlich jüdische Eigenschaften wie Rachsucht oder Geldgier unterstellt werden. (Heyder/Iser/Schmidt 2005:146f.)

Allerdings sind auch diese Kriterien nicht immer ausreichend, um trennscharf und korrekt antisemitische Israelkritik zu erkennen. Das Existenzrecht Israels beispielsweise wird von einigen ultraorthodoxen Juden aus religiösen Gründen abgelehnt, ohne dass diese im Verdacht stünden, ihre Kritik sei antisemitisch. Auch die Gleichsetzung von israelischer und nationalsozialistischer Politik kann nach Peter Widmann unter bestimmten Bedingungen – zum Beispiel in einer innenpolitischen Debatte in Israel – als rhetorisches Mittel gesehen werden, mit dem keineswegs antisemitische Überzeugungen kommuniziert werden sollen. Zur eindeutigen Klärung ist daher die Beachtung des Kontextes der Aussage unerlässlich. (Widmann 2008:156) Ausgehend von der in dieser Arbeit verwendeten Definition von Antisemitismus wird folglich anhand des Kontextes der Aussage geprüft, ob „damit eine Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder Vernichtung“ ideologisch gerechtfertigt werden soll.

Für die Nutzung der vorgestellten Kriterien von Heyder, Iser und Schmidt spricht indes nicht nur ihre Plausibilität, sondern auch die Betrachtung von Umfrageergebnissen der empirischen Sozialforschung. So lassen sich deutliche Korrelationen nachweisen zwischen der Zustimmung zu NS-vergleichender Israelkritik und der Zustimmung zu klassischen antisemitischen Aussagen. (ausführlich dazu Heyder/Iser/Schmidt 2005:159, auch Widmann 2008:140) Wer also Parallelen zwischen israelischer Politik und den nationalsozialistischen Massenmorden sieht, der neigt auch eher als andere dazu, *die Juden* für zu mächtig und fremdartig zu halten. Der Grund für diesen empirischen Zusammenhang liegt nach Werner Bergmann und Rainer Erb in der Differenz zwischen der persönlichen Einstellung der Personen und dem, was öffentlich gesagt wird und werden kann.

Durch die beschriebene Tabuisierung können die antijüdischen Vorbehalte nicht offen artikuliert werden und äußern sich deswegen mittels einer sogenannten „Umwegkommunikation“, zum Beispiel über in Deutschland nicht tabuisierte Israelkritik. (Bergmann/Erb 1986:225ff.) Für die Äußerung *normaler* Israelkritik hingegen lässt sich ein Zusammenhang mit der Zustimmung zu klassischen antisemitischen Stereotypen nicht nachweisen. (Heyder/Iser/Schmidt 2005:160)

Die Verwendung dieser Strategie durch die NPD erfolgt vor allem aus zwei Gründen: Erstens kann mit dieser „Umwegkommunikation“ auf strafrechtlich nicht bewehrter Weise Antisemitismus geäußert werden, der allerdings bei einem entsprechenden Vorwurf leicht abgestritten werden kann. Dennoch verstehen Anhänger und Sympathisanten den Sinn der Aussagen genau. Zweitens kann auf diese Weise ein populäres Thema – die Kritik an Israel – aufgegriffen und antisemitisch aufgeladen werden, sodass antisemitische Argumente gleichsam unbemerkt in die Diskussion eingebracht werden. (Wetzel 2008:106, Berger 2005:64)

Im Folgenden werden die verschiedenen Strategien zur Kommunikation antisemitischer Israelkritik vorgestellt.

4.3.1 Israelischer Einfluss

Ausgehend von dem tradierten antisemitischen Klischee, die Juden hätten in Deutschland oder weltweit einen zu großen Einfluss und kontrollierten Medien und Politiker, wird auch Israel ein solcher, meist heimlich ausgeübter Einfluss angedichtet. Dabei handelt es sich um die Übertragung klassischer antisemitischer Stereotype von *den Juden* auf Israel und damit, wie gezeigt, um antisemitische Israelkritik. Ziel dieser Strategie ist neben der Artikulation antisemitischer Ressentiments auch – wie schon bei der Unterstellung eines jüdischen Einflusses in Deutschland – die Diskreditierung der deutschen Demokratie oder der Europäischen Union, die nicht souverän, sondern von Israel beeinflusst oder gar kontrolliert seien. Verschiedene Methoden, israelischen Einfluss zu suggerieren, werden nun vorgestellt.

Europa als Büttel Israels

Eine besonders häufige Ausprägung der Strategie, einen übergroßen internationalen Einfluss Israels zu suggerieren, ist die Behauptung, Deutschland oder Europa seien in außenpolitischen Entscheidungen Israel und den Vereinigten Staaten unterworfen und könnten nicht souverän handeln.

So behauptet zum Beispiel der DS-Artikel „Die nächste Befreiung?“ vom September 2005, in dem die Bemühungen des Irans gelobt werden, trotz des internationalen Druckes weiter an seinem Atomprogramm zu arbeiten: „Die EU hat sich mit ihrer Pseudo-Vermittlerrolle in sattsam bekannter Weise zum Büttel der Regime in den USA und Israel gemacht, denen die unabhängige Regierung des Iran seit langem ein Dorn im Auge ist.“. Der anonym verfasste Artikel unterstellt, dass nicht europäisches Eigeninteresse, sondern Gehorsam gegenüber den USA und Israel zur Entscheidung der EU führte. Dass dies „in sattsam bekannter Weise“ geschehen sei, verdeutlicht die Überzeugung des Autors, dass es sich dabei keinesfalls um einen Einzelfall handelt. Zusätzlich hat der Terminus „Büttel“ einen eher abwertenden Beiklang.¹⁰⁵

Um den Umgang mit dem Iran und seinem Atomprogramm geht es auch in der Pressemitteilung „EU-Sanktionen gegen Iran sind Bruch des Völkerrechts!“ vom 24. Juni 2008. In dem von Arne Schimmer verfassten Artikel wird ausführlich der NPD-Fraktionsvorsitzende in Sachsen, Holger Apfel, zitiert, der darzulegen versucht, warum seiner Ansicht nach die internationale Politik gegenüber dem Iran allein Israels Interessen dient. Diesen Interessen unterwerfe sich die Europäische Union, so Apfel weiter. Er folgert: „Dass die EU-Regierungschefs in sklavischer Unterwürfigkeit diese im Sinne des Völkerrechts kriminellen Machenschaften mit eigenen Sanktionen unterstützen, muss jeden Europäer beschämen.“ Wiederum wird mit einer abwertenden Formulierung – „sklavischer Unterwürfigkeit“ – die außenpolitische Entscheidung der Staaten der Europäischen Union als von Israel bestimmt kritisiert.¹⁰⁶

¹⁰⁵ „Die nächste Befreiung?“, DS 9/2005, S. 18.

¹⁰⁶ Arne Schimmer: „EU-Sanktionen gegen Iran sind Bruch des Völkerrechts!“, 24.06.2008, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=1301.

Zwei abwertende Formulierungen werden auch in der Pressemitteilung „Abschiebestaat statt Überwachungsstaat!“ vom 22. August 2006 genutzt, um den vermeintlichen Einfluss Israels auf die deutsche Politik darzustellen. Jürgen Gansel berichtet darin über den versuchten Anschlag auf zwei Nahverkehrszüge in Köln durch die sogenannten Kofferbomber. Zum Motiv der Attentäter schreibt er: „Youssef M. wollte die Deutschen in blutige Haftung für eine israel-hörige Außenpolitik nehmen, die sie doch gar nicht wollen, obwohl sie unentwegt schwarz-rote Israel-Vasallen in die Regierung wählen.“ Die Formulierungen „israel-hörige Außenpolitik“ sowie „Israel-Vasallen“ sind dabei nicht nur wiederum abwertend, sondern artikulieren auch deutlich die Behauptung, Israel würde die deutsche Außenpolitik bestimmen – ein „Vasall“, der noch dazu „hörig“ ist, führt die Befehle seines Herrn aus.¹⁰⁷

Etwas weniger offensichtlich taucht der Vorwurf auch in dem bereits erwähnten DS-Artikel „Der Bomber“ vom September 2006 auf, in dem Andreas Molau massive Kritik an Israels Einmarsch im Libanon übt. Gegen die – von der NPD abgelehnte – Überlegung, deutsche Soldaten zur Friedenssicherung an der israelisch-libanesischen Grenze zu stationieren, habe der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert keine Einwände. Molau schreibt dazu: „Ich habe Kanzlerin Merkel mitgeteilt, dass wir absolut kein Problem haben mit deutschen Soldaten im Südlibanon“, diktierte Olmert der Regierung ins Regiebuch.“ Dass der israelische Ministerpräsident dies der Kanzlerin „diktierte“, impliziert, dass er die deutsche Außenpolitik stärker mitbestimmt, als das eigentlich der Fall sein sollte.¹⁰⁸

Israel kontrolliert die US-Außenpolitik

Die Strategie, einen übergroßen israelischen Einfluss in der Welt zu suggerieren, bedient sich auch der Behauptung, die (Außen-)Politik der Vereinigten Staaten werde

107 „Jürgen Gansel: „Abschiebestaat statt Überwachungsstaat“, 22.08.2006, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=467.

108 Andreas Molau: „Der Bomber“, DS 9/2006, S. 2.

von Israel maßgeblich beeinflusst oder gar kontrolliert.¹⁰⁹ Dazu werden im Folgenden Beispiele vorgestellt.

Offen behauptet diesen Einfluss Jürgen Rieger, Mitglied im Bundesvorstand der NPD, in seinem DS-Artikel „Die Wahl der richtigen Partner“ vom September 2006. Der so bezeichnete „außenpolitische Sprecher“ der Partei schreibt darin über mögliche Bündnispartner für Deutschland: Italien zum Beispiel habe sich in der Vergangenheit nicht als bündnistreu erwiesen und scheide darum aus, die Briten hätten den Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland begonnen und seien daher ebenfalls ungeeignet. Gegen ein Bündnis mit den USA argumentiert Rieger folgendermaßen: „Die Außenpolitik der USA wird in Tel Aviv gemacht. Angesichts der von jüdischen Kreisen weltweit gegen Deutschland und das deutsche Volk betriebenen Hetze sind die USA als Bündnispartner mithin mehr als zweifelhaft.“ Die offen geäußerte Behauptung, Israel bestimme die Außenpolitik der USA, bedarf in diesem Zusammenhang keiner weiteren Erläuterung.¹¹⁰

Um die US-Außenpolitik geht es auch in dem DS-Artikel „Der zahnlose Tiger vom East-River“ vom Dezember 2006, in dem Gerd Sudholt über Geschichte und Probleme der Vereinten Nationen berichtet. Dabei geht der Autor auch auf die Nahostpolitik der USA ein, die während der Suezkrise 1956 noch neutral gewesen sei. „Seitdem jedoch hat sich die US-Nahostpolitik ins Schlepptau der israelischen Außenpolitik nehmen lassen“. Auch diese Unterstellung, die USA würden ihre Politik nach Israel richten, impliziert einen übergroßen israelischen Einfluss.¹¹¹

Ein weiteres Beispiel findet sich in dem DS-Artikel „Für die Demokratie oder Israel?“ vom März 2005. Richard Savarese schreibt in diesem Artikel über „die Hintergründe“ des Irakkrieges und behauptet unter Zuhilfenahme zusammenhangsloser Zitate vorgeblich respektabler Persönlichkeiten, dass es allein um die Interessen Israels gegangen sei. Er schlussfolgert: „Amerika kontrolliert als einzige Supermacht die Welt, und die israelische Lobby kontrolliert Amerika.“ Auch wenn der Artikel teilweise Juden und Israel synonym verwendet, so scheint es sich bei

109 Die Feststellung, dass jüdische US-Bürger über – im amerikanischen System vorgesehene – Lobbyarbeit eine israelfreundliche Außenpolitik befördern wollen, hat nichts mit den hier vorgestellten Unterstellungen der NPD zu tun, Israel kontrolliere diese Politik.

110 Jürgen Rieger: „Die Wahl der richtigen Partner“, DS 3/2007, S. 23.

111 Gerd Sudholt: „Der zahnlose Tiger vom East-River“, DS 12/2006, S. 20.

dieser Formulierung doch zumindest auch um einen Beleg dafür zu handeln, dass die NPD einen übergroßen israelischen Einfluss auf die Politik der Vereinigten Staaten zu unterstellen versucht.¹¹²

Als letztes Beispiel sei hier auf die Wortschöpfung „Usrael“ (auch „USrael“) hingewiesen, die eine Symbiose der Worte USA und Israel darstellt und eine Symbiose der beiden Staaten impliziert. So heißt beispielsweise ein DS-Artikel von Andreas Wesserle vom September 2006 über die US-Außenpolitik „Usrael und König Kroisos“. Damit wird unterstellt, dass Israel oder für Israel eintretende Juden die Vereinigten Staaten beherrschten und so die Außenpolitik beider Länder gleich sei, weshalb man von der Außenpolitik „Usraels“ sprechen könne.¹¹³

4.3.2 NS-vergleichende Israelkritik

Wie schon mehrfach erwähnt, ist das Gedenken an die verbrecherische Geschichte des Nationalsozialismus in der deutschen Öffentlichkeit für die NPD überaus hinderlich. Neben den bereits vorgestellten Strategien bietet sich eine weitere Möglichkeit, deutsche Verbrechen in den Hintergrund zu drängen oder zu relativieren mit der Behauptung, Israel würde sich heute genauso verhalten wie die Nationalsozialisten damals. Dies relativiert zunächst die deutschen Verbrechen, da scheinbar ähnlich schlimme Verbrechen auch von anderen begangen werden; die vermeintlichen jüdischen¹¹⁴ Täter sind für diese Strategie aber aus zwei Gründen besonders geeignet: Erstens erscheinen auf dem Holocaust beruhende „Forderungen“ jüdischer Personen oder Organisationen nach Erinnerung oder Entschädigung vollkommen illegitim, wenn Israel selbst solche Verbrechen begeht (Widmann 2008:155); zweitens – so das Kalkül – erscheint die massenhafte Ermordung einer Gruppe weniger schlimm, wenn diese Gruppe selber Massenmorde begeht. Der Hinweis auf jüdische Konzentrationslager soll die deutschen damit zumindest

112 Richard Savarese: „Für die Demokratie oder Israel?“, DS 3/2005, S. 19.

113 Andreas Wesserle: „Usrael und König Kroisos“, DS 9/2006, S. 24.

114 Nicht nur in der NPD-Rhetorik werden „jüdisch“ und „israelisch“ häufig synonym verwendet, und Begriffe wie „Judenstaat“ machen deutlich, dass die NPD Juden meint, wenn sie Israel sagt.

teilweise rechtfertigen. (Vgl. Bergmann/Heitmeyer 2005:227) Das Ziel dieser Strategie ist folglich eindeutig antisemitisch.

Des Weiteren treffen entsprechende Aussagen auf große Zustimmung in der Bevölkerung. Wie in Kapitel 2.6 dargestellt, stimmten über die Hälfte der Befragten dem Satz zu: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“ Da alle demokratischen Parteien in Deutschland solche Aussagen zumindest offiziell ablehnen, kann sich die NPD in diesem Punkt als die Partei darstellen, welche als einzige die Meinung des Volkes vertritt. Beispiele für die Strategie, Israel mithilfe von NS-Vergleichen zu kritisieren, werden im Folgenden vorgestellt.

In dem DS-Artikel „Keine politische Verwertung, bitte!“ vom April 2007 kritisiert Andreas Molau Avner Shalev, den Leiter der Gedenkstätte Yad Vashem. Dieser hatte den Vergleich eines deutschen Bischofs zwischen der Situation in den besetzten Gebieten und der im Warschauer Ghetto zurückgewiesen. Molau kommentiert: „Natürlich. Die israelischen Freiluft-KZs, in das (*sic!*) die Palästinenser eingesperrt sind, sind wahre Erholungsheime.“ Mit der Behauptung, Israel würde die Palästinenser in Konzentrationslager sperren, ist die Gleichsetzung israelischer und nationalsozialistischer Politik für den Leser offensichtlich.¹¹⁵

Etwas weniger direkt fällt die Gleichsetzung im DS-Artikel „China und Ölpipelines im Visier“ vom April 2006 aus. Safet Babic beschreibt darin die Neuausrichtung der NATO nach dem Ende des Kalten Krieges. Zur Idee, die EU stärker in die NATO einzubinden, schreibt Babic: „Schon jetzt übernimmt die EU weltweit Handlangerdienste für die USA. Sei es mit dem anhaltenden Engagement in Kambodscha, jährlich 500 Millionen Euro für die Palästinenser als Kompensation für die von den USA gestützte Vernichtungspolitik Israels, rund 330 Millionen Euro für die ‚Demokratisierung‘ des Kongo oder immerhin zwei Millionen Euro für einen ‚objektiven‘ Radiosender für Weißrussland.“ Auch wenn das Wort „Vernichtungspolitik“ nicht so eindeutig besetzt ist wie „KZs“, so ist es doch leicht mit dem nationalsozialistischen Völkermord zu assoziieren, da es in diesem

115 Andreas Molau: „Keine politische Verwertung, bitte!“, DS 4/2007, S. 2.

Zusammenhang häufig benutzt wird.¹¹⁶ Der Artikel unterstellt folglich, Israels Politik sei mit jener der Nationalsozialisten äquivalent.¹¹⁷

Mit der gleichen Formulierung unterstellt dieses auch der DS-Artikel „Kleine Geister“ vom April 2006. Darin kritisiert Rita Hoffmann detailliert auf vielen verschiedenen Politikfeldern das Vorgehen der großen Koalition. Beim Thema Außenpolitik kommentiert die Autorin unter anderem die Politik gegenüber den Palästinensern: „Entweder die Palästinenser erduldeten demütig die Vernichtungspolitik Tel Avivs, dann bekämen sie von Berlin auch weiterhin Almosen. Lehnten sie sich jedoch gegen ihre Besatzer auf, dann gäbe es keinen Cent mehr, so die erpresserische Botschaft.“ Wiederum dient die Charakterisierung des israelischen Vorgehens als „Vernichtungspolitik“ der impliziten Gleichsetzung dieser mit der Politik der Nationalsozialisten.¹¹⁸

Ein weiteres Beispiel findet sich in dem anonym in der Rubrik „Weltgeschehen“ veröffentlichten DS-Artikel „Gute Antisemiten“ vom März 2005. In diesem wird über ein Interview mit Israel Singer berichtet, der als „Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses“ bezeichnet wird. Das Ende des kurzen Artikels lautet: „Was Singer nicht ankündigte: Die Beendigung der ‚rassistischen‘ Bevölkerungspolitik Israels, die auch heute noch à la Nürnberg höchsten Wert auf biologische Reinhaltung legt.“ Die Gleichsetzung der angeblich rassistischen israelischen Bevölkerungspolitik mit den sogenannten Nürnberger Rassengesetzen ist dabei ein weiterer Beleg für den Versuch, die früheren Opfer als heutige Täter darzustellen, die sich derselben Methoden bedienten wie die Nationalsozialisten.¹¹⁹

116 In der in Kapitel 2.6 vorgestellten Umfrage stimmten über 65 Prozent der Befragten dem Satz zu: „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.“

117 Safet Babic: „China und Ölpipelines im Visier“, DS 4/2006, S. 21.

118 Rita Hoffmann: „Kleine Geister“, DS 4/2006, S. 1 und 4.

119 „Gute Antisemiten“, DS 3/2005, S. 18.

4.3.3 Angebliche Tabuisierung von Israelkritik

Wie erwähnt ist selbst unsachliche oder inhaltlich falsche Kritik an israelischer Politik weder per se antisemitisch noch in Deutschland tabuisiert. Sie kann im Gegenteil fast täglich in deutschen Medien in irgendeiner Form gefunden werden, ohne dass sich jemand daran stören würde.¹²⁰ Gerade in rechtsextremen Kreisen wird die contrafaktische Behauptung, man dürfe Israel nicht kritisieren, dennoch systematisch vorgebracht. Peter Widmann führt für eine solche Strategie drei Gründe an (Widmann 2008: 142):

1. Die Behauptung, jegliche Israelkritik werde als Antisemitismus diffamiert, delegitimiert den Antisemitismusvorwurf auch für die Fälle, in denen er berechtigt ist. Durch die – angebliche – Inflationierung des Vorwurfs verliert er seine Wirkung und wird letztlich unglaubwürdig, auch weil er in vielen Fällen offensichtlich nicht stimmt. Letztlich soll mit dieser Behauptung demnach die Tabuisierung antisemitischer Aussagen insgesamt abgeschwächt werden. (Vgl. dazu auch Bergmann/Heitmeyer 2005:227)
2. Da der Behauptung, man dürfe Israel nicht kritisieren, paradoxerweise meist massive Israelkritik folgt, kann sich der Sprecher oder Autor als mutiger Tabubrecher darstellen, der sich traut, gegen das – selbst konstruierte – Verbot zu verstoßen und die Meinung der schweigenden Mehrheit zu artikulieren, obwohl er dafür mit dem unberechtigten, aber schwerwiegenden Vorwurf des Antisemitismus' belegt wird.
3. Der Behauptung liegt die Vorstellung zugrunde, dass mächtige, vermutlich jüdische Hintermänner die Grenzen des Sagbaren festlegen und einen entsprechenden Einfluss auf Politiker und Medien ausüben können, um jegliche Kritik an Israel zu tabuisieren. Die Behauptung lässt sich also auch selbst antisemitisch aufladen.

Nach Widmann hat die Strategie, ein umfassendes Kritikverbot an Israel zu unterstellen, folglich sowohl eine antisemitische Konnotation als auch ein antisemitisches Ziel. Im Folgenden wird daher dargestellt, wie die NPD sich diese Strategie zunutze zu machen sucht.

120 Für eine kritische Betrachtung zahlloser Beispiele siehe Jäger/Jäger 2003.

In dem DS-Artikel „In der Schweigespirale gefangen“ vom Oktober 2006 nimmt Rita Hoffmann die Diskussionen um das Geständnis von Günter Grass, bei der Waffen-SS gewesen zu sein, zum Anlass, auch über die vermeintlich eingeschränkte Meinungsfreiheit in Deutschland zu schreiben. Sie behauptet: „Ein kritisches Wort über den Staat Israel oder ein gutes Wort über einen Soldaten des Zweiten Weltkrieges – und der Betreffende wird noch heute politisch isoliert, moralisch degradiert und seiner beruflichen Existenz beraubt.“ Die aufgezählten dramatischen Folgen für ein „kritisches Wort“ über Israel suggerieren eindeutig die Existenz eines entsprechenden umfassenden Tabus, das jegliche Kritik an Israel sanktioniert.¹²¹

Dass Israelkritik mit Antisemitismus gleichgesetzt werde, unterstellt auch der kurze, anonym veröffentlichte DS-Artikel „Zensor“ vom Februar 2005. Er berichtet, der Deutsche Presserrat habe dem *Oberbayrischen Volksblatt* „eine Rüge wegen des Abdrucks eines angeblich antisemitisch gefärbten Leserbriefes“ erteilt. Als Begründung nennt der Artikel: „Der Verfasser der Zuschrift hatte es gewagt, die israelische Nahost-Politik zu kritisieren.“ Der Deutsche Presserrat, so stellt es der Artikel dar, diffamiert also zu Unrecht harmlose Israelkritik als antisemitisch.¹²²

Mit einem jüdischen Zeugen für diese Behauptung wartet Ernst Moritz in seiner Rubrik „Kopfzeilen & Fußnoten“ in der DS vom März 2007 auf. Er berichtet darin über die Verleihung des Ludwig-Börne-Preises an Henryk Broder durch den „Focus“-Herausgeber Helmut Markwort. Diese Verleihung habe der 1933 aus Deutschland emigrierte jüdische Franzose Alfred Grosser kritisiert: der „Focus“ habe ein mangelndes Verständnis von Pressefreiheit und Markwort sei deswegen als Juror ungeeignet. Zur Begründung für diesen Vorwurf wird Grosser vom Autor direkt zitiert mit den Worten: „In einer Rezension, die von der Redaktion angefordert worden war, schrieb ich, dass ein Deutscher heute schnell Gefahr laufe, als Antisemit abgestempelt zu werden, wenn er auf das schlimme Los der Einwohner von Gaza, des Westjordanlands oder Ostjerusalems hinweist. Und ich lobte das Buch ‚Ich will nicht mehr schweigen. Über Recht und Gerechtigkeit in Palästina‘ von Rupert Neudeck, in dem dieser die israelische Besatzungspolitik kritisiert. Wegen dieser Passage durfte die Rezension nicht erscheinen.“ Die zitierte Stelle soll, unabhängig von ihrer

121 Rita Hoffmann: „In der Schweigespirale gefangen“, DS 10/2006, S. 20.

122 „Zensor“, DS 2/2005, S. 5.

inhaltlichen Richtigkeit, die Argumentation der NPD stützen, in der Öffentlichkeit sei Israelkritik tabuisiert und werde als Antisemitismus abgestempelt.¹²³

Ein weiteres Beispiel für diese Strategie findet sich in der Pressemitteilung „Nachhilfe für Frau Knobloch“ vom 30. April 2007. In dem mit „NPD-Pressestelle“ unterzeichneten Artikel wird die Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, kritisiert, da sie gefordert habe, einen NPD-Aufmarsch in Erfurt zu verbieten. Dazu wird Andreas Molau zitiert: „Auch müsste Knobloch erläutern, was an der Programmatik der NPD und in Sonderheit an der 1. Mai Demonstration antisemitisch sei. ‚Für Frau Knobloch genügt vermutlich schon eine Kritik an ihrer Person oder Israels, um als Antisemit zu gelten‘, so Molau.“ Die Behauptung, für das bloße Kritisieren Israels würde man von Charlotte Knobloch als Antisemit diffamiert, unterstellt wiederum, dass man Israel in keiner Weise kritisieren dürfe.¹²⁴

4.4 Antisemitische Kapitalismuskritik

Seit Udo Voigt 1996 Parteivorsitzender der NPD wurde, ist, wie in Kapitel 2.4 dargestellt, Sozialpolitik und damit verbunden die massive Kritik der Globalisierung und des Kapitalismus ein wichtiger, wenn nicht sogar der Hauptbestandteil der Parteistrategie geworden. (Vgl. Stöss 2005:45ff.) Dabei wird die „soziale Frage“ nicht nur rassistisch beantwortet, etwa mit der Forderung, Arbeitsplätze oder eine Kindergelderhöhung nur „ethnisch Deutschen“ zukommen zu lassen, sondern auch antisemitisch aufgeladen. Dies geschieht vor allem mit der – meist codiert geäußerten – Unterstellung, die den internationalen Kapitalismus beherrschenden Kräfte seien Juden. Diese *jüdischen Hintermänner* würden, so die „Argumentation“ der Partei, ihre aus der Kontrolle des Kapitalismus erwachsende enorme politische und wirtschaftliche Macht einsetzen, um vor allem die Ziele *der Juden* zu verfolgen und Deutschland zu unterdrücken, damit es sich diesen Zielen nicht in den Weg stellen könne. An dieser Erfindung – eine jüdische Verschwörung mit dem Ziel, durch die

123 Ernst Moritz: „Kopfzeilen & Fußnoten“, DS 3/2007, S. 18.

124 „Nachhilfe für Frau Knobloch“, 30.04.2007, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=797.

Kontrolle des internationalen Kapitalismus die Weltherrschaft zu erlangen – wird auch deutlich, dass die vermeintliche Kapitalismuskritik der NPD sich nicht gegen den Kapitalismus als solchen richtet. Abgelehnt wird lediglich ein angeblich jüdischer, destruktiver und international agierender Kapitalismus, vor dem deutsche Firmen und Banken vom Staat geschützt werden müssten – bei der vorgeblichen Kapitalismuskritik handelt es sich demnach vor allem um nationalistische und antisemitische Propaganda.

Für die Partei besonders erfolgversprechend erscheint diese Strategie, da sie an in der Bevölkerung verbreitete Ängste vor einer globalisierten Wirtschaft und der damit verbundenen Deprivation anknüpfen kann. Dabei bietet sie den Menschen eine einfache Erklärung komplexer Zusammenhänge und liefert durch ein – altbekanntes – Feindbild einen klar benennbaren Verantwortlichen: die Juden. Damit kann sie an das antisemitische Klischee anknüpfen, die Juden hätten einen übergroßen Einfluss in der internationalen Finanzwelt. So kann mit dieser Strategie einerseits ein vorhandener antisemitischer Vorbehalt verstärkt sowie andererseits ein populäres Thema mit Antisemitismus unterfüttert werden, um diesem so zu mehr Akzeptanz zu verhelfen. Die verschiedenen Methoden, diese Strategie zu verfolgen, werden im Folgenden vorgestellt.

Der Einfluss der Ostküste

Eine in rechtsextremen Kreisen beliebte und daher leicht verstandene Chiffre für den vermeintlichen Weltherrschaftsanspruch eines international agierenden Judentums ist „die Ostküste“ (auch „US-Ostküste“). Sie steht sowohl für den wirtschaftlichen Einfluss der Juden mit der Kontrolle der Wall Street in New York, als auch für ihren politischen Einfluss mit der Kontrolle der US-Regierung in Washington. (Bergmann 2005:27, Rensmann 2004:81, Benz 2008:189) Im Folgenden werden Beispiele für die Nutzung dieser Chiffre durch die NPD dargestellt.

In dem DS-Artikel „Ein Globalist lässt die Hosen runter“ vom Juni 2007 geht es um den wirtschaftlichen Einfluss *der Juden*. Safet Babic nimmt die Affäre um den Präsidenten der Weltbank, Paul Wolfowitz, der seine Geliebte zu unrecht befördert haben soll, zum Anlass, um den IWF und die Weltbank ebenso scharf wie unsachlich zu kritisieren: „Beide Organisationen sind Schrittmacher der Globalisierung und

vertreten aggressiv die amerikanische Außenpolitik, obwohl Japan und die BRD wie so oft die Zahlmeisterrolle übernehmen müssen.“ Wer diese „Schrittmacher der Globalisierung“ seiner Meinung nach kontrolliert, macht Babic deutlich, wenn er über die Gründe für Wolfowitz' Berufung vor zwei Jahren schreibt: „Der ‚Architekt des Irakkrieges‘ ist zwar kein Finanzexperte, dafür aber Politologe und bestens vertraut mit der US-Ostküste.“ Dass die Vertrautheit mit der „US-Ostküste“ ein Berufungskriterium für den Posten des Weltbankchefs sei, lässt deutlich werden, was der Autor implizieren will: den vermeintlichen Einfluss der Juden.¹²⁵

In einem anonym unter dem Titel „Vater Staat als Selbstabwickler“ verfassten DS-Artikel vom April 2007, in dem es um die Probleme von Privatisierung und Liberalisierung und den Kontrollverlust des Staates geht, findet sich die Bezeichnung von IWF, WTO und Weltbank als „die mit der US-Ostküste verwobenen Eine-Welt-Organisationen“. Hier wird, versteht man „US-Ostküste“ als Synonym für ein international agierendes Judentum, der Einfluss der Juden auf drei für die Weltwirtschaft sehr wichtige Institutionen unterstellt.¹²⁶

Um den politischen Einfluss der „Ostküste“ geht es in dem DS-Artikel „Inszenierte Revolten“ vom April 2005. Kai Janssen schreibt darin über die sogenannte „Zedernrevolution“ im Libanon und argumentiert, von dem geforderten Abzug syrischer Truppen aus dem Land würde ausschließlich Israel profitieren. Daher ist es für Janssen naheliegend, dass jüdische Drahtzieher für die Ereignisse verantwortlich sind. Er fragt: „Soll es nach dem Willen der amerikanischen Ostküste nach dem Niederzwingen Serbiens, der ‚orangenen Revolution‘ in der Ukraine nun auch eine ‚Zedernrevolution‘ im Libanon geben?“ Mit der Behauptung, die „Ostküste“ stecke hinter den genannten Ereignissen, suggeriert der Autor einen erheblichen Einfluss der Juden auf die Weltpolitik.¹²⁷

125 Safet Babic: „Ein Globalist lässt die Hosen runter“, DS 6/2007, S. 23.

126 „Vater Staat als Selbstabwickler“, DS 4/2007, S. 10.

127 Kai Janssen, „Inszenierte Revolten“, DS 4/2005, S. 18.

Die internationale Hochfinanz

Der selben Funktion wie die Formulierung „US-Ostküste“ dient die Rede von der „internationalen Hochfinanz“. Auch damit soll verschwörungstheoretisch suggeriert werden, jüdische Strippenzieher kontrollierten die internationale Wirtschaft. (Wetzel/Herkommer 2002:15) In der Natur solcher Chiffren liegt es, dass sich die Interpretation schwerlich „beweisen“ lässt, weswegen sie ja überhaupt von den Rechtsextremen verwendet werden. Dass es aber bei der „internationalen Hochfinanz“ tatsächlich um *jüdischen* Einfluss geht, wird auch an den folgenden Beispielen deutlich.

In dem DS-Artikel „Die Schuldneurose“ vom April 2006 schreibt Benedikt Frings über die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland durchgeführte „Umerziehung“ („*Reeducation*“). Dieser gibt er die Schuld daran, dass „die Deutschen“ heute keinen Nationalstolz hätten, ihrer Opfer nicht gedächten, Masseneinwanderung zuließen und ihre eigenen Interessen nicht verträten. Man müsse, so Frings, gegen die „Schuldneurose“ vor allem deswegen vorgehen, „weil diese nach Norman Finkelstein einer Holocaust-Industrie und damit einer kleinen Gruppe von Zionisten/Freimaurern und deren Verbündeten in der Hochfinanz und Großindustrie dient, ihre Weltherrschaftsambitionen durchzusetzen.“ Hier wird die vermeintliche Verbindung zwischen Juden („Zionisten/Freimaurer“) und der „Hochfinanz“ mehr als deutlich: Letztere wird als von Juden zumindest beeinflusst dargestellt. Die Behauptung, dass diese Gruppen gemeinsam nach der Weltherrschaft strebten, verdeutlicht nicht nur die Intention des Autors, sondern ist auch ein gutes Beispiel für das, was meist mit „Hochfinanz“ gemeint wird, aber nicht gesagt werden kann: das international agierende Judentum, dass mit der weltweiten Kontrolle von Politikern, Banken und Medien versucht, die Welt zu beherrschen.¹²⁸

Ein weniger offensichtliches Beispiel, auf diese Art Kapitalismuskritik und Antisemitismus zu verknüpfen, findet sich im DS-Artikel „Das Ende des Turbokapitalismus“ vom November 2008. Der wirtschaftspolitische Sprecher der NPD, Per Lennart Aae, reagiert darin auf die aktuelle Wirtschaftskrise und stellt das NPD-Modell der „raumorientierten Volkswirtschaft“ gegen den aktuellen globalen

128 Benedikt Frings: „Die Schuldneurose“, DS 4/2006, S. 20.

Kapitalismus.¹²⁹ Der Autor behauptet weiter, der internationale Kapitalismus sei Schuld daran, dass „vor allem die Deutschen selbst heute vom Untergang bedroht sind, sozial, kulturell und wirtschaftlich, aber vor allem biologisch.“ Der Bundesregierung, die Aae als „Diener der internationalen Hochfinanz“ bezeichnet, wird vorgeworfen, durch Liberalisierung und Privatisierung diesen Kapitalismus zu unterstützen. Den Grund dafür sieht der Autor wie folgt: „Diese Ziele haben sich die Berliner Koalitionäre also gerade mal vor knapp drei Jahren gesetzt, und zwar gegen die Interessen Deutschlands und eindeutig auch um ihren Herren in Washington und in den Führungsetagen der internationalen Hochfinanz gefällig zu sein.“ Deutlich wird hier versucht, einer kleinen Gruppe die Verantwortung für den Kapitalismus und seine vermeintlich zerstörerische Wirkung zu unterstellen; dass diese Gruppe aus Juden besteht, kann durch die Wortwahl vermutet werden. So wird unter dem Deckmantel vermeintlicher Kapitalismuskritik Antisemitismus verbreitet.¹³⁰

Ähnliches lässt sich auch in Per Lennart Aaes DS-Artikel „Bank am Abgrund“ vom Oktober 2007 finden. Der Autor berichtet darin über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der sächsischen Landesbank und deren Ursachen. Er behauptet, die „SachsenLB“ sei bewusst ruiniert worden, da eine regional verwurzelte Bank nicht in das Konzept der internationalen Kapitalisten passe. Dazu schreibt er: „Die globalistischen Finanz- und Politikader streben eine vollständige Ausschaltung dieses Raumes aus dem politischen Kräftefeld an und damit ein absolutes Machtmonopol der internationalen Hochfinanz.“ Das „Machtmonopol der internationalen Hochfinanz“ weckt dabei nicht zufällig Assoziationen zu einem jüdischem Weltherrschaftsstreben. Eine antisemitische Konnotation ist aber auch deshalb gegeben, weil es dem antisemitischen Klischee zufolge die Juden sind, die als Nomaden, als nirgendwo beheimatete Antination, ein Interesse an der Auflösung der räumlich gebundenen Wirtschaft haben und denen als global agierendes Volk eine globale Wirtschaft gelegen käme.¹³¹

Auch ein drittes Beispiel zu dieser Strategie findet sich bei Per Lennart Aae, diesmal in einem DS-Artikel vom Mai 2008 unter dem Titel „Raumorientierte

129 Hier wird deutlich, dass die vermeintliche Kapitalismuskritik der NPD in Wahrheit nicht gegen das kapitalistische System, sondern nur gegen seine internationale Vernetzung gerichtet ist.

130 Per Lennart Aae: „Das Ende des Turbokapitalismus“, DS 11/2008, S. 6-7.

131 Per Lennart Aae: „Bank am Abgrund“, DS 10/2007, S. 10.

Volkswirtschaft statt kapitalistischer Schwindelökonomie“. Wiederum schreibt er über regional verankerte Banken, die in der Krise zusammenbrechen würden. Er folgert, dass das „dringend benötigte regionale und mittelstandsorientierte Bankensystem ernsthaft, vielleicht sogar irreparabel geschädigt ist.“ Dies sei aber kein Zufall, sondern „diese Schädigung ist sowohl seitens der internationalen Hochfinanz als auch seitens der herrschenden politischen Kräfte gewollt, und zwar deswegen gewollt, weil die betroffenen Banken von der Grundkonzeption her Banken im Sinne des oben beschriebenen regionalen Kapitalkreislaufs sind.“ Wiederum versucht demnach eine international agierende „Hochfinanz“ die raumgebundene Wirtschaft zu zerstören.¹³²

Die jüdischen Kapitalisten

Eine weitere Ausprägung der Strategie, Kapitalismus- und Globalisierungskritik antisemitisch aufzuladen, findet sich in dem Versuch, wirtschaftlich einflussreiche Menschen als *Juden* zu identifizieren. So soll für den Leser der Eindruck entstehen, *die Juden* kontrollierten die internationale Finanzwelt und hätten die wichtigen Positionen besetzt. Kritik am kapitalistischen System und Unmut über dessen vermeintliche Auswirkungen sollen so auch zu Vorbehalten gegen Juden führen. Beispiele dafür werden im Folgenden dargestellt.

Überdeutlich wird diese Strategie in einem DS-Artikel vom Mai 2005 von Thoralf Trenkmann, der die Berufung von Paul Wolfowitz zum neuen Chef der Weltbank zum Anlass nimmt, über den vermeintlichen jüdischen Einfluss in der Weltwirtschaft zu schreiben. Unter dem bezeichnenden Titel „Erbhof jüdischer Kapitalenker“ behauptet der Autor, „die Weltmachtstellung jüdischer Kapitalstrategen – gleich welche Staatsangehörigkeit sie zufällig haben – scheint ihrem weltgeschichtlichen Höhepunkt entgegenzutreiben“. Er nennt Alan Greenspan, den Vorsitzenden der US-Notenbank, Peter Mandelson, den EU-Handelskommissar, und den bisherigen Weltbankchef James Wolfensohn als weitere Beispiele und folgert: „Vier Herren, die über Wohl und Wehe der Weltwirtschaft entscheiden bzw. entscheiden werden, und

¹³² Per Lennart Aae: „Raumorientierte Volkswirtschaft statt kapitalistischer Schwindelökonomie“, DS 5/2008, S. 28.

alle vier Plutokraten sind jüdischer Herkunft.“ Die Frage ist dabei nicht, ob diese Zuschreibungen stimmig sind, sondern, wieso sie – unabhängig von ihrer Richtigkeit – vom Autor für erwähnenswert gehalten werden. Dabei ist es die offensichtliche Intention, auf die vermeintliche „schwindelerregende Überrepräsentanz von Juden in den Entscheidungsetagen des Kapitalismus“ hinzuweisen. Er schlussfolgert: „Deshalb existieren die Erbhöfe der Ostküste in Institutionen der Weltwirtschaft weder zufällig noch sind sie ungefährlich. Hier laufen die Fäden einer völkerfeindlichen Oligarchie zusammen.“ Deutlich wird an diesem Beispiel der Zweck der Strategie, den Kapitalismus als von Juden kontrolliert darzustellen: Die „schwindelerregende Überrepräsentanz“ soll als Gefahr verstanden werden, weil die „Herren“ der Weltwirtschaft als Juden „einer völkerfeindlichen Oligarchie“ angehören.¹³³

Ein ähnliches, jedoch weniger offensichtliches Beispiel findet sich im DS-Artikel „Geldwechsel“ vom Dezember 2005. Darin berichtet Lars Thomsen über „Ben S. Bernanke“, den Nachfolger von Alan Greenspan an der Spitze der US-Notenbank. Es gäbe, so der Autor, „nur wenige Positionen, die eine solche Machtfülle aufweisen“. Mehrfach erwähnt Thomsen die jüdische Herkunft Bernankes. So schreibt er: „Das ‚S.‘ in seinem Namen steht übrigens für ‚Shalom‘.“ Auch behauptet er: „Über die Herkunft der Familie ist in offiziellen Lebensläufen nichts zu finden. Der Name ‚Bernanke‘ taucht jedoch in einem ‚Erinnerungsbuch‘ auf, das frühere jüdische Bewohner der galizischen Stadt ‚Przemysl‘ (Polen) verfasst haben. Dieses Buch enthält eine Liste aller lokalen jüdischen Familiennamen.“ So suggeriert der Autor nicht nur die jüdische Herkunft Bernankes, sondern auch, dass diese geheimgehalten werde. Auch die Unterstellung, der „Gewinner“ von Bernankes zukünftiger Politik wäre „in jedem Fall die US-Hochfinanz, die auf Kosten der übrigen Welt ein glänzendes Geschäft machen würde und ihren Zielvorstellungen ein gutes Stück näher käme“, verdeutlicht, dass der Verweis auf die vermeintlich jüdische Herkunft Bernankes lediglich dazu dienen soll, den Leser vom jüdischen Einfluss auf den internationalen Kapitalismus – und einem damit verbundenen Weltherrschaftsstreben – zu überzeugen.¹³⁴

Ein anderes Beispiel, diese Strategie zu verfolgen, findet sich in dem DS-Artikel „Putin – Hoffnungsträger oder Handlanger des Kapitalismus?“ vom Januar 2005.

133 Thoralf Trenkmann: „Erbhof jüdischer Kapitalenker“, DS 5/2005, S. 2.

134 Lars Thomsen: „Geldwechsel“, DS 12/2005, S. 7.

Darin zieht Alexander Kamkin eine Bilanz der ersten fünf Jahr von Putins Regierungszeit und kommt dabei auch auf den gesunkenen Einfluss der vormals mächtigen, aber immer noch reichen Oligarchen zu sprechen. Dazu schreibt er: „Über 80 % alle Oligarchen sind Juden“. Dass der Autor diese These nicht belegt und sie für den Inhalt des Artikels auch keinerlei Relevanz aufweist, verdeutlicht, dass es wiederum lediglich darum geht, den jüdischen Einfluss auf den Kapitalismus zu implizieren.¹³⁵

Ein weiteres Beispiel, jüdischen Einfluss auf das kapitalistische System zu unterstellen, findet sich im DS-Artikel „Lafontaines Scheinalternative“ vom August 2007. Darin legt der Autor ausführlich dar, warum die Partei Die Linke seiner Ansicht nach weder nationale noch soziale Politik betreiben würde. Die wirklichen (nationalen) Sozialisten seien in der NPD vertreten, deren Grundüberzeugung er am Ende des Artikels darlegt: „Dem ‚Ich‘ der Geldbesitzer muss wieder das ‚Wir‘ der Volksgemeinschaft entgegengestellt werden. Ein Deutscher Sozialismus soll unsere Antwort auf die Shylock-Wirtschaft des Liberalkapitalismus sein!“ Die Anspielung auf Shylock, den skrupellosen jüdischen Geldverleiher in Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig“, scheint hier wiederum geeignet, den – negativ besetzten – „Liberalkapitalismus“ mit dem Judentum in Verbindung zu bringen.¹³⁶ (Vgl. dazu Körte 2008:85ff.)

Ein letztes Beispiel für die Unterstellung eines jüdischen Einflusses auf den Kapitalismus findet sich in der schon erwähnten Pressemitteilung „Frau Knobloch leidet offenbar an Realitätsverlust“ vom 9. Juli 2007. Der „NPD-Bundespressesprecher“ Klaus Beier weist darin von Charlotte Knobloch an der NPD geäußerte Kritik als unberechtigt zurück. Dazu zitiert er den „Generalsekretär der NPD, Peter Marx“, der erklärt, die von Knobloch angeführten Ausschreitungen bei Demonstrationen seien nicht von der NPD ausgegangen, vielmehr hätten „linksextremistische Banden randaliert“. Marx nennt auch den vermeintlichen Grund für Frau Knoblochs Reaktion: „Die Kritik am immer hemmungsloser agierenden Kapitalismus scheint sie wohl nicht vertragen zu können.“ Warum genau die Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland keine Kritik am „immer

135 Alexander Kramkin: „Putin – Hoffnungsträger oder Handlanger des Kapitalismus?“, DS 1/2005, S. 19.

136 „Lafontaines Scheinalternative, DS 8/2007, S. 1-2.

hemmungsloser agierenden Kapitalismus“ verträgt, schreibt der Autor nicht explizit. Die Anspielung aber ist deutlich erkennbar: Als Jüdin hat Charlotte Knobloch ein besonderes Interesse daran, den –*jüdischen*– Kapitalismus zu verteidigen.¹³⁷

137 Klaus Beier: „Frau Knobloch leidet offenbar an Realitätsverlust“, 09.07.07, http://npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=893.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Im letzten Kapitel werden die Ergebnisse der Untersuchung noch einmal kurz zusammengefasst. Anschließend werden die aus diesen Ergebnissen resultierenden weiteren Fragestellungen angesprochen, die Inhalt zukünftiger Arbeiten zu diesem Thema sein könnten.

Wie hier dargestellt wurde, kann der deutsche Rechtsextremismus aus ideologischen und pragmatischen Gründen auf antisemitische Äußerungen nicht verzichten. Die offene Artikulation antisemitischer Vorbehalte ist allerdings in der öffentlichen Kommunikation in Deutschland tabuisiert. Daher wurde in dieser Arbeit analysiert, wie die NPD ihre antisemitischen Überzeugungen in der Öffentlichkeit kommuniziert, ohne sich dabei offen judenfeindlicher Aussagen zu bedienen. Dazu konnten in zahlreichen Pressemitteilungen sowie Artikeln der Parteizeitung antisemitische Aussagen gefunden werden, die zunächst den Antisemitismus der Partei deutlich belegen. Die Frage, ob die NPD trotz der genannten Schwierigkeiten ihre antisemitische Grundüberzeugung nach außen kommuniziert, kann also eindeutig positiv beantwortet werden. Eine genauere Betrachtung der Aussagen offenbarte dabei auch die verschiedenen von der Partei genutzten antisemitischen Strategien. Diese lassen sich, wie gezeigt, grob in vier Gruppen einteilen:

Erstens versucht die NPD auf die Schwierigkeiten des deutschen Rechtsextremismus nach 1945 zu reagieren. Da vor allem die Erinnerung an den Holocaust rechtsextreme und antisemitische Positionen in Deutschland grundlegend diskreditiert hat, befasst sich ein erheblicher Teil der gefundenen Strategien mit dem Versuch, diese Erinnerung zu marginalisieren. Dazu wird der Holocaust mit anderen Verbrechen gleichgesetzt, um seine Bedeutung zu relativieren, seine Existenz und seine Ausmaße werden subtil angezweifelt oder verharmlost, und das Gedenken an das Verbrechen wird zu delegitimieren versucht. Diese Strategien arbeiten teilweise mit antisemitischen Argumenten wie der Erfindung einer jüdischen Verschwörung, sollen aber in jedem Fall die Ächtung von offen antisemitischen Äußerungen infrage stellen und Judenfeindschaft so wieder salonfähig machen. Dies kann allerdings nur geschehen, wenn die öffentliche Erinnerung an den Holocaust in den Hintergrund tritt.

Zweitens versucht die Partei, tradierte antisemitische Stereotype, die – wie Umfragen zeigen – in der Bevölkerung immer noch verbreitet sind, aufzugreifen und

so zu verstärken oder zu aktivieren. Dazu gehören Anspielungen auf die vermeintliche Geldgier der Juden, ihre Fremdartigkeit, ihre Loyalität zu Israel, ihren Einfluss auf die deutsche Politik sowie ihre Kontrolle des internationalen Finanzsystems. Die beiden Hauptziele dieser Strategien sind einerseits die Kenntlichmachung der antisemitischen Position der Partei sowie andererseits die Verbreitung der angesprochenen Stereotypen und damit die Schaffung – oder Festigung – eines negativen Judenbildes in der Bevölkerung. Teilweise haben die Strategien aber noch zusätzliche Funktionen: Während zum Beispiel der behauptete jüdische Einfluss auf die deutsche Politik das demokratische System infrage stellen soll, so schafft oder verstärkt die Darstellung einer angeblichen Fremdartigkeit gleichsam eine Grundvoraussetzung für die Ablehnung von Juden.

Drittens finden sich diese beiden Motive – Reaktion auf den Holocaust sowie Artikulation und Verbreitung antisemitischer Klischees – auch beim israelbezogenen Antisemitismus wieder, den die Partei als nicht oder zumindest deutlich weniger tabuisierte „Umwegkommunikation“ nutzt. Die Gleichsetzung der Judenvernichtung mit der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern soll wiederum deutsche Verbrechen relativieren. Des Weiteren lassen jüdische Täter die damaligen jüdischen Opfer zusätzlich weniger schlimm, vielleicht sogar gerechtfertigt erscheinen. Die Anspielungen auf den vermeintlichen israelischen Einfluss auf die deutsche und europäische Politik sollen ebenso wie vorher der jüdische Einfluss an tradierte Stereotype anknüpfen und das demokratische System infrage stellen. Auch die Erfindung einer jüdischen Lobby, die jegliche Kritik an Israel tabuisiert, dient diesem Zweck. Zusätzlich bietet sich diese Strategie auch deshalb an, weil die Partei sich so als mutige Kämpferin gegen das – selbsterfundene – Tabu darstellen kann. Die Strategien zu einem israelbezogenen Antisemitismus unterscheiden sich in ihren Absichten demnach nicht von den anderen dargestellten Strategien; mit dem vorgeblichen Bezug auf Israel statt auf *die Juden* aber werden die antisemitischen Aussagen subtiler und damit weniger angreifbar – und doch für Gleichgesinnte klar verständlich – getätigt. Alle israelbezogenen Strategien dienen außerdem dazu, ein in breiten gesellschaftlichen Schichten viel diskutiertes und populäres Thema wie Israelkritik mit antisemitischen Argumenten gleichsam zu besetzen und so Judenfeindschaft unbemerkt in die Diskussion einzubringen.

Viertens wird von der NPD auch das mit dem Amtsantritt von Voigt zentral gewordene Thema „Kapitalismuskritik“ antisemitisch unterlegt. Die Ängste der

Menschen vor Globalisierung und Liberalisierung sollen in Judenfeindschaft überführt werden, indem der Kapitalismus als jüdisch kontrolliert dargestellt wird. So wird eine einfache Erklärung für ein komplexes Phänomen angeboten, und wiederum kann an tradierte Ressentiments angeknüpft werden. Exemplarisch zeigt diese Strategie damit den Wandel von den offen revisionistischen und antisemitischen Kampagnen unter dem damaligen Parteivorsitzenden Deckert hin zu den subtileren Strategien unter Voigt: Statt den Antisemitismus offen in den Vordergrund zu stellen, werden andere, populärere Themen mit antisemitischen Argumenten unterlegt.

Die ausführliche empirische Analyse der antisemitischen Kommunikationsstrategien der NPD in dieser Arbeit kann aber nur ein erster – wenn auch wichtiger – Schritt bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Thema sein. Auf viele wichtige Fragen, die sich aus den hier vorgestellten Ergebnissen ergeben, konnte nicht eingegangen werden. Im Folgenden werden einige der wissenschaftlichen Fragestellungen skizziert, deren Bearbeitung aus Sicht des Autors zur Begegnung antisemitischer Strategien wichtig wäre.

1. Um die Bedeutung der antisemitischen Strategien innerhalb der NPD besser beurteilen zu können, müsste geprüft werden, wie häufig diese im Vergleich zu anderen der Partei wichtigen Themen genutzt werden. Der erste Eindruck des Autors bei der Analyse der Quellen, dass zum Beispiel die Stigmatisierung und Abwertung von Menschen nichtdeutscher Herkunft deutlich häufiger anzutreffen ist, müsste in einer entsprechenden Arbeit überprüft werden.
2. Für eine sinnvolle Begegnung der Strategien ist es wichtig, Erkenntnisse über deren Erfolg zu gewinnen. Dabei geht es einerseits um die Frage, ob sie sich für die NPD als Partei positiv auswirken, also tatsächlich ihre Akzeptanz steigern, ihre rechtsextremen Positionen weniger diskreditiert erscheinen lassen, der Partei neue Mitglieder beschern oder gar eine Wahlentscheidung zugunsten der NPD beeinflussen. Andererseits müsste geklärt werden, inwieweit diese Strategien die Verbreitung antisemitischer Klischees fördern und festigen. Beides erscheint aber schwierig, da solch komplexe Vorgänge wie Wahlentscheidungen oder die Entstehung von Antisemitismus keinesfalls monokausal erklärt und nur sehr begrenzt überhaupt gemessen werden kann.
3. Damit verbunden ist auch die Frage, inwieweit die Intentionen der Strategien von den Menschen überhaupt verstanden werden. Während die Behauptung, *die Juden* würden die führenden Positionen in der Weltwirtschaft besetzen,

vermutlich leicht verständlich ist, kann die Rede von der „Shylock-Wirtschaft“ nur dann als antisemitisch verstanden werden, wenn die Figur des Shylock zumindest rudimentär bekannt ist. Durch eine genauere Differenzierung des Erfolgspotentials der einzelnen Strategien könnten dann die entsprechenden Reaktionen bei den potentiell gefährlichsten Strategien ansetzen.

4. Mit einer breiter angelegten Untersuchung müsste schließlich auch geklärt werden, ob und wie sich die Verwendung antisemitischer Strategien durch die NPD mit der Zeit gewandelt hat und weiter wandelt. Entsprechende Erkenntnisse könnten einerseits mögliche parteiinterne Entwicklungen aufzeigen und andererseits dabei helfen, zukünftige Entwicklungen früher zu erkennen.

Die vorliegende Arbeit bietet aber nicht nur Anknüpfungspunkte für weitere wissenschaftliche Untersuchungen. Da nach Meinung des Autors antisemitischen Einstellungen in der Gesellschaft konsequent begegnet werden muss, erscheint es wichtig, nicht nur wissenschaftliche, sondern auch praktische Fragestellungen an die Ergebnisse dieser Arbeit anzuschließen. Daher sollten nach Meinung des Autors die hier gewonnenen Erkenntnissen über die Strategien der NPD in die Entwicklung entsprechender Gegenmaßnahmen einfließen. Ein wichtiger Ansatzpunkt dafür muss die Bildungsarbeit sein: Werden schon Jugendliche für solche Strategien sensibilisiert, sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Erfolg haben. Damit ist allerdings nicht gemeint, dass der Sozialkundelehrer über antisemitische Kommunikationsstrategien doziert. Vielmehr muss es darum gehen, den Schülern selbst die Mittel in die Hand zu geben, die Absicht hinter entsprechenden Äußerungen zu durchschauen. Konkret könnte das zum Beispiel bedeuten, dass im Geschichtsunterricht nicht immer alle Ereignisse in chronologischer Abfolge dargestellt werden, sondern, dass einzelne Themenkomplexe ausführlich – und wenn möglich fächerübergreifend – behandelt werden. In einem möglichen Themenblock „Genozid“ könnte dann beispielsweise der Holocaust neben anderen aktuellen und historischen Genoziden untersucht werden, um die Schüler selbst Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausfinden zu lassen. Gerade der Relativierung und der Verharmlosung des Holocausts könnte so begegnet werden. Auch der Nahostkonflikt würde sich für ein solches themenzentriertes Unterrichtsmodell eignen, da auf diese Weise nicht nur die Ursachen und der historische Verlauf des Konfliktes behandelt werden könnten, sondern im Deutschunterricht beispielsweise auch die Berichterstattung über den Konflikt in den

deutschen Medien und die Frage, warum bestimmte Formen der Kritik an Israel als problematisch angesehen werden müssen. Schließlich könnten in höheren Klassenstufen bei ausreichender Vorbereitung auch Artikel der „Deutschen Stimme“ oder ähnliche rechtsextreme Texte gelesen und von den Schülern analysiert werden, damit sie den versteckten Antisemitismus selbst zu durchschauen lernen.

Die Grundlage aber für alle weiteren wichtigen Fragestellungen zu den antisemitischen Kommunikationsstrategien der NPD bildet die exakte Kenntnis über ihre Absichten und Ausprägungen. Genau dazu hat die vorliegende detaillierte Analyse beigetragen. Rechtsextremer Antisemitismus, das zeigen die Ergebnisse deutlich, ist mitnichten nur noch „ein Fall für die Polizei und das örtliche Amtsgericht“ oder „politisch irrelevant, ein Nachruf auf sich selbst“, wie es der in der Einleitung zitierte Henryk Broder formuliert hatte. Im Gegenteil: Wachsamkeit bleibt bei diesem Thema weiterhin geboten.

6 Literaturverzeichnis

Anti-Defamation League (2005) (Hg.): *Attitudes Toward Jews in Twelve European Countries*, New York.

Bailer, Brigitte (1995): Anschreiben gegen die Leugner. Neue Literatur zum Thema „Revisionismus“, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 287-300.

Bauer, Yehuda (1992): Vom christlichen Judenhass zum modernen Antisemitismus – ein Erklärungsversuch, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 77-90.

Benz, Wolfgang (1995): Realitätsverweigerung als antisemitisches Prinzip. Die Leugnung des Völkermordes, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*, München: dtv, S. 121-139.

Benz, Wolfgang (1996): *Feindbild und Vorurteil. Beiträge über Ausgrenzung und Verfolgung*, München: dtv.

Benz, Wolfgang (2002): Antisemitismusforschung als Vorurteilsforschung, in: Benz, Wolfgang/Königseder, Angelika: *Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung*, Berlin: Metropol, S. 15-21.

Benz, Wolfgang (2004): *Was ist Antisemitismus?*, München: C.H. Beck Verlag.

Benz, Wolfgang (2005): Antisemitismus im rechtsextremen Spektrum, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 62-71.

Benz, Wolfgang (2006): *Ausgrenzung. Vertreibung. Völkermord. Genozid im 20. Jahrhundert*, München: dtv.

Benz, Wolfgang (2008): Antisemitismus im rechtsextremen Spektrum, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*, Berlin: Metropol Verlag, S. 181-196.

Berger, Henrik (2005): Antisemitismus im Rechtsextremismus – zwischen subtiler Anspielung und offenem Hass, in: Bundesministerium des Inneren (Hg.): *Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs. Publikation der Vorträge des Symposiums des Bundesamtes für Verfassungsschutz am 5. Dezember 2005*, Berlin, S. 54-73.

Berger Waldenegg, Georg Christoph (2000): Antisemitismus: eine gefährliche Vokabel? Zur Diagnose eines Begriffes in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 108-126.

Bergmann, Werner (1995): Antisemitismus in öffentlichen Konflikten 1949-1994, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*, München: dtv, S. 64-88.

Bergmann, Werner (1996): Antisemitismus-Umfragen nach 1945 im internationalen Vergleich, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 172-195.

Bergmann, Werner (1997): *Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989*, Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Bergmann, Werner (2001): Die Judenfrage als Prüfstein der Demokratie, in: Graml, Hermann (Hg.): *Vorurteil und Rassenhass. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas*, Berlin: Metropol, S. 347-373.

Bergmann, Werner (2002): Die Beobachter beobachten. Zur Einschätzung des Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Benz, Wolfgang/Königseder, Angelika: *Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung*, Berlin: Metropol, S. 31-39.

Bergmann, Werner (2005): Antisemitismus im Rechtsextremismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/2005, S. 23-30.

Bergmann, Werner (2008): Antisemitismus: Erscheinungen und Motive der Judenfeindschaft, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*, Berlin: Metropol Verlag, S. 9-22.

Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1986): Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 38, S. 223-246.

Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1991): *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Sozialforschung von 1946-1989*, Opladen: Leske und Budrich.

Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1995): Wie antisemitisch sind die Deutschen? Meinungsumfragen 1945-1994, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*, München: dtv, S. 47-63.

Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1998): Sozialwissenschaftliche Methoden in der Antisemitismusforschung. Ein Überblick, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 103-120.

Bergmann, Werner/Heitmeyer, Wilhelm (2005): Antisemitismus: Verliert die Vorurteilsrepression ihre Wirkung?, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 3*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 224-238.

Berinsky, Adam (1999): The Two Faces of Public Opinion, in: *American Journal of Political Science* 43/1999, S. 1209-1230.

Broder, Henryk (2005): *Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls*, Berlin: BvT.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2002) (Hg.): *Die Bedeutung des Antisemitismus im aktuellen deutschen Rechtsextremismus*, Köln.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2005) (Hg.): *Argumentationsmuster im Rechtsextremistischen Antisemitismus. Aktuelle Entwicklungen*, Köln 2005.

Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2008) (Hg.): *Verfassungsschutzbericht 2007. Vorabfassung*, Berlin.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2005): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/2005, S. 8-17.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2008): *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Erb, Rainer (1995): Gesellschaftliche Reaktionen auf Antisemitismus, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*, München: dtv, S. 217-230.

Erb, Rainer/Klärner, Andreas (2005): Antisemitismus zur weltgeschichtlichen Sinnstiftung. Horst Mahler vor Gericht, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 111-134.

Flemming, Lars (2007): Vom „Aufstand der Anständigen“ zum „Aufstand der Unfähigen“. Das NPD-Verbotsverfahren 2001-2003, in: Jesse, Eckhard/Niedermeier, Hans-Peter (Hg.): *Politische Extremismus und Parteien*, Berlin: Duncker und Humblot, S. 67-87.

Graml, Hermann (1995): Zur politisch-kulturellen Tradition des Antisemitismus in Deutschland, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*, München: dtv, S. 15-24.

Heil, Johannes (1997): „Antijudaismus“ und „Antisemitismus“. Begriffe als Bedeutungsträger, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 92-114.

Heil, Johannes (2008): Religion und Judenfeindschaft. Historische und gegenwärtige Aspekte, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*, Berlin: Metropol Verlag, S. 23-48.

Heitmeyer, Wilhelm (2005) (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 3*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (2008) (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 6*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heyder, Aribert/Iser, Julia/Schmidt, Peter (2005): Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 3*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 144-170.

Holz, Klaus (2005): Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, in: Bundesministerium des Inneren (Hg.): *Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs. Publikation der Vorträge des Symposiums des Bundesamtes für Verfassungsschutz am 5. Dezember 2005*, Berlin, S. 30-53.

Holz, Klaus (2008): Gemeinschaft und Identität. Über den Zusammenhang nationaler und antisemitischer Semantiken, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*, Berlin: Metropol Verlag, S. 197-218.

Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete (2003): *Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus*, Münster: Lit.

Jesse, Eckhard (2005): Das Auf und Ab der NPD, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/2005, S. 31-38.

Kauders, Anthony (2008): Die westdeutschen Juden und der Staat Israel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 17/2008, S. 33-38.

Kloke, Martin (2008): Antisemitismus und Antizionismus von links, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*, Berlin: Metropol Verlag, S. 159-179.

Königseder, Angelika (2002): Rechtsextreme Parteien in Deutschland. Ein Überblick, in: Benz, Wolfgang/Königseder, Angelika: *Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung*, Berlin: Metropol, S. 291-297.

Körte, Mona (2008): Judenfiguren in der Literatur. Shylock, Ewiger Jude, Jüd Süß, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*, Berlin: Metropol Verlag, S. 83-102.

Langmuir, Gavin (1990): *Toward a Definition of Antisemitism*, Berkeley: The University of California Press.

Laqueur, Walter (2008): *Gesichter des Antisemitismus. Von den Anfängen bis heute*, Berlin: Propyläen.

Lenk, Kurt (2005): Rechtsextreme „Argumentationsmuster“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/2005, S. 17-22.

Mertens, Lothar (1993): Staatlich propagierter Antizionismus. Das Israelbild der DDR, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 139-153.

- Pfahl-Traughber, Armin (2002): *Antisemitismus in der deutschen Geschichte*, Opladen: Leske und Budrich.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. aktualisierte Auflage, München: C.H.Beck.
- Pfahl-Traughber, Armin (2007): Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 31/2007, S. 4-11.
- Pohl, Dieter (2003): *Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933 – 1945*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Porat, Dina (2007): The Road that Led to an Internationally Accepted Definition of Antisemitism, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 117-137.
- Rensmann, Lars (2004): *Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rürup, Reinhard (1975): *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Schmollinger, Horst (1984): Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Stöss, Richard (Hg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Band II: FDP bis WAV*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1922-1994.
- Stöss, Richard (2000): Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Opladen: Leske und Budrich, S.101-130.
- Stöss, Richard (2005): *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Stöss, Richard (2005a): Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 41-59.
- Tourangeau, Roger/Rips, Lance/Rasinski, Kenneth (2000): *The Psychology of Survey Response*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Weizman, Mark (2006): Antisemitismus und Holocaust-Leugnung: Permanente Elemente des globalen Rechtsextremismus, in: Greven, Thomas/Grunke, Thomas (Hg.): *Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 52-69.

Wetzel, Juliane (1995): Antisemitismus als Element rechtsextremer Ideologie und Propaganda, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Antisemitismus in Deutschland. Zur Aktualität eines Vorurteils*, München: dtv, S. 101-120.

Wetzel, Juliane (2002): Rechtsextremismus in den neuen Medien, in: Benz, Wolfgang/Königseder, Angelika: *Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung*, Berlin: Metropol, S. 306-311.

Wetzel, Juliane (2004): Antisemitismus in Europa. Ein Überblick, in: Jens Haupt (Hg.): *Immer wieder die Juden. Antisemitismus in Europa*, Evangelische Akademie Hofgeismar, S. 19-33.

Wetzel, Juliane (2008): Aktueller Antisemitismus im europäischen Vergleich, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*, Berlin: Metropol Verlag, S. 103-118.

Wetzel, Juliane/Herkommer, Christina (2002): *Zum Antisemitismus der NPD. Eine Analyse der Zeitungen von drei NPD-Landesverbänden 1998-2001*, Berlin: Zentrum für Antisemitismusforschung.

Weyand, Jan (2006): Zum Stand kritischer Antisemitismusforschung, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 233-258.

Widmann, Peter (2008): Israelkritik und Antisemitismus, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Der Hass gegen die Juden. Dimensionen und Formen des Antisemitismus*, Berlin: Metropol Verlag, S. 137-158.

Wyrwa, Ulrich (1999): „Holocaust“. Notizen zur Begriffsgeschichte, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Berlin: Metropol, S. 300-311.

Zarusky, Jürgen (2001): Die Leugnung des Völkermords. „Revisionismus“ als ideologische Strategie, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 63-86.